

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-001	Abteilung 71 Charlottenburg Nord	Allgemein	Ergänzung	1	2000	Grundsätzlich sind Anglizismen im Wahlprogramm zu vermeiden oder in einem Glossar zu erklären.	Bessere Verständlichkeit, insbesondere für ältere Genossen.
Ä-002	SPD Frauen Berlin Landesvorstand	Kompletter Text	Ergänzung	1	2000	Bitte komplett und einheitlich gendern	
Ä-003	Madrid	Scholz Packt Ein!	Ersetzung	1	1	Nicht mehr	Keine Ahnung!
Ä-004	Abteilung Borsigwalde/Tegel- Süd	Anpacken, damit alle profitieren	Ersetzung	8	8	..., erhöhen die industrielle Skalierung. ... wird ersetzt in: ... das industrielle Wachstum ...	Solche Formulierungen sind für die meisten Wähler:innen nicht verständlich. Auch in der Langfassung unseres Wahlprogrammes müssen wir mit gängigen Worten klare Aussagen treffen.
Ä-005	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Anpacken, damit alle profitieren	Ersetzung	8	8	Ersetze "erhöhen die industrielle Skalierung" mit „stärken die industrielle Produktion“	Leitantrag wird so verständlicher
Ä-006	Abteilung Friedrichsfelde- Rummelsburg (11/5)	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	17	17	Einfügen nach Zeile 17: Für die Erneuerung und den bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur im Leitungsnetz und bei den Verkehrswegen bündeln wir die Planungsabteilungen der landeseigenen Betriebe an einer Stelle und prüfen, ob durch Schaffung eines gemeinsamen landeseigenen Baubetriebs für alle landeseigenen Unternehmen eine besser koordinierte und beschleunigte Bauleistung bei der Erneuerung und Ausbau der Infrastruktur möglich wäre.	An vielen Stellen Berlins ist das Leitungsnetz (u.a. Wasser) sanierungsbedürftig. Auch bei Verkehrswegen - u.a. Brücken - gibt es erheblichen Sanierungsstau. Die BVG benötigt lange Bauzeiten für notwendige Sanierungen in ihrem Netz (z.B. bereits jahrelange Sperrung der U 6 nach Tegel). Das Beispiel Treskowallee zeigt wie langwierig Bauarbeiten sich hinzögern und es Koordinationsbedarf gibt. Die langen Bauzeiten sind nicht nur eine Belastung für alle Betroffenen, sie gefährden den Erhalt der Infrastruktur und erhöhen die Gefahr von Brüchen bei Wasserleitungen, Abriß von Brücken, weil die Gefahr des Einsturzes besteht etc.
Ä-007	FA XI	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	17	17	Einfügung, hinter "Sanierung": "Wir hinterfragen dabei, ob die Strukturen noch erforderlich sind."	Es sollte im Sinne effektiven Mitteleinsatzes nur die Infrastruktur saniert werden, die auch tatsächlich zukunftssträftig ist.
Ä-008	Abteilung 04/97	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	17	17	Wir hinterfragen dabei, ob die Strukturen noch zeitgemäß sind.	Es sollte im Sinne effektiven Mitteleinsatzes nur die Infrastruktur saniert werden, die auch tatsächlich zukunftssträftig ist.
Ä-009	Abteilung Frohnau	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	31	31	Um Investitionen schneller wirksam werden zu lassen, wollen wir Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigen. Unser Ziel ist eine Verwaltung, die Investitionen nicht ausbremst, sondern ermöglicht.	Bürokratieabbau, schnelle Entscheidungen für die Wirtschaft
Ä-010	FA XI	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	41	41	... unserer erforderlichen Straßen und Brücken...	Verdeutlichung.
Ä-011	Abteilung 04/97	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	41	41	... unserer notwendigen Straßen und Brücken...	Verdeutlichung.
Ä-012	SPD Friedenau, AG Selbst Aktiv	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	70	70	Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit	Das Recht auf gleiche Bezahlung bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit ist in Deutschland gesetzlich verankert und verbietet eine Diskriminierung, insbesondere aufgrund des Geschlechts. Arbeitgeber müssen bei gleicher Qualifikation und Arbeit denselben Lohn zahlen; besseres Verhandlungsgeschick rechtfertigt laut BAG keine Ungleichbehandlung
Ä-013	SPD Friedenau, AG Selbst Aktiv	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	73	74	Unser Ziel sind geschlechtergerechte Unternehmenskulturen, die gleiche Verwirklichungschancen für alle Geschlechter garantieren. Wir wollen durch Regulierungen den Interessen und Bedürfnissen von Frauen* auf allen Arbeitsplätzen und in allen Beschäftigungsbereichen Rechnung tragen, damit sie ihre Existenz eigenständig sichern und wirtschaftlich unabhängig leben können. Das sollte gelten, ganz gleich, ob sie zusätzliche unbezahlte Sorgearbeit leisten.	Wir wollen und müssen bereits JETZT konkrete Massnahmen zur Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie unternehmen.
Ä-014	AG Selbst Aktiv	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	79	80	Mit der Fachkräftestrategie unterstützt das Land Unternehmen dabei, auf allen Qualifikationsstufen ungenutzte Potenziale zu aktivieren – etwa bei Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte, älteren Beschäftigten und Menschen mit Behinderungen bzw. chronischen Erkrankungen.	Weil deutlich werden muss, dass sämtliche Ausbildungs- und Qualifikationsebenen in unserem Blick sind und wir die Breite der Bevölkerung adressieren
Ä-015	Arbeitsgemeinschaft für Arbeit in der SPD Berlin	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	86	86	Wir werden in allen Berliner Stadtbezirken Beauftragte für Gute Arbeit und Ausbildung einführen und finanziell absichern.	In Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg, Tempelhof-Schöneberg und Pankow leisten die Beauftragten sehr gute Arbeit. Wir brauchen sie in allen Bezirken.
Ä-016	Arbeitsgemeinschaft für Arbeit in der SPD Berlin	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	86	86	Wir wollen den DGB-Index Gute Arbeit fortführen und weiterentwickeln und diese Beschäftigtenbefragungen als Beteiligungsinstrument für Beschäftigte zur Stärkung von Mitbestimmung und Personalentwicklung nutzen.	Der Index liefert gute Erkenntnisse für die Situation der Beschäftigten in Berlin. Daraus können Ableitungen und Handlungsempfehlungen generiert werden.
Ä-017	Abteilung Frohnau	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	90	90	Wir stimmen die bestehenden und neuen Programme noch besser aufeinander ab und führen sie dort, wo es Synergieeffekte gibt, zusammen.	Zu Viele Programme erhöhen nicht die Effektivität, daher sollten sie gebündelt werden.
Ä-018	SPD Fachausschuss Jugend und Familie	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	94	94	Wir nutzen die Instrumente der Jugendberufshilfe und die Angebote der Jugendberufsagentur zur erfolgreichen Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt	Wir finden es wichtig an dieser Stelle auf erfolgreich entwickelte Angebote hinzuweisen und diese auszubauen.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-019	Abteilung Borsigwalde/Tegel- Süd vom 16. März 2026	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	102	110	Zur Förderung der beruflichen Integration wird die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen und Hochschulabschlüsse erleichtert. Bei fehlenden Nachweisen die nicht mehr mit zumutbaren Aufwand beschafft werden können, oder bei fragwürdigen Nachweisen wird mit einer Prüfung in der jeweiligen Muttersprache der aktuell vorhandene Wissensstand festgestellt und dadurch die Anerkennung als Fachkraft ermöglicht.. Bei nachgewiesenen Wissenslücken wollen wir durch gezielte Nachschulungen vergleichbare Qualifikationen vermitteln.	Viele Flüchtlinge und Zuwanderer können ihre erworbenen Qualifikationen nicht durch offizielle Dokumente ihrer Heimatländer nachweisen. Sie können diese Nachweise häufig nur vor Ort beantragen, was sie in vielen Fällen einem Risiko für eine Verhaftung aussetzen würde. Häufig sind auch die erworbenen Qualifikationen mit unseren Ausbildungen und Studiengängen nur schwer vergleichbar. Häufig wurden in anderen Ländern viele berufliche Kompetenzen erst in der Praxis erworben, können jetzt jedoch nicht durch Zertifikate nachgewiesen werden. Durch eine Prüfung in der jeweiligen Muttersprache kann der aktuell vorhandene Wissensstand festgestellt werden. Durch Nachschulungen und Sprachförderung können wir ausländische Fachkräfte für unseren Arbeitsmarkt aktivieren und deren Integration in die Gesellschaft durch Anerkennung ihrer erworbenen Kenntnisse beschleunigen.
Ä-020	Abteilung Borsigwalde/Tegel- Süd vom 16. März 2026	Anpacken, damit alle profitieren	Ersetzung	103	104	... Arbeitsbedingungen. 80% der Berliner Arbeitnehmer*innen sollen tarifgebunden arbeiten... wird ersetzt in : ... Arbeitsbedingungen. Möglichst viele der Berliner Arbeitnehmer*innen sollen tarifgebunden arbeiten...	Diese Prozentangabe wirkt hier willkürlich und unrealistisch. Die Sozialdemokratie strebt natürlich eine vollständige Tarifgebundenheit an.
Ä-021	Arbeitsgemeinschaft für Arbeit in der SPD Berlin	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	105	105	Wir erarbeiten einen regionalen Aktionsplan für mehr Tarifbindung, um das von der EU geforderte 80% zu erreichen.	Berlin liegt deutlich unter dem Ziel und braucht gebündelte Aktivitäten zur Steigerung der Tarifbindung.
Ä-022	SPD Fachausschuss Jugend und Familie	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	110	110	und die Kosten tarifgerechter Bezahlung in Leistungsverträgen und Zuwendungen sicherstellen	wir wollen gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, in öffentlichen und freien Kindergärten, in der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendarbeit. Dies hatte der Landesparteitag Ende 2024 so beschlossen und es gehört deshalb ins Wahlprogramm.
Ä-023	SPD Fachausschuss Jugend und Familie	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	110	110	und die Kosten tarifgerechter Bezahlung in Leistungsverträgen und Zuwendungen sicherstellen	seit dem verpatzten Landeshaushalt ist die Situation der Kinder- und Jugendarbeit in Berlin extrem unter Druck. Wir wollen gleiches Geld für gleiche Arbeit; aber der Tarifvertrag wird nur unter massivem Kampf und vielen Aktivitäten auch bei Freien Trägern angewandt; was für öffentliche Kindergärten, Kinder- und Jugendarbeit gilt, ist nicht selbstverständlich bei Kitas oder Kinder- oder Jugendeinrichtungen in freier Trägerschaft. Ich habe diesen Änderungsantrag heute schon einmal gestellt, aber keine Bestätigung erhalten; deshalb zur Sicherheit ein zweites Mal
Ä-024	Arbeitsgemeinschaft für Arbeit in der SPD Berlin	Anpacken, damit alle profitieren	Ersetzung	114	114	Das Wort "Landesbetriebsrätekonferenz" wird ersetzt durch Betriebs- und Personalrätekonferenz	Das Wort Landesbetriebsrätekonferenz suggeriert eine Konferenz nur für Landesunternehmen.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA			Änderungsantrag	Begründung
			ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende		
Ä-025	Arbeitskreis Säkulare und humanistische Sozialdemokrat:innen Berlin (AK SHS)	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	121	124	Dieser Absatz wird nach Zeile 120 ergänzt: „Wir wollen, dass das Land die rechtliche Möglichkeit prüft, ob und inwieweit das Landespersonalvertretungsgesetz auf Religionsgesellschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts ausgedehnt werden kann. Falls eine Ausdehnung möglich ist, wird der Anwendungsbereich des Gesetzes entsprechend erweitert.“	In den Kirchen und anderen Religionsgesellschaften gilt derzeit ein von den allgemeinen, für alle Arbeitnehmenden geltenden Regeln abweichendes Arbeitsrecht, das diese Beschäftigten schlechterstellt. Unter anderem sind weder das Betriebsverfassungsrecht noch das Personalvertretungsrecht anwendbar. Ob und in welchem Umfang ihre Beschäftigten mitbestimmen dürfen, bleibt damit der Entscheidung der Religionsgesellschaften vorbehalten. Das ist nicht hinnehmbar und wird auch von gewerkschaftlicher Seite kritisiert. Im Personalvertretungsrecht beruht dieser Rechtszustand in Berlin auf § 95 des Landespersonalvertretungsgesetzes Berlin. Auch soweit die Religionsgesellschaften, was ihnen nach dem weiter geltenden Art. 137 Abs. 5 der Weimarer Reichsverfassung zusteht, deshalb Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, ist das Gesetz auf sie anders als auf andere Körperschaften des öffentlichen Rechts im Zuständigkeitsbereich des Landes nicht anwendbar. Zum Zuständigkeitsbereich der Länder gehört nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts wegen der damit verbundenen Ausübung hoheitlicher Gewalt auch der Status von Religionsgesellschaften als Körperschaften öffentlichen Rechts (Beschluss vom 30.6.2015 - 2 BvR 1282/11 -). Bis zur Verabschiedung des geltenden Bundespersonalvertretungsgesetzes im Jahr 2021 war Berlin bundesrechtlich gehalten, Religionsgesellschaften von der Geltung des Personalvertretungsrechts auszuschließen. Denn § 112 des vorher geltenden Bundespersonalvertretungsgesetzes enthielt eine Schlussvorschrift, wonach dieses Gesetz auf Religionsgemeinschaften nicht anwendbar war und „ihnen ... die selbständige Ordnung eines Personalvertretungsrechts überlassen“ bleibt. Der Bundesgesetzgeber wies den Religionsgesellschaften damit die Befugnis zur Regelung ihres Personalvertretungsrechts auch im Hinblick auf die Länder zu. Seit dem Jahr 2021 hat sich die bundesrechtliche Lage geändert. Die frühere Bestimmung ist als § 1 Abs. 2 in das neue Gesetz übernommen worden. Diese Norm ist damit nicht mehr eine allgemeine – auch für die Länder geltende – Schlussvorschrift, sondern Bestandteil von „Teil 1“ des neuen Gesetzes. Der regelt nach seiner amtlichen Bezeichnung „Personalvertretungen im Bundesdienst“, gilt also nicht für die Länder und die ihnen zugeordneten Körperschaften des öffentlichen Rechts. Damit ist es denkbar, dass insoweit eine Neuregelung im Landespersonalvertretungsrecht erfolgen kann. Dieser Möglichkeit sollte die Landespolitik nachgehen und prüfen, inwieweit eine gleiche Regelung für Beschäftigte dem Lande zuzuordnender Körperschaften des öffentlichen Rechts innerhalb und außerhalb der Religionsgesellschaften möglich ist. Ist sie möglich, gibt es keinerlei Gründe, Beschäftigte von Religionsgesellschaften schlechter zu behandeln und von Mitbestimmungsrechten auszuschließen.
Ä-026	Abteilung Frohnau	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	121	121	Dazu gehört auch eine abgestimmte Entwicklung neuer Gewerbe- und Industrieflächen in der Hauptstadtregion. Berlin und Brandenburg sollen industrielle Ansiedlungen, Logistik, Fachkräftewohnen und verkehrliche Anbindung gemeinsam planen, damit Wachstum, gute Arbeit und Flächennutzung zusammenpassen.	Wir wollen den Industriestandort Berlin Brandenburg gemeinsam denken
Ä-027	Arbeitsgemeinschaft für Arbeit in der SPD Berlin	Anpacken, damit alle profitieren	Streichung	148	148	"wo möglich" wird gestrichen.	Wir sind politisch entschieden, bereits erfolgte Ausgründungen rückgängig zu machen.
Ä-028	Arbeitsgemeinschaft für Arbeit in der SPD Berlin	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	156	156	Die SPD setzt sich für einen effektiven Arbeitsschutz ein. Wir werden das Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit (LAGetSi) als zuständige Aufsichtsbehörde weiter stärken. Das Arbeitszeitrecht soll soweit notwendig auch durch die Anordnung von Arbeitszeitaufzeichnung durchgesetzt werden.	Kanzler Merz hält das Arbeitszeitgesetz für überflüssig und will die Arbeitnehmenden damit ohne jeden gesetzlichen Schutz vor zeitlicher Überforderung lassen. Dagegen steht die SPD für einen Schutz der Beschäftigten vor Überforderung bei ihrer sehr oft harten Arbeit. Wir wollen den gesetzlichen Arbeitszeitschutz ebenso wie den sonstigen Arbeitsschutz zuverlässig in den Betrieben ankommen lassen. Dafür muss das LAGetSi weiter gestärkt werden. Oft wird in der Praxis entgegen den gesetzlichen Vorgaben die Arbeitszeit nicht aufgezeichnet. Die Arbeitsschutzbehörden sind gesetzlich berechtigt, eine Aufzeichnung durch eine entsprechende Anordnung durchzusetzen (Verwaltungsgericht Hamburg 18. Juli 2025 - 21 K 1202/25). Von diesem Mittel soll auch in Berlin Gebrauch gemacht werden. Das hat den zusätzlichen Effekt, dass auf diese Daten auch zur Durchsetzung von Arbeitsentgeltansprüchen zurückgegriffen werden kann. Damit wird die Anzahl unbezahlter Überstunden eingedämmt.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-029	ASJ Landesvorstand	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	156	157	Die SPD setzt sich für einen effektiven Arbeitsschutz ein. Wir werden das Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit (LAGeTSi) als zuständige Aufsichtsbehörde weiter stärken. Das Arbeitszeitrecht soll soweit notwendig auch durch die Anordnung von Arbeitszeitaufzeichnung durchgesetzt werden.	Kanzler Merz hält das Arbeitszeitgesetz für überflüssig und will die Arbeitnehmenden damit ohne jeden gesetzlichen Schutz vor zeitlicher Überforderung lassen. Dagegen steht die SPD für einen Schutz der Beschäftigten vor Überforderung bei ihrer sehr oft harten Arbeit. Wir wollen den gesetzlichen Arbeitsschutz ebenso wie den sonstigen Arbeitsschutz zuverlässig in den Betrieben ankommen lassen. Dafür muss das LAGeTSi weiter gestärkt werden. Oft wird in der Praxis entgegen den gesetzlichen Vorgaben die Arbeitszeit nicht aufgezeichnet. Die Arbeitsschutzbehörden sind gesetzlich berechtigt, eine Aufzeichnung durch eine entsprechende Anordnung durchzusetzen (Verwaltungsgericht Hamburg 18. Juli 2025 - 21 K 1202/25). Von diesem Mittel soll auch in Berlin Gebrauch gemacht werden. Das hat den zusätzlichen Effekt, dass auf diese Daten auch zur Durchsetzung von Arbeitsentgeltansprüchen zurückgegriffen werden kann. Damit wird die Anzahl unbezahlter Überstunden eingedämmt.
Ä-030	FA XI	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	167	167	zwischen „... DeepTech,“ und „Umwelt- und ...“ eingefügt: „Bahntechnik und autonome Mobilitätsformen“	Bahntechnik und Mobilitätsforschung sind wesentliche Schlüssel für die „Sichere Mobilität für alle Berliner*innen“, wie sie im Programm gefordert wird. Berlin ist mit seinen Universitäten und Hochschulen, insbes. der TU, der BHT und der HTW für Technik sowie bedeutenden Industriepartnern dafür prädestiniert.
Ä-031	08 in 02	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	167	167	Der Landesparteitag möge beschließen: Folgende Ergänzung wird im Antrag 01-2026 des Landesvorstands (Wahlprogramm der SPD Berlin zur Abgeordnetenhauswahl 2026 vorgenommen: (Auf Seite 5 wird in Zeile 167 zwischen „... DeepTech,“ und „Umwelt- und ...“ eingefügt: „Bahntechnik und autonome Mobilitätsformen“.	Begründung: Bahntechnik und Mobilitätsforschung sind wesentliche Schlüssel für die „Sichere Mobilität für alle Berliner*innen“, wie sie im Programm gefordert wird. Berlin ist mit seinen Universitäten und Hochschulen, insbes. der TU, der BHT und der HTW für Technik sowie bedeutenden Industriepartnern dafür prädestiniert.
Ä-032	Abt. Wilmersdorf-Südost (04/91)	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	173	173	... Zukunftsorte wie des WISTA-Standorts in Adlershof fort.	Der WISTA-Standort in Adlershof ist einer der erfolgreichsten Technologiestandorte in Deutschland. Die Berliner SPD sollte sich zu seiner weiteren Entwicklung bekennen.
Ä-033	Buckow Neukölln	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	173	174	Unser Gelingensprojekt #1: Berlin kann in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Startups im Bereich der Drohnen-Technologie, dem Cyber Innovation Hub, SPRIND und BWI zum zentralen Innovationsort für die zivile und militärische Drohnenindustrie werden. Als Weiterentwicklung der Idee einer Urban Republic am ehemaligen Flughafen Tegel, in Kooperation mit zahlreichen wissenschaftlichen Einrichtungen und der WISTA sowie einer Länderkooperation von Berlin und Brandenburg können wir die massiven Investitionen des Bundes in diesen Bereich (u.a. für einen Drohnenabwehrschirm für Berlin) synergetisch nutzen und unterschiedliche Anwendungen fördern. Sicherheit, Cybersecurity und Verteidigungsfähigkeit der Stadt können so gesteigerte und innovative Unternehmen angesiedelt und gegründet werden.	Chancen der wissensbasierten Wirtschaft nutzen und eine höhere Wertschöpfungstiefe bei Unternehmensgründungen aufbauen
Ä-034	Buckow Neukölln	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	173	174	Unser Gelingensprojekt #2: Berlin ist heute schon mit dem Berlin Center for Gene and Cell Therapies sowie weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen ein international führender Ort der Gen- und Zelltherapien. Wir wollen diese Knowhow noch stärker als Ort auch der wirtschaftlichen Entwicklung und neuer industrieller Methoden nutzen. Darum wollen wir gemeinsam mit dem Land Brandenburg Strategien entwickeln, die humane und grüne Biotechnologien voranbringen, Vernetzungen und Synergien schaffen und eine Strategie für die gesamte Region erarbeiten. Dazu soll das Berlin Center for BioTech gegründet werden, in das auch die zuständige medizinische Abteilung des LaGeSo eingegliedert wird, sodass in enger Kooperation mit UNITE unternehmerische und regulatorische Beratungsangebote frühzeitig erbracht werden können.	Die Chancen der wissensbasierten Wirtschaft nutzen und Unternehmensgründungen mit hoher Wertschöpfungstiefe ermöglichen und fördern. Drohnenstandort Berlin stärken
Ä-035	Abteilung 15 Pankow (Kollwitzplatz / Kastanienallee)	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	173	174	Ergänzung nach Zeile 173 „Unser Gelingensprojekt #1: Berlin kann in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Startups im Bereich der Drohnen-Technologie, dem Cyber Innovation Hub, SPRIND und BWI zum zentralen Innovationsort für die zivile und militärische Drohnenindustrie werden. Als Weiterentwicklung der Idee einer Urban Republic am ehemaligen Flughafen Tegel, in Kooperation mit zahlreichen wissenschaftlichen Einrichtungen und der WISTA sowie einer Länderkooperation von Berlin und Brandenburg können wir die massiven Investitionen des Bundes in diesen Bereich (u.a. für einen Drohnenabwehrschirm für Berlin) synergetisch nutzen und unterschiedliche Anwendungen fördern. Sicherheit, Cybersecurity und Verteidigungsfähigkeit der Stadt können so gesteigerte und innovative Unternehmen angesiedelt und gegründet werden.“	Berlins Stärken ausbauen und für Unternehmenscluster und -gründungen mit hoher Wertschöpfungstiefe nutzen. Die Politik des Bundes nutzen und auf Berlin anwenden - Drohnen-Hub in Berlin

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-036	Abteilung 15 Pankow (Kollwitzplatz / Kastanienallee)	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	173	174	Ergänzung nach Zeile 173 „Unser Gelingensprojekt #2: Berlin ist heute schon mit dem Berlin Center for Gene and Cell Therapies sowie weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen ein international führender Ort der Gen- und Zelltherapien. Wir wollen diese Knowhow noch stärker als Ort auch der wirtschaftlichen Entwicklung und neuer industrieller Methoden nutzen. Darum wollen wir gemeinsam mit dem Land Brandenburg Strategien entwickeln, die humane und grüne Biotechnologien voranbringen, Vernetzungen und Synergien schaffen und eine Strategie für die gesamte Region erarbeiten. Dazu soll das Berlin Center for BioTech gegründet werden, in das auch die zuständige medizinische Abteilung des LaGeSo eingegliedert wird, sodass in enger Kooperation mit UNITE unternehmerische und regulatorische Beratungsangebote frühzeitig erbracht werden können.“	Berlins Stärken ausbauen und für Unternehmenscluster und -gründungen mit hoher Wertschöpfungstiefe nutzen. Cluster BioTech in Berlin und Brandenburg ausbauen
Ä-037	Landesforum Sozialer Klimaschutz	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	178	179	Wir unterstützen die Wirtschaft dabei, zirkuläres Wirtschaften (Cradle to Cradle) umzusetzen.	Fehlt als Thema bislang im Wahlprogramm
Ä-038	FA X	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	178	178	einfügen "Wir unterstützen die Wirtschaft dabei Zirkuläres Wirtschaften (Cradle to Cradle) umzusetzen."	Zirkulares Wirtschaften ist ein wichtiger Beitrag zur Ressourcenschonung
Ä-039	Fachausschuss II EU-Angelegenheiten (Vorstand)	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	178	179	Dabei begreifen wir die Gestaltung der Künstlichen Intelligenz als eine zentrale Zukunftsaufgabe, die Berlin nur in Zusammenarbeit mit anderen europäischen Wissenschaftsstandorten bewältigen kann.	
Ä-040	04/70 Abteilung Westend-Klausenerplatz	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	193	193	Ergänze in Zeile 193: Viele Soloselbstständige sind mit unsicheren Einkommen, prekären Beschäftigungsverhältnissen und begrenzter sozialer Absicherung konfrontiert. Wir stärken Soloselbstständige in Berlin gezielt durch den Ausbau bezahlbarer, öffentlicher Co-Working-Spaces in den Bezirken. Dazu wollen wir vorhandene, leerstehende Räume in Geschäftsstraßen und Shopping-malls gezielt aktivieren.	Rund jede*r zehnte Erwerbstätige in Berlin ist soloselbstständig, insbesondere in der Kreativwirtschaft und in plattformbasierter Arbeit. Viele Soloselbstständige sind mit unsicheren Einkommen, prekären Beschäftigungsverhältnissen und begrenzter sozialer Absicherung konfrontiert. Ein zentrales Problem sind zudem hohe Mietkosten und der erschwerte Zugang zu geeigneten Arbeitsräumen. Gerade für viele Soloselbstständige ist bezahlbarer Raum eine entscheidende Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität. Das Land kann hier konkret unterstützen, indem es den Zugang zu günstigen, gemeinschaftlich nutzbaren Arbeitsräumen verbessert. Öffentliche und geförderte Co-Working-Spaces in den Bezirken können dazu beitragen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die wirtschaftliche Vielfalt Berlins zu sichern. Gleichzeitig stehen in Berlin zunehmend Gewerbeflächen und Ladenlokale leer, insbesondere in Geschäftsstraßen und Einkaufszentren. Diese Räume können genutzt werden, um neuen Arbeitsorten Raum zu geben und Quartiere zu beleben.
Ä-041	Forum Netzpolitik	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	214	215	hinter "E-Sports-Team Berlin" wird "sowie die Berliner Breitensportvereine im E-Sport." eingefügt	Das E-Sports-Team Berlin ist wichtig, auch eine Förderung ist gut. Förderung darauf zu beschränken ist jedoch im Kosmos des E-Sports eine reine Spitzensportförderung. Die ist wie gesagt gut und wichtig. Die breite Masse der Breitensportvereine sind aber ebenso wichtig, da dort der gesellschaftliche Nutzen, den Vereine bringen, gleistet wird. Und im Breitensport wird die Förderung dringender gebraucht.
Ä-042	Abteilung 6/3 Lichterfelde-West	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	214	214	Ergänze nach E-Sports-Förderung: "wobei wir einen besonderen Fokus auf Angebote legen, die fair und sicher by Design sind."	Wir wollen bei unserer Förderung ein besonderes Augenmerk auf Gesundheit und Prävention im Gaming und E-Sport setzen.
Ä-043	Abteilung Frohnau	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	230	230	Ergänzung: Dazu gehört auch eine abgestimmte Entwicklung neuer Gewerbe- und Industrieflächen in der Hauptstadtregion. Berlin und Brandenburg sollen industrielle Ansiedlungen, Logistik, Fachkräftewohnen und verkehrliche Anbindung gemeinsam planen, damit Wachstum, gute Arbeit und Flächennutzung zusammenpassen	Den Industriestandort Berlin Brandenburg gemeinsam denken
Ä-044	SPD Frohnau	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	254	254	Insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen werden wir die Vergaben öffentlicher Aufträge entbürokratisieren und vereinfachen.	Das Bewerbungsverfahren für Vergaben öffentlicher Aufträge sind insbesondere für KMU aufwändig gestaltet durch Vorlagen verschiedenster Nachweise. KMU fehlen dafür häufig die Ressourcen.
Ä-045	Abteilung Frohnau	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	261	261	Insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen werden wir die Vergaben öffentlicher Aufträge entbürokratisieren und vereinfachen.	
Ä-046	Abt. Wilmersdorf-Südost (04/91)	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	275	275	Dabei bauen wir besonders den Business Immigration Service aus und verringern bürokratische Hürden, um internationale Fach- und Arbeitskräfte leichter anzuwerben.	Die Anwerbung internationaler Fach- und Arbeitskräfte stellt viele kleine Unternehmen vor große bürokratische Hürden. Diese sollten abgebaut werden. Deswegen die Ergänzung "und verringern bürokratische Hürden".
Ä-047	Abt. Wilmersdorf-Südost (04/91)	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	276	276	Die Internationalität Berlins und die vielen ethnischen Gemeinschaften in unserer Stadt nutzen wir gezielt für die Anwerbung von Fachkräften; da international die Hauptstadtregion als Einheit wahrgenommen wird, stimmen wir uns dazu mit Brandenburg eng ab.	Die ethnische Vielfalt Berlins ist ein wichtiger Faktor bei der Gewinnung internationaler Fach- und Arbeitskräfte. Diesen Vorteil sollte Berlin (zusammen mit Brandenburg) gezielt nutzen.
Ä-048	Abteilung Frohnau	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	284	284	Leerstehende Ladenflächen schwächen Einkaufsstraßen und Stadtteilzentren. Deshalb werden wir ein aktives Leerstandsmanagement aufbauen.	Lösungen gegen Leerstand, da hoher Leerstand einen Ort unattraktiv macht und auch sehr sichtbar ist

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-049	Jusos Berlin	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	284	284	Z. 284: ergänze nach „Selbstorganisation“: Dabei ist eine Zunahme durch Umsatzeinbußen in Folge von Baustellen, welche in den nächsten Jahren umgesetzt werden, erwartbar. Daher werden wir die finanziellen Mittel für die Überbrückungshilfe zukünftig weiterhin in nötigem Umfang sicherstellen und eine Ausweitung für Baustellenprojekte der Deutschen Bahn prüfen.	Viele Baustellen sorgen in der Stadt zu Frust (obwohl sie notwendig sind). Die Umsatzeinbußen, insbesondere für kleinere Unternehmen, wollen wir daher solidarischer auffangen.
Ä-050	Abteilungsversammlu ng 06/01 Steglitz- Zentrum	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	286	286	füge ein nach „Eigentümer*innen“: „Zu diesem Zweck unterstützen wir die Bezirke darin hauptamtliche Managementteams für die überregional bedeutenden Standorte einzurichten, die die Entwicklung und Umsetzung von integrierten Handlungskonzepten und deren Umsetzung mit den lokalen Akteur:innen strukturieren und bestehende und zukünftige Finanzierungslinien von Bezirk, Land, Bund und Europa erschließen, um diese Zentren weiterzuentwickeln.“	
Ä-051	Jusos Berlin	Anpacken, damit alle profitieren	Streichung	289	292	Z. 289-292 streichen	Wir sind per Beschluss gegen Sonntagsöffnungszeiten.
Ä-052	Abteilung Frohnau	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	294	294	Leerstehende Ladenflächen schwächen Einkaufsstrassen und Stadtteilzentren. Deshalb aktives Leerstandsmanagement aufbauen.	Lösungen gegen Leerstand, da hoher Leerstand einen Ort unattraktiv macht und auch sehr sichtbar ist.
Ä-053	SPD Fachausschuss Jugend und Familie	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	298	298	Den Erhalt kommunaler Gebäude für die soziale Infrastruktur fördern wir durch die modellhafte Entwicklung von Um- und Mehrfachnutzungen	Gerade in finanziell besonders angespannten Phasen brauchen wir Übergangs- und provisorische Lösungen für Kinder- und Jugendarbeit, für Senioren, für Kinder- und Jugendarbeit ohne dauerhafte Auflagen und Verwaltungsbeschränkungen.
Ä-054	Abteilung 15 SPD Pankow	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	315	315	...ermöglichen wir Atelier- und Proberäume und eine stärkere Kooperation...	Ohne Atelier- und Proberäume für Künstler:innen kann Berlin seine Rolle als Europas größter Kunstproduktionsstandort nicht halten
Ä-055	Abt. 15 SPD Pankow	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	321	321	Die 20.000 Gastbetriebe in Berlin brauchen als Unterstützung zur Sicherung und Ausbau von Arbeitsplätzen eine Vereinfachung, Digitalisierung und Entbürokratisierung bei Genehmigungsverfahren. Das von der Wirtschaftsverwaltung angeschobene Landesgaststättengesetz ist dabei auf dem richtigen Weg. Insbesondere für die Außengastronomie kommt es auf einheitliche und rechtssichere Regelungen an, die für Wirtschaftlichkeit und Anwohnerverträglichkeit zugleich Anreize setzen.	Das vom Senat auf Initiative der SPD gerade beschlossene Landesgaststättengesetz erlaubt eine genehmigungsvereinfachende und berlinbezogene Handhabung des Gaststättengesetz und regelt die rechtssichere und stadtverträgliche Außengastronomie.
Ä-056	Fachausschuss I: internationale Politik, Frieden und Entwicklung	Anpacken, damit alle profitieren	Streichung	333	334	Streiche " – darunter USA, China, Indien, Mexiko, Brasilien, den Ländern Nordafrikas und Sub-Sahara-Afrikas sowie EU, besonders Polen und Ukraine –"	Wir wollen hier an dieser Stelle keine Gewichtung, oder Bewertung unserer internationalen Partner vornehmen
Ä-057	Abt. 15 SPD Pankow	Anpacken, damit alle profitieren	Streichung	333	334	– darunter USA, China, Indien, Mexiko, Brasilien, den Ländern Nordafrikas und Sub-Sahara-Afrikas sowie EU, besonders Polen und Ukraine –	Die Länderaufzählung ist entbehrlich, weil Ländernamen in ihrer Nennung einzeln nicht erklärlich (z.B. "EU, besonders Polen und Ukraine") und läuft Gefahr rasch zu veralten.
Ä-058	Fachausschuss I: Internationale Politik, Frieden und Entwicklung	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	337	337	Ergänze: Wir setzen uns unter anderem für die Einrichtung eines „Taiwan Centers“ in Berlin ein. Dieses soll als Ort für technologischen Austausch und Kooperation in Zukunftsfeldern wie Halbleitern, Künstlicher Intelligenz und Digitalisierung dienen. Damit stärken wir Berlins internationale Innovationsvernetzung, fördern Kooperationen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Start-ups und positionieren die Hauptstadt als Brücke zwischen europäischen und asiatischen Technologiestandorten.	Zur Unterstützung der Aussage wollen wir hier ein konkretes Beispiel nennen, welches auch als ein starkes Signal nach außen und an unsere politische Konkurrenz zu verstehen ist
Ä-059	Fachausschuss I: Internationale Politik, Frieden und Entwicklung	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	346	346	Ergänze: "Berlin nimmt eine Vorbildfunktion bei der Umsetzung des Lieferkettengesetzes ein. Gleichzeitig bekennt sich Berlin zu seiner Verantwortung für globale Gerechtigkeit und stärkt dementsprechend seine landesentwicklungspolitischen Aktivitäten durch eine verstärkte Förderung entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen und der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit."	Wir wollen die Forderung des Internationalisierungskonzeptes stärken, indem wir so herausstellen wollen, dass dies Prozesse außer- und innerhalb Berlins betrifft
Ä-060	Fachausschuss I: Internationale Politik, Frieden und Entwicklung	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	381	381	Ergänze: "Berlin führt sein Engagement in Städtenetzwerken wie Solidarity Cities, Mayors for Peace und Städte gegen die Todesstrafe fort."	Diese Ergänzungen sollen neben den klassischen Städtepartnerschaften, noch weiter verdeutlichen, wie Berlin sich konkret international einsetzt
Ä-061	SPDqueer LDK	Anpacken, damit alle profitieren	Ergänzung	381	381	Das Engagement im „Rainbow Cities Network“ setzen wir fort und setzen uns auch gegenüber unseren internationalen Partner*innen für den Schutz queerer Communities ein.	Das Rainbow Cities Network ist ein Zusammenschluss von mehr als 30 Städten, die sich aktiv für eine Politik einsetzen, die den Belangen von LGBTI-Personen Rechnung trägt. Berlin gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Netzwerks. Der Einsatz Berlins für queere Menschenrechte hat nicht zuletzt im Kontext der Städtepartnerschaft Berlins mit Budapest eine besondere Bedeutung.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-062	Abteilung 6/3 Lichterfelde-West	Anpacken, damit alle profitieren	Streichung	382	396	-Überschrift (Z. 382) ersetze in: "Internationale Großveranstaltungen als Chance für Berlin" Z. 386-387: - ergänze vor "50 Jahre Mauerfall": "und" - streiche: "und die Olympischen und Paralympischen Spiele 2040/44" Z. 389: -streiche: "um die Olympischen und Paralympischen Spiele 2040/44 und"	Olympische Spiele sind zwar prestigeträchtig, aber sind für Berlin nicht zu stammen. Sportstätten müssen jetzt saniert werden und nicht erst in 10 Jahren. Die Spiele sind nur kurz und nicht nachhaltig, das haben viele vorherige Spiele gezeigt. Wir sollten unsere Kräfte auf die EXPO und IBA konzentrieren, die von Wirtschaft und Stadtgesellschaft explizit gewollt sind. Berlin hat außerdem kaum Chancen auf eine erfolgreiche Bewerbung, da andere Bewerbungen aus Deutschland qualitativ hochwertiger sind.
Ä-063	Jusos Berlin	Anpacken, damit alle profitieren	Streichung	382	382	Z. 382: streiche ab "sowie" bis "Spiele"	
Ä-064	Jusos Berlin	Anpacken, damit alle profitieren	Streichung	386	387	Z. 386-387: streiche ab "und" bis "40/44"	
Ä-065	Jusos Berlin	Anpacken, damit alle profitieren	Streichung	389	389	Z. 389 streiche ab "die" bis "und"	
Ä-066	SPD Hufeisensiedlung, Abteilungssitzung 17.03.2026	Anpacken, damit alle profitieren	Streichung	389	389	Streiche "die Olympischen und Paralympischen Spiele 2040/44 und um" (und in der Folge alle Bezüge zu Olympia in Überschrift und Absatz	Wir lehnen die Olympia-Bewerbung als Abteilung mehrheitlich ab. Die SPD Berlin sollte sich für andere Großprojekte, beispielsweise die Expo, einsetzen - nicht jedoch für die für die Stadt in ihren Kosten nicht tragfähigen olympischen und paralympischen Spiele.
Ä-067	Landesvorstand SPD Frauen Berlin	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	400	400	In Zeile 400 einfügen nach „was da ist.“: "Erhaltung bedeutet auch Weiterentwicklung, im Zustand und in der Nutzungsart."	
Ä-068	Abteilung Frohnau	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	401	401	Wir ändern das Denkmalschutzgesetz, damit die Belange des Denkmalschutzes und der Stadtentwicklung und die Belange der Menschen besser in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.	Denkmalschutz ist wichtig, darf aber nicht die Stadtentwicklung verhindern oder das Leben der Menschen behindern, zum Beispiel für Menschen mit Behinderungen in Bezug auf Barrierefreiheit.
Ä-069	Landesvorstand SPD Frauen Berlin	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	402	402	In Zeile 402 ergänze nach „Profitstreben zurück“: „Damit Wohnraum, Begegnungsorte und Kleingewerbe als soziale Orte dem Gemeinwohl dienen und fester Anker eines sicheren Lebens in Berlin sind."	
Ä-070	Abteilung Frohnau	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	414	414	Wir ändern das Denkmalschutzgesetz, damit die Belange des Denkmalschutzes und für Stadtentwicklung und die Belange der Menschen besser in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.	Denkmalschutz ist wichtig, darf aber nicht zum Selbstzweck werden und die Stadtentwicklung verhindern oder das Leben der Menschen behindern, zum Beispiel für Menschen mit Behinderungen
Ä-071	Abteilung 71 Charlottenburg Nord	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	417	418	Es gibt zur Zeit ca. 85.000 Sozialwohnungen. Seit 1990 sind mehr als 250.0000 Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen. Dies ist ein eklatanter Mangel an Sozialwohnungen bei stetig steigenden Mieten. Zwischen 2019 und 2023 verloren ca. 20.000 Sozialwohnungen ihre Belegungsbindung. Neu entstanden nur ca. 11.000 Sozialwohnungen. Alleine 2024 und 2025 gibt es ca. 12.000 Sozialwohnungen weniger, während der Bedarf steigt. In den Jahren 2027 bis 2030 werden insgesamt ca. 22.000 Wohnungen aus der Sozialbindung fallen. Im Durchschnitt 5.500 Wohnungen Es müssen also jährlich ca. 10.000 Sozialwohnungen entstehen. Das ist unser Ziel.	Angebot und Nachfrage auf dem Berliner Wohnungsmarkt sind nach wie vor im Ungleichgewicht. Gleichzeitig wird das Angebot im Segment des sozialen Wohnraums immer geringer. Hier muss dringend gehandelt werden, damit sich auch Menschen mit unterdurchschnittlichem Einkommen eine Wohnung in Berlin leisten können.
Ä-072	AG Selbst Aktiv	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	420	423	In der Legislaturperiode 2026 - 2031 sollen 100.000 neue - auch barrierefreie und rollstuhlgerechte – Wohnungen geschaffen werden. Nur so begegnen wir dem Wohnraummangel für Alle wirksam. Denn ein Zuhause ist Voraussetzung für ein würdiges Leben. Dazu stärken wir genossenschaftliches Bauen.	Angebots der jahrzehntelangen Konsequenzen der Art des Bauens muss klar werden, dass wir Menschen mit Behinderungen und auch die Demographie im Blick haben. Genossenschaftliches Bauen ist bürger*innenorientiert und stärkt die Chancen breiter Mieter*innenschichten
Ä-073	Abt. Wilmersdorf- Südost (04/91)	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	426	426	Die Potenziale zur Senkung der Baukosten nutzen wir aus.	Hohe Baukosten sind neben Flächenverfügbarkeiten ein Haupthemmnis für den Bau neuer Wohnungen und die Bereitstellung von Wohnungen mit bezahlbaren Mieten. Gegenwärtig wird die Senkung von Baukosten insbesondere durch die Vereinfachung von Baustandards durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vorangebracht. Die Senkung von Baukosten wird auch in den kommenden Jahren ein wichtiger Faktor für mehr Wohnungsbau bleiben.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-074	Buckow Neukölln	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	426	427	Z. 426 nach „mitwirken.“ ergänzen: „Mit einem „GEMEINWOHN-Paket“ stärken wir insbesondere mit gezielten Maßnahmen die Bedingungen für gemeinwohlorientierte Marktakteure, um die spezifischen Neubauziele in diesem Segment einzuhalten.“	Wir wollen ein GemeinWohnGesetz zur Förderung des gemeinwohlorientierten Bauens öffentlicher wir privater Institutionen in das Abgeordnetenhaus einbringen, um das Potenzial diesesSektors n Berlin beser nutzen und ausbauen zu können
Ä-075	Abteilung 15 Pankow (Kollwitzplatz / Kastanienallee)	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	426	427	Z. 426 nach „mitwirken.“ ergänzen: „Mit einem „GEMEINWOHN-Paket“ stärken wir insbesondere mit gezielten Maßnahmen die Bedingungen für gemeinwohlorientierte Marktakteure, um die spezifischen Neubauziele in diesem Segment einzuhalten. Wir wollen ein GemeinWohnGesetz zur Förderung des gemeinwohlorientierten Bauens öffentlicher wir privater Institutionen in das Abgeordnetenhaus einbringen, um das Potenzial diesesSektors n Berlin beser nutzen und ausbauen zu können.“	Gemeinwohlorientiertes Wohnen in Berlin stärken
Ä-076	Abteilung Borsigwalde/Tegel-Süd vom 16. März 2026	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	428	429	Im Bereich „Mehr Wohnungen für Berlin“ ergänzt: Außerdem wollen wir Pilotprojekte anschieben, die in Modulbauweise und dem neuen Standard „Gebäudetyp E“, den Mangel an bezahlbarem Wohnraum durch innovatives, schnelles und günstigeres Bauen verringern.	Die Kombination aus Modulbauweise und dem neuen Standard „Gebäudetyp E“ (Einfach/Experimentell) ermöglicht durch vorgefertigte Bauteile und reduzierte Normen (weniger Schallschutz/Technik) einen schnellen, nachhaltigen und bis zu 25 % kostengünstigeren Wohnungsbau. Es wird auf nicht sicherheitsrelevante Komfortstandards verzichtet. Wesentliche Aspekte der Kombination: •Schnelligkeit & Kosten: Durch den hohen Vorfertigungsgrad der Modulbauweise in Kombination mit dem Verzicht auf überzogene Ausstattungsstandards können Bauzeiten erheblich verkürzt und Kosten gesenkt werden. •Rechtssicherheit bei Innovation: Der Gebäudetyp E erlaubt es, von bisher anerkannten (aber nicht zwingend erforderlichen) technischen Regeln abzuweichen, ohne dass dies als Baumangel gilt. •Nachhaltigkeit: Oft im Holzmodulbau umgesetzt, fördert dies ökologisches Bauen, da Bauteile effizienter genutzt werden. •Fokus auf das Wesentliche: Wohnsicherheit und Funktionalität bleiben bestehen, während Komfortstandards (z. B. gehobener Schallschutz, übermäßige Stellplätze) reduziert werden. Der Gebäudetyp E zielt darauf ab, bürokratische Hürden abzubauen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, was besonders für serielle und modulare Bauweisen einen großen Hebel darstellt. Derartige Pilotprojekte laufen in Bayern seit 2003 und in Niedersachsen seit 2025.
Ä-077	AG Selbst Aktiv	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	440	443	(Gemeinsam mit landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften schaffen wir gezielt barrierefreie bezahlbare Wohnangebote für Alleinerziehende), Menschen mit Behinderungen (und auch für Wohngemeinschaften, wie WGs für junge Menschen, die zum Beispiel Azubis und Studierende zusammenbringen, Alters-WGs), inklusive und (generationenübergreifende) WGs für Menschen mit und ohne Behinderungen.	Berlin will das Credo inklusive Stadt für alle sein. Dann muss insbesondere bei den sehr langlebigen und stukturgebenden Systemen wie das Bauen und Wohnen dieser Gedanke von vorneherein implementiert sein. Nur wenn wir dieses tun, bieten wir Voraussetzungen dafür, dass ein inklusives Zusammenleben und ein inklusives Leben überhaupt möglich wird/ist
Ä-078	Mitgliederversammlung Abteilung 06/02 Südende	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	448	450	Ersetze: „Zugriff ermöglichen wir vor allem über Erbbaurecht. Voraussetzung bleibt dauerhafte und nachhaltige Bestandshaltung sowie soziale Bewirtschaftung.“ Durch: Wir streben an, bei der Vergabe von Wohnbauflächen einen maßgeblichen Anteil für gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften vorzusehen. Anderen Akteuren ermöglichen wir den Zugriff vor allem über Erbbaurecht.	
Ä-079	Buckow Neukölln	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	449	449	Z. 449 nach „Erbbaurecht“ ergänzen: „das wir in Förder- und Bewertungspraxis als Eigentumsgleich anerkennen.“	Erbbaurecht muss auch für Genossenschaften anwendbar sein. Das ist heute nicht der Fall - insbesondere die IBB beruft sich dabei auf fehlenden Nachrang
Ä-080	Abteilung 15 Pankow (Kollwitzplatz / Kastanienallee)	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	449	449	Z. 449 nach „Erbbaurecht“ ergänzen: „das wir in Förder- und Bewertungspraxis als Eigentumsgleich anerkennen.“	Gemeinwohlorientiertes Wohnen und Bauen stärken. Genossenschaften den Zugang zu IBB Förderung ermöglichen
Ä-081	AG Selbst Aktiv	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	469	471	Das kooperative Baulandmodell soll künftig auch ohne Bebauungsplan gelten (sog. Neuköllner Modell): Überall dort, wo Bauherren Befreiungen vom Baurecht brauchen (Dispensverträge), fordern wir bezahlbaren und mehr barrierefreien Wohnraum verbindlich ein.	bezahlbares und mehr barrierefreies Bauen und Wohnen muss ein integraler Qualitätsstandard sein
Ä-082	Zuhause sein - heute und morgen; Mehr Wohnungen für Berlin; Schneller bauen und genehmigen	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	476	478	Dazu treiben wir die die KI unterstützte Digitalisierung in den Bauämtern voran, um eine Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung zu erreichen.	Ohne Digitalisierung der Bauämter werden wir keine Beschleunigten Verfahren in Berlin bekommen. Bereits erprobte Verfahren (wie. z.B. Bürgerbeteiligung) können von anderen Ländern übernommen werden. 2025 wurde bundesweit ca. ein Drittel der genehmigten Bauanträge bereits digital gestellt.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-083	Forum Sozialer Klimaschutz der SPD Berlin	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	478	478	Bei Neu- und Umbau müssen langlebige, nachwachsende und regional verfügbare Materialien und energieeffiziente Gebäudetypen, die die CO2-Bilanz verbessern, gefördert werden.	
Ä-084	Abteilung 6/3 Lichterfelde-West	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	481	481	Ergänze am Abschnittsende: "Hierbei wollen wir grundsätzlich bereits versiegelte Flächen priorisieren."	Bauen auf bereits versiegelten Flächen ist deutlich nachhaltiger und ressourcenschonender in Bezug auf die Umwelt
Ä-085	Fachausschuss Natur, Energie und Umweltschutz (FA X)	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	482	485	Nach der Zeile 481 einfügen: "Auch beim Bedarf im Wohnungsbau ist mit dem Bodenverbrauch sorgsam umzugehen; es gilt weiterhin das Ziel zur Erreichung eines Netto-Null-Verbrauchs, dem Flächensparziels der Bundesregierung. Besonders sensible Böden sind besonders zu schützen."	Der sorgsame Umgang mit Boden muss politische Richtschnur sein.
Ä-086	Mitgliederversammlung Abteilung 06/01 Steglitz Zentrum	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	486	487	ersetze ab „auch“ bis „um“ durch: „So gestalten wir in einem Pilotprojekt die Fläche der ehemaligen A 104 beidseits des Tunnels Schlangenbader Straße um und beleben im gleichen Zug auch den Breitenbachplatz durch eine Umgestaltung neu. Hierbei beziehen wir die Anwohnenden, Gewerbetreibenden und sonstigen Anliegenden aktiv ein."	
Ä-087	FA XI	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	488	488	Für ehemalige Vorzeigestraßen und Schmuckplätze wie den Bundesplatz werben wir Bundes- und EU-Mittel für eine zeitnahe Reurbanisierung ein.	Leuchtturm-Projekt mit hohem Bekanntheitswert in der Stadt durch diesbezügliche Aktivitäten von Partei und Fraktion.
Ä-088	Abteilung 04/97	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	488	488	Für ehemalige Vorzeigestraßen und Schmuckplätze wie den Bundesplatz werben wir Bundes- und EU-Mittel für eine zeitnahe Reurbanisierung ein.	Leuchtturm-Projekt mit hohem Bekanntheitswert in der Stadt durch diesbezügliche Aktivitäten von Partei und Fraktion.
Ä-089	Mitgliederversammlung Abteilung 06/01 Steglitz-Zentrum	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	495	495	ergänze nach „spekulieren.“: „So sticht seit Jahren weithin sichtbar das Skelett des Steglitzer Kreisel ins Auge. Wir werden den Investor nicht aus seiner Verantwortung entlassen, aber wir werden auch nicht tatenlos zusehen, wie der Kreisel dauerhaft zur Abschreibungsruine verkommt. Die privatwirtschaftliche Inwertsetzung der Immobilie ist mehrfach gescheitert. Hier muss das Land in der kommenden Legislatur Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Daher werden wir uns dafür stark machen, das der Senat in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf die Initiative ergreift, alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen und alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen um Bewegung in die festgefahrene Situation zu bringen.“	
Ä-090	SPD Hermannstraße	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	498	498	füge ein nach „Bauen“: und Fertigstellen	Bauen ist unklar definiert. Entscheidend ist die Fertigstellung.
Ä-091	Mitgliederversammlung Abteilung 06/02 Südende	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	511	513	Ersetze: „Dabei erhöhen wir in den bereits geplanten Wohngebieten und in angrenzenden Arealen das Baupotenzial und verbinden in einer zweiten Phase die drei Teilbaugebiete miteinander. So schaffen wir dort insgesamt bis zu 12.000 neue Wohnungen.“ Durch: „In einer zweiten Phase wollen wir weitere Wohnungen in den jetzt geplanten Gebieten und auch in angrenzenden Arealen schaffen.“	
Ä-092	Abteilung 04/97	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	515	515	Bis ein gleichwertiger Ausweichstandort gefunden ist, hat das Schaustellergewerbe Planungssicherheit am Zentralen Festplatz.	Das Schaustellergewerbe braucht für seine Existenz Planungssicherheit. Es ist ein Wirtschaftsfaktor für Berlin und betrifft Wählerinnen und Wähler.
Ä-093	Abteilung Frohnau	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	519	521	Die Möglichkeiten einer behutsamen Randbebauung werden abschließend geprüft. Eine Inanspruchnahme der Flächen soll erst erfolgen, wenn die in der Planung befindlichen Baupotenziale in der Stadt ausgeschöpft sind.	Im Koalitionsvertrag vom 26.04.2023 haben wir vereinbart, dass für das Tempelhofer Feld durch einen städtebaulichen Wettbewerb geklärt werden soll, wie eine behutsame Randbebauung realisiert werden kann. Dieser Aufgabe hat sich die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung angenommen und Lösungsansätze aufgezeigt.
Ä-094	Abt. 15 SPD Pankow	Zuhause sein - heute und morgen	Streichung	519	520	Wohnungen am Feldrand kommen nicht in Frage, solange die bisherigen Flächen in Berlin ungenutzt sind –	Aufgrund der großen Wohnungsnot in Berlin darf das Ziel einer behutsamen Randbebauung des Tempelhofer Feldes nicht aufgegeben werden
Ä-095	Abt 15 SPD Pankow	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	521	521	und genossenschaftlichen Wohnungsbau	Landeseigener und genossenschaftlicher Wohnungsbau zugleich sorgen für bezahlbare und nachhaltige Wohnungen
Ä-096	Fachausschuss Natur, Energie und Umweltschutz (FA X)	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	529	530	Ergänzung: „...weil die Mietpreisbremse verletzt wurde, die Heizkostenabrechnung unkorrekt ist oder Mietwucher vorliegt.“	Für Mietende stellen zunehmend die Energiekosten eine Belastung dar. Die Richtigkeit von Heizkostenabrechnungen sind für den Normalverbraucher kaum zu prüfen, häufig auch zu beanstanden.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-097	04/70 Abteilung Westend-Klausenerplatz	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	532	532	Die Mietpreisprüfstelle erfreut sich wachsender Nachfrage – der große Bedarf wird durch die bisherigen Beratungsergebnisse eindrücklich belegt.	Die große Resonanz auf die Mietpreisprüfstelle zeigt den erheblichen Bedarf an qualifizierter Unterstützung bei der Durchsetzung von Mieterrechten. Bereits in der Anfangsphase meldeten sich innerhalb kurzer Zeit hunderte Berlinerinnen und Berliner, und das Angebot wird seitdem konstant stark nachgefragt. Zugleich belegen die Ergebnisse der Beratung die strukturelle Relevanz der Prüfstelle: In 94 % der geprüften Fälle wurde eine unzulässig hohe Miete festgestellt. Dies verdeutlicht, dass ein erheblicher Teil der Mietverhältnisse von Überschreitungen gesetzlicher Vorgaben betroffen ist, die ohne Unterstützung häufig nicht erkannt oder verfolgt werden. Die Mietpreisprüfstelle schließt damit eine zentrale Lücke zwischen Rechtslage und tatsächlicher Durchsetzung und entwickelt sich zu einem wichtigen Instrument des Mieterschutzes in Berlin.
Ä-098	04/70 Westend-Klausenerplatz	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	532	533	Ersetze Zeile 532 und 533 durch: Wir bauen die Mietpreisprüfstelle massiv aus und entwickeln sie perspektivisch zur Mietenaufsicht Berlin weiter. Sie soll beraten, verfolgen und sanktionieren.	Die große Resonanz auf die Mietpreisprüfstelle zeigt den erheblichen Bedarf an qualifizierter Unterstützung bei der Durchsetzung von Mieterrechten. Bereits in der Anfangsphase meldeten sich innerhalb kurzer Zeit hunderte Berlinerinnen und Berliner, und das Angebot wird seitdem konstant stark nachgefragt. Zugleich belegen die Ergebnisse der Beratung die strukturelle Relevanz der Prüfstelle: In 94 % der geprüften Fälle wurde eine unzulässig hohe Miete festgestellt. Dies verdeutlicht, dass ein erheblicher Teil der Mietverhältnisse von Überschreitungen gesetzlicher Vorgaben betroffen ist, die ohne Unterstützung häufig nicht erkannt oder verfolgt werden. Die Mietpreisprüfstelle schließt eine zentrale Lücke zwischen Rechtslage und tatsächlicher Durchsetzung und entwickelt sich zu einem wichtigen Instrument des Mieterschutzes in Berlin. Bis die Mietenaufsicht z.B. in Form eines neuen Landesamtes oder ähnliches einsatzbereit ist, brauchen wir eine massiv gestärkte Prüfstelle.
Ä-099	KDV Steglitz-Zehlendorf	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	540	540	„Wir setzten uns für die Ausweitung von Milieuschutzgebieten ein.“	
Ä-100	Abteilung 71 Charlottenburg Nord	Zuhause sein - heute und morgen	Streichung	551	553	ersatzlos streichen	Wir erwarten von den landeseigenen Wohnungsunternehmen zurecht einen signifikanten Beitrag zum Wohnungsneubau und eine angemessene Pflege der Bestände. Um diese Investitionen durchführen zu können, benötigen sie aber ausreichendes Eigenkapital, das sich auch aus den Mieteinnahmen speist. Diese Einnahmequelle darf daher nicht immer weiter eingeschränkt werden. Ziel muss ein angemessener Interessensausgleich zwischen Investitionen in bezahlbaren Wohnraum und bezahlbaren Mieten im Bestand sein. Die bestehende Regelung (27 Prozent bezogen auf die Nettokaltmiete) ist vor diesem Hintergrund bereits ein ausreichendes Leistungsversprechen.
Ä-101	SPD Hermannstraße	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	553	553	Die Landeseigenen werden verpflichtet wohnortnahe Bürgerbüros für Anliegen der Mieter:innen einzurichten.	Aktuell herrscht große Unzufriedenheit der Mieter:innen der Landeseigenen über die Verfügbarkeit der Servicemitarbeitenden. Bei der SuL in unserem Abteilungsgebiet ist dies alljährlich ein großer Frustrationspunkt bei der Mieter:innenversammlung.
Ä-102	Jusos Berlin	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	565	565	Wir gehen ebenfalls entschieden gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt vor. Dazu führen wir bei landeseigenen Wohnungsunternehmen anonymisierte Bewerbungsverfahren ein, schaffen verbindliche Anti-Diskriminierungsstandards und bauen systematische Testverfahren zur Aufdeckung von Benachteiligung aus.	
Ä-103	Abteilung 11/02 - Alt-Hohenschönhausen	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	569	570	Den Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein wollen wir so erweitern, dass Alleinerziehende mit Kind Paaren mit Kind gleichgestellt sind. So sollen Alleinerziehende und ihre Kinder jeweils Anspruch auf ein eigenes Zimmer und einen gemeinsamen Raum haben.	Grundsätzlich gilt bei der Vergabe von Wohnberechtigungsscheinen Folgendes: Je ein Wohnraum für den Wohnberechtigten und jeden seiner mitziehenden Angehörigen. Einem Ehepaar mit einem Kind steht daher eine Wohnung mit drei Wohnräumen zu. Alleinerziehende mit einem Kind haben hingegen nur Anspruch auf eine Zweiraumwohnung. Das bedeutet, dass entweder das Kind kein eigenes Zimmer hat oder aber das Elternteil im Wohnzimmer schlafen muss. Wir halten dies auch in Zeiten von Wohnraumknappheit für eine ungerechtfertigte Benachteiligung von Alleinerziehenden und ihren Kindern. Gerade in diesen Familien ist die individuelle Belastung nochmals höher, was nicht noch zusätzlich mit einem Weniger an Privatsphäre erschwert werden darf.
Ä-104	Jusos Berlin	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	569	569	Z. 569 folgenden Satz als neuen Absatz einfügen: Immer mehr Menschen sind in Berlin auf barrierefreies Wohnen angewiesen. Daher werden wir barrierearmes und barrierefreies Wohnen auf allen Ebenen fördern.	

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-105	04/70 Westend-Klausenerplatz	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	582	582	Füge nach Zeile 582 neuen Abschnitt ein: Mikroappartments begrenzen Wir werden den Bau von sog. Mikroappartements stärker steuern. Hierzu nutzen wir insbesondere Bebauungspläne, um durch Mindestgrößen oder eine Begrenzung der Anzahl von Wohnungen pro Gebäude Mikroappartements einzuschränken. Ebenso begrenzen wir den Umbau von Bestandswohnungen zu Mikroappartements. Angebote für besondere Wohnformen für Studierende, Senior:innen oder weitere spezifische Zielgruppen sollen davon unberührt bleiben. Wir setzen uns weiterhin für eine stärkere Mietenregulierung auch in diesem Segment ein.	Das Land Berlin und die Bezirke haben über die Bauleitplanung wirksame Instrumente, um den Wohnungsbau zu steuern. Erste Beispiele aus den Bezirken zeigen, dass Mikroappartements gezielt eingeschränkt werden können, um kiezverträglichen Wohnungsbau zu sichern. Mikroappartements sind häufig hochpreisig, werden befristet oder möbliert vermietet und tragen nur begrenzt zur Entlastung des Wohnungsmarktes bei. Mit klaren Vorgaben zu Wohnungsgrößen und zur Anzahl der Wohnungen pro Gebäude können solche Fehlentwicklungen frühzeitig verhindert werden. So wird sichergestellt, dass der Wohnungsbau am tatsächlichen Bedarf der Berlinerinnen und Berliner ausgerichtet bleibt und eine ausgewogene Wohnungsstruktur erhalten wird.
Ä-106	Fachausschuss II EU-Angelegenheiten (Vorstand)	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	582	583	Wir setzen uns auch auf EU-Ebene dafür ein, Kurzzeitvermietungen endlich effektiv zu regulieren.	
Ä-107	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	588	588	Ergänze: „Wenn Vermieter ihre Bestände nicht instandhalten, greifen wir schneller ein. Mit einem Landesfonds für Ersatzvornahmen sollen die Bezirke gezielt unzumutbare Wohnverhältnisse verbessern, die Kosten den Eigentümern in Rechnung stellen und bei Säumnis beschlagnahmen.“	
Ä-108	Abteilung 1 - Rosenthaler Vorstadt	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	594	594	[ALT] Zusätzlich führen wir eine Leerstandsmeldepflicht für Eigentümer ein [NEU] UND WIR FÜHREN EINE PROGRESSIVE LEERSTANDSSTEUER EIN, UM LANGANHALTENDEN UND SPEKULATIVEN LEERSTAND FINANZIELL UNATTRAKTIV ZU MACHEN.	(1) Mein Antrag zur Einführung einer progressiven Leerstandssteuer wurde auf dem letzten Landesparteitag der SPD Berlin beschlossen (2) Meine Abteilung hat den Änderungsantrag zur Einreichung bei unserer Jahreshauptversammlung beschlossen (3) Inhaltlich: die Einführung einer Leerstandsmeldepflicht ist ein erster Schritt in Richtung zur Vermeidung von spekulativem Leerstand, gerade in Kombination mit dem Zweckentfremdungsverbotsgesetz. Es braucht dennoch weitere, neue und kreative Wege, den Wohnungsmarkt zu steuern, gerade um mehr Wohnungsangebot zur Verfügung zu stellen. Beispiele aus Vancouver und Paris zeigen, dass die Einführung einer Leerstandssteuer zu einer signifikanten Angebotssteigerung am Wohnungsmarkt führt. Als lokale Aufwandssteuer lässt sie sich leicht einführen. Insbesondere sorgt sie für eine Beweislastumkehr und wirkt besonders effektiv in Kombination mit einer Leerstandsmeldepflicht: wer nicht vermietet, muss die Steuer zahlen. Somit wird Leerstand finanziell unattraktiv und es gibt einen klaren und sofort wirksamen finanziellen Anreiz, Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Wer Falschangaben macht, begeht Steuerhinterziehung. Damit liegt eine rechtlich andere Situation vor als im Moment, wo das Nicht-Vermieten von den Behörden nachgewiesen werden muss und dann "nur" eine Ordnungswidrigkeit darstellt. Zu all diesen Hintergrundaspekten habe ich eine ausführliche Analyse verfasst, die gerne nachgereicht werden kann.
Ä-109	04/70 - Abteilung Westend-Klausenerplatz	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	594	594	In Zeile 594 den neuen Satz einfügen (vor "Zusätzlich führen wir...): Des weiteren wird das Kataster zur automatisierten Prüfung der Miethöhe bei neuen Vertragsabschlüssen und Mieterhöhungen verwendet.	Illegal überhöhte Mieten sind eine Folge der Kapitalakkumulation im bisher unzureichend beaufsichtigten Berliner Mietenmarkt. Viele Berliner*innen sind auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen. Wir stellen allerdings fest, dass dort, wo die Stadt nicht dauerhaft den Markt beaufsichtigt, sich informelle Marktsegmente und kriminelle Praktiken den Weg bahnen. Überhöhte, rechtswidrige Mietforderungen entziehen Mieter*innen finanzielle Mittel, die ihnen dann für Konsum und Investitionen im lokalen Wirtschaftskreislauf fehlen. Diese Gelder stehen damit nicht mehr für Ausgaben in der Stadt zur Verfügung, die unmittelbar Wertschöpfung und Beschäftigung fördern würden. Eine automatisierte Prüfung würde viele dieser Probleme an der Wurzel beheben. Im Sinne des Erhalts unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, brauchen wir eine starke Verwaltung, die die nötigen Werkzeuge hat um niedrigschwellig und effektiv in unserem Sinne der Mieter*innen handelt und rechtswidrigen Geschäftspraktiken die Stirn bietet.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-110	Abteilung Falkenhagener Feld / Spandau West (05/03)	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	595	600	Die Zustimmung zum Volksentscheid der Initiative „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ nehmen wir ernst. Es ist für uns der Auftrag, den Artikel 15 Grundgesetz anzuwenden, um den Wohnungsmarkt gemeinwirtschaftlich zu regulieren und die Profitlogik für ca. 1,4 Mio. unregulierten Wohnungen zu durchbrechen. Konkret heißt dies: Gewinnausschüttungen auf 4% zu begrenzen, darüber hinaus erzielte Überschüsse in Bestand und Neubau zu investieren, Mieten ab einem Stichtag einzufrieren und nur einen Inflationsausgleich zu gestatten. Der Neubau und Kleinvermietende sollen hiervon ausgenommen bleiben. So bleibt solides Wirtschaften möglich, aber Renditemaximierung auf Kosten der MieterInnen wird unterbunden. Diesen juristisch neuen Weg gehen wir rechtssicher, offene Fragen klären wir transparent und nachvollziehbar.	Die Auseinandersetzung um die Umsetzung des o.g. Volksentscheids wird im kommenden Wahlkampf eine zentrale Rolle spielen, gerade mit LINKE und GRÜNEN. Eine SPD mit Regierungsanspruch muss hier Farbe bekennen: setzt sie die Enteignung von Großkonzernen mit ca. 220.000 Wohnungen und den entsprechenden finanziellen Risiken für den Landeshaushalt um, oder geht sie den von der SPD-Abgeordnetenhausfraktion skizzierten Weg eines regulierenden Eingriffs in die private Wohnungswirtschaft, um die Profitlogik im privater Wohnungsunternehmen zu durchbrechen? Eine eindeutige Positionierung ist mit der Formulierung de Wahlprogrammmentwurfs selbst für ExpertInnen nicht erkennbar, erst recht nicht für die betroffenen MieterInnen und WählerInnen. Wenn Sozialdemokraten aus den vergangenen Wahlniederlagen eines gelernt haben sollten: Glaubwürdigkeit beginnt mit klarer Sprache und konkreten Forderungen!
Ä-111	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	598	598	Ergänze: „Die Vergesellschaftung von Wohnraum ist für uns ein wirksames und rechtlich mögliches Instrument, um dieses Ziel zu erreichen. Ein Gesetz zur Umsetzung des Volksbegehrens 2021 werden wir erarbeiten.	
Ä-112	SPD Hufeisensiedlung, Abteilungssitzung 17.03.2026	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	598	598	Die Vergesellschaftung von Wohnraum ist für uns ein wirksames und rechtlich mögliches Instrument, um dieses Ziel zu erreichen. Ein Gesetz zur Umsetzung des Volksbegehrens 2021 werden wir erarbeiten. Die Bewirtschaftung der vergesellschafteten Wohnung soll neben der Überführung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts auch durch die Überführung in Genossenschaften möglich sein.	Aktuell wird der Volksentscheid "Deutsche Wohnen und Co. Enteignen" nur benannt und in Verbindung mit einigen auf Basis der Vergesellschaftung möglichen Regulierungen gebracht. Es fehlt ein konkretes Bekenntnis zu einem Umsetzungsgesetz der Forderungen des Volksentscheids
Ä-113	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	599	599	Ersetze „Dabei“, mit „Zusätzlich“	wenn ÄA zu Zeile 598 übernommen wird, wird diese Anpassung notwendig
Ä-114	Jusos Berlin	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	599	599	füge ein hinter Z. 599 Wohnungsmarkt: Die Vergesellschaftung von Wohnraum ist für uns ein wirksames und rechtlich mögliches Instrument, um dieses Ziel zu erreichen. Ein Gesetz zur Umsetzung des Volksbegehrens 2021 werden wir erarbeiten.	
Ä-115	Jusos Berlin	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	599	599	ersetze Z. 599 „dabei“ durch “Zusätzlich“	
Ä-116	SPD Dahlem	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	599	599	"dabei" durch "zusätzlich" ersetzen	es werden verschiedene Schritte beschrieben, ohne dass dies final sein sollte
Ä-117	Jusos Berlin	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	600	600	Z. 600: ergänze nach „GG.“: „Zudem wollen wir Gewinnausschüttungen begrenzen und erst ermöglichen, wenn sich die vermieteten Einheiten und Gebäude in einem angemessenem und modernen Zustand befinden. Dabei soll insbesondere für Großvermietende (ab 500 Wohneinheiten) eine festgelegte Investitionsquote gelten, um einen modernen und energieeffizienten Gebäude- und Wohnungsbestand abzusichern. Daneben soll die Umsetzung eines Verbotes von Eigenbedarfskündigungen, Staffel- und Indexmieten sowie die Entfristung von befristeten Mietverträgen, die Erhebung von Möblierungs- und Modernisierungumlagen (soweit betriebswirtschaftlich abgesprochen) geprüft werden. Gleiches gilt für ein Veräußerungsverbot von Gebäuden mit Genehmigungsvorbehalt, wofür gleichzeitig ein Vorkaufsrecht für das Land Berlin mit einer Preislimitierung auf den alten Kaufpreis in Verbindung mit einem Inflationsausgleich.“	
Ä-118	SPD Dahlem	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	600	600	Die Vergesellschaftung von Wohnraum ist für uns ein wirksames und rechtlich mögliches Instrument, um diess Ziel zu erreichen. Ein Gesetz zur Umsetzung des Volksbegehrens 2021 werden wir erarbeiten.	wir begrüßen ausdrücklich das Vergesellschaftungsrahmengesetz, welches SPD und CDU im Abgeordnetenhaus - auf Initiative unserer Abgeordneten im Koalitionsvertrag verankert- beschlossen haben. Wir sehen keinen Widerspruch zwischen unseren Initiativen zur Verbesserung der Wohnungssituation in unserer Stadt kurz- und mittelfristige Verbesserungen zu erreichen und Dem Druck des Volksbegehrens: Wir brauchen diesen gesellschaftlichen Druck.
Ä-119	Fachausschuss Natur, Energie und Umweltschutz (FA X)	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	614	617	Ergänzung nach „...Wohnraummangels verboten sind.“ „Wir wollen eine Stärkung der Mieterrechte, wenn die Eigentümer ihren Pflichten zur Heizungsprüfung – und optimierung nicht nachkommen. Werden diese nicht nachgewiesen, sollen die Mietenden zur pauschalen Kürzung der Heizkostenforderungen berechtigt sein.“	Ein bisher nicht genutztes Instrument ist, die Mieterrechte so zu stärken, dass sie bei Nichterfüllung der Pflichten zur Heizungsoptimierung und -prüfung pauschal Heizkostenforderungen des Vermieters kürzen können. Weitere Begründung: siehe Antrag FA X 33/II/2025

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-120	Landesvorstand SPD Frauen Berlin	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	617	617	Einfügen nach Z. 617 als neuen Absatz: "Feministische Stadtentwicklung und Wohnungspolitik Historisch bedingt sind viele Elemente von Städten aus einer männlich dominierten Perspektive entstanden. Wir setzen uns ein für eine feministische Stadtplanung, die Berlin als Stadt für alle denkt und gestaltet, so dass sie für unterschiedliche Lebensrealitäten funktioniert. In Stadtentwicklungsprojekten ist Gender-Mainstreaming als Standard für die Planung und Vergabe zu verankern, um Geschlechtergerechtigkeit aktiv umzusetzen. Plätze, Räume und Wege, Mobilität, Zentrumsbildung und Nachbarschaftsstrukturen müssen inklusiv und sicher werden. Sie müssen sich neben der Vollzeit-Erwerbsarbeit gleichzeitig auch am Alltag von Personen mit Care Aufgaben orientieren, ganz besonders in Außenbezirken. Wohnen ist als soziale Infrastruktur eine Voraussetzung für Sicherheit, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe. Unsere Wohnungspolitik muss faire und diskriminierungsfreie Vergabe- und Vermietungsmodelle sicherstellen. Gendergerechte und inklusive Maßnahmen sind bei Modernisierungen und Weiterentwicklung des Bestands mitzudenken. Die Förderung von queeren und frauenspezifischen Wohnprojekten schafft sicheren Wohnraum für vulnerable Personen (z.B. Frauenhäuser und Übergangswohnungen, queersensible Notunterkünfte und Pflegeeinrichtungen, spezielle Programme für wohnungslose Frauen & Jugendliche). Ein „Runder Tisch Feministische Stadt“ als dauerhafte Instanz kann den Austausch und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen stärken. Neue Ideen entstehen nur gemeinsam."	
Ä-121	Abt. Wilmersdorf-Südost (04/91)	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	618	619	Unser Berlin wird lebenswert, grün und lebenswert Die Wiege Berlins entwickeln Berlin ist eine Stadt der Kieze. Gleichwohl hat die historische Innenstadt in Mitte als Kern Berlins eine besondere Rolle. Auf Grundlage des Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes Berliner Mitte werden wir diesen zentralen innerstädtischen Bereich voranbringen. Dazu gehören die Entwicklung des Nikolaiviertels u.a. aus Mitteln der Städtebauförderung und die Aufwertung des Areals zwischen Fernsehturm und Spreeufer als grüner Freiraum. Den Molkenmarkt werden wir auf Grundlage der Ergebnisse des Architektenwettbewerbs 2025/2026 gestalten und dabei auf eine angemessene Mischung von Wohnen, Gewerbe und Kultur sowie eine anspruchsvolle Architektur achten. Von der Alten Münze über den Molkenmarkt und das Gelände des Grauen Klosters bis hin zum Haus der Statistik werden wir ein Band der Kultur und Stadtgeschichte entwickeln.	Berlin ist eine Stadt der Kieze. Gleichwohl hat die historische Innenstadt in Mitte als Kern Berlins eine besondere Rolle, die im Wahlprogramm erwähnt werden sollte. Dazu wird die vorstehende Passage vorgeschlagen.
Ä-122	FA X	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	630	630	Statt "Mit dem Bäume Plus-Gesetz" Mit dem Berliner Klimaanpassungsgesetz	offiziellen Namen des Gesetzes verwenden
Ä-123	Abteilung Frohnau	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	631	631	Wir setzen auf Bäume statt Bürokratie. Wir brauchen kein neues Landesamt, sondern wir setzen das Gesetz mit den vorhandenen Verwaltungen um.	500 neue Stellen für ein neues Landesamt passen einfach nicht in die Zeit und kosten Zeit für den Aufbau und Geld.
Ä-124	Abteilung Borsigwalde/Tegel-Süd vom 16. März 2026	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	631	633	Im Bereich „Mehr Stadtbäume für Berlin“ (nach Zeile 631) wird ergänzt: Deshalb werden wir dafür Sorgen dass Baumfällungen, abgesehen von Sicherungspflichten, nur sehr restriktiv durchgeführt werden. Insbesondere bei Baumaßnahmen im Straßenverkehr werden wir baumerhaltende Planungen grundsätzlich priorisieren..	Klimastress, Sturmschäden und Wohnungsbau verursachen immer wieder umfangreiche Baumfällungen. Deshalb müssen alle vermeidbaren Fällungen von gesunden Bäumen vermieden werden, um das Ziel von einer Million zusätzlichen Stadtbäumen bis 2040 nicht zu gefährden.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-125	12/04 Heiligensee/Konradshöhe/Tegelort	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	631	631	Die technischen Richtlinien zur Planung und Gestaltung des Straßenraums werden an die Erfordernisse des Klimawandels und des Baumschutzes angepasst. Der Schutz der vorhandenen Straßenbäume hat Vorrang vor sonstigen technischen Regelwerken des Straßenbaus. Straßenbäume gehören grundsätzlich zum Straßenraum und erhalten den technischen Regelwerken des Gartenbaus entsprechende Pflanzräume und Bodenvorbereitungen. Die Zuleitung von Regenwasser aus Privatgrundstücken wird künftig möglich durch entsprechende Regelungen für den Straßenbau.	Die Bäume auf unseren Straßen sind Bestandteil der Straßen. Bisher wurde bei Neuplanungen und auch bei Umbauten oder den vielfältigen Leitungsbauarbeiten zu wenig Rücksicht auf die Erhaltung und qualifizierte Neupflanzung der Straßenbäume gelegt. Die Vielzahl an technischen Regelwerken des Straßenbaus hat den Blick allein auf die Aufteilung des Straßenraums für den fließenden Verkehr gerichtet obwohl auch genügend fachliche Richtlinien zur Pflanzung von Bäumen bestehen. Das neue Klimaanpassungsgesetz will nun eine Vielzahl neuer Bäume in den Straßenraum bringen. Dies macht jedoch nur Sinn, wenn die Voraussetzungen für eine fachgerechte Pflanzung und Pflege der Bäume gewährleistet wird. Neben auskömmlichen Baumscheiben und einem tiefgründigen lockeren Pflanzsubstrat ist die regelmäßige Bewässerung lebensnotwendig. Hierzu ist die Zuführung von Regenwasser aus den angrenzenden, meist privaten Grundstücken zusätzlich zur Anwachspflege der Grünflächenämter erforderlich. Die bestehende Regelung, dass kein Regenwasser von privaten auf öffentliche Flächen geleitet werden darf, muss entsprechend überarbeitet werden. Die technisch notwendigen Einbauten dafür müssen neu berücksichtigt werden.
Ä-126	FA X	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	631	631	Einfügen nach „... um 70% steigen.“ Zur Umsetzung des Klimaanpassungsgesetzes werden wir die Richtlinien für die Gestaltung des Straßenraums an die Erfordernisse des Klimawandels und des Baumschutzes anpassen. Dazu wollen wir den Schutz des vorhandenen Baumbestandes über andere technische Regularien stellen sowie die Neupflanzung von Bäumen mit besseren Bodenvorbereitungen verbinden und für Berlin entsprechende Anweisungen für die Verwaltung erstellen und verbindlich machen	Die Anforderung des Klimaanpassungsgesetzes bedingen Aktualisierung bzw. Anpassung von anderen Planungsnormen, insbesondere in der Straßenplanung, wo Bäume und Grün bisher nachrangig betrachtet wurden.
Ä-127	FA X	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	637	637	nach „.....aktivieren bürgerschaftliches Engagement.“ einfügen: „Wir werden die Einrichtung eines Landesamts für Klimaanpassung und städtischer Infrastruktur als Pilotprojekt für die Verwaltungsreform prüfen. Denn die städtische Klimaresilienz und eine moderne Stadtinfrastruktur bedingt ein gutes Koordinieren von komplexen Verwaltungshandeln zwischen den Bezirken, des Senats unter Einbindung der Infrastrukturbetreiber und Energieversorger.“	die Umsetzung des neuen Klimaanpassungsgesetzes, des Wärmeplans, der Wärmewende und Ertüchtigung der Infrastruktur verlangt nach einer ressorts- und verwaltungsebenenübergreifenden Koordinierung, die am effektivsten durch ein Landesamt erbracht werden könnte. Die Straßen dienen mehr als nur der Mobilität und dem Straßengrün. Sie sind vielmehr mit den dort untergebrachten Leitungen die Lebensader einer Stadt. Es ist kostengünstiger, effektiver und für die Anwohner weniger belastend, wenn bei Arbeiten an der Straße, gleich Straßenbäume angepflanzt, das Wärmenetz ausbaut und Gebäude daran angeschlossen werden, Abwasserleitungen zur Wärmegegewinnung und Glasfaserkabel verlegt genutzt werden.
Ä-128	12/06 Abteilung Lübars/Waidmannslust/Wittenau	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	637	638	Die Umsetzung des Bäume-Plus-Gesetzes lässt sich nur mit massivem Engagement der Stadtbewohner erreichen. Deswegen sollen bei Baumpatenschaften die Bürger in die Planung und Finanzierung der neuen Stadtbäume aktiv einbezogen werden. Wir überwachen die laufende Umsetzung des Bäume-Plus-Gesetzes	
Ä-129	Abteilung 71 Charlottenburg Nord	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	637	637	Wir werden die Einrichtung eines Landesamts für Klimaanpassung und städtischer Infrastruktur als Pilotprojekt für die Verwaltungsreform prüfen, denn die städtische Klimaresilienz bedingt ein gutes Koordinieren komplexen Verwaltungshandelns zwischen den Bezirken und des Senats.	Die Umsetzung des neuen Klimaanpassungsgesetzes verlangt nach einer ressort- und verwaltungsebenenübergreifenden Koordinierung, die am effektivsten durch ein Landesamt erbracht werden könnte
Ä-130	SPD-Abteilung 01 Niederschönhausen-Blankenfelde	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	651	651	Folgenden Satz ergänzen: „Wir sichern private Kleingartenflächen schrittweise über Bebauungspläne.“	Begründung: Mit dem Kleingartenflächensicherungsgesetz haben wir die landeseigenen Anlagen geschützt, private Flächen wollen wir nun durch B-Pläne sichern.
Ä-131	SPD-Abteilung 01 Niederschönhausen-Blankenfelde	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	651	651	Ergänze folgenden Satz: „Wir entwickeln Kleingartenanlagen als Naherholungsgebiete – für die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner und für die Stadtgesellschaft.“	Begründung: Die Kleingartenanlagen wollen sich öffnen gegenüber ihrem Umfeld, sodass die Wege und Gemeinschaftsflächen auch von der Allgemeinheit genutzt werden können. Dabei wollen wir sie unterstützen.
Ä-132	Abteilung Frohnau	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	657	659	Mit den Berliner Forsten schützen wir den Bürgerwald und fördern Klimafestigkeit und Naturnähe durch natürliche Waldentwicklung und den Schutz des Waldinnenklimas. Den Zustand begleiten wir mit satellitengestütztem Monitoring.	Konkret das “Wie” benennen. Eingriffe in den Wald, gleich welcher Art, sollen unterbleiben. Die Natur kann sich selbst helfen und zudem können so öffentliche Ausgaben reduziert werden!
Ä-133	FA X	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	670	670	Überschrift: ändern „Regenwasser nutzen, Grundwasser schützen, Wasser sparen“	Begründung: Da die Ressource Wasser in Berlin knapp wird, muss es eine breit angelegte Strategie zum Wassersparen geben. Bisher war mehr oder wenige die Annahme, dass Berlin bei seinem Wasser nur qualitative Probleme hat, seit einigen Jahr ist aber deutlich geworden, dass auch nicht genug Wasser zur Verfügung steht.
Ä-134	FA X	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	673	673	streichen: „Die technische Reduktionsrate erhöhen wir, wo es möglich ist. „und durch folgenden Satz ersetzen: „Wir werden das grundstücksübergreifende Regenwassermanagement rechtlich verbindlich machen.“	klarere, verständlichere Formulierung
Ä-135	FA X	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	674	674	Ein gesunder Boden trägt zum Klimaschutz bei; die Maßnahmen des zu entwickelnden Entsiegelungsprogramms sind umzusetzen.	Entsiegung ist ein maßgeblicher Beitrag zum Regenwassermanagement und damit auch zur Klimaanpassung

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-136	FA X	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	675	675	Einfügen nach. ... Eine sichere Trinkwasserversorgung ist lebenswichtig" „Wir sind uns der drohenden Grundwasserproblematik in Berlin und Brandenburg bewusst und arbeiten verstärkt an gemeinsamen Anpassungsstrategien beider Länder.“	Notwendigkeit ergibt sich aus dem Ende des Braunkohleabbaus in der Lausitz und dem allg. Rückgang des Niederschlags
Ä-137	Fachausschuss Natur, Energie und Umweltschutz (FA X)	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	675	676	Nach Zeile 674 einfügen: "Ein gesunder Boden trägt zum Klimaschutz bei; die Maßnahmen des zu entwickelnden Entsiegelungsprogramms sind umzusetzen."	Der sorgsame Umgang mit dem Boden muss politische Richtschnur sein.
Ä-138	FA X	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	678	678	Einfügen nach“ wir und starten eine Wassersparoffensive.“ „sowie eine verstärkte Fokussierung auf Grauwasserlösungen im privaten wie auch öffentlichen Bereich.“	Grauwassernutzung bietet ein erhebliches Potential zum Wassersparen, was angesichts der Wasserknappheit genutzt werden muss
Ä-139	FA X	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	678	678	Die Sanierung von Boden- und Grundwasserverunreinigungen ist voranzutreiben, um die Berliner Wasserwerke nachhaltig zu schützen. Wir werden die Bezirke Hierzu personell und finanziell verstärken, um die erforderlichen Ersterkundungen zu realisieren.	Die Belastung des Grundwassers u.a. durch Bodenverunreinigung muss unterbunden werden, insbesondere dort, wo die Einzugsbereiche der Wasserbetriebe sich erweitern, da aufgrund des steigenden Wasserbedarfs auch mehr Wasser gefördert werden wird
Ä-140	Abteilung 04/97	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	685	685	Wir ermöglichen weitere Müllsortieranlagen bei der BSR für verbesserte Ressourcen-Kreisläufe. Wir wollen noch mehr Haushalte mit Biotonnen ausstatten und führen auch die bezirklichen Grünabfälle konsequent der Kompostierung durch die BSR zu.	Kreislaufwirtschaft hat weitere Potenziale, die so gehoben werden können.
Ä-141	Abteilung 15 Pankow (Kollwitzplatz / Kastanienallee)	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	688	699	688: nach: "Wir gehen systematisch und mit wirksamen Maßnahmen dagegen vor." Ergänzung: "Wir beziehen die Stadtgesellschaft dabei aktiv mit ein." 698: nach: "Illegale Ablagerungen klären wir schneller auf und verfolgen sie konsequent." Ergänzung: "Dafür wird die Berliner Ordnungsamts-App weiterentwickelt, um partizipative Prozesse erweitert sowie in ein Gesamtkonzept zur sauberen und sicheren Stadt einbezogen. Zugleich wird sie mit einem neuen Transparenz-, Steuerungs- und Managementmodell mit den Bezirksämtern verbunden." weiter mit: "Zur besseren Umsetzung setzen wir Müll-Sheriffs"... statt "Dafür"	Kernbestandteil einer funktionierenden Stadt ist die Aufrechterhaltung der Sauberkeit und Sicherheit im öffentlichen Raum. Gute Beispiele, wie die SPD das mit der weiterentwickelten Ordnungsamts-App erreichen kann, sollten im Sinne von best practice genannt werden. Die SPD begegnet dem Thema mit einem ganzheitlichen Ansatz, der auch neu digitale Lösungen verbunden mit Verwaltungsmodernisierung und Partizipation der Stadtgesellschaft im Sinne von Good Governance einbezieht. Dies wird durch diese Ergänzung deutlicher. Da das Thema für viele Berliner:innen eine hohe Priorität bzw. der bisherige Umgang damit hohes Frustpotential hat, sollte zur Methodik, wie Verbesserungen erreicht werden können, auch etwas gesagt werden.
Ä-142	SPD Hermannstraße	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	691	691	Die Reinigungszyklen der BSR sollen flexibel an die unterschiedlichen Bedarfe der Bezirke angepasst werden. Wir orientieren die Personalverteilung der BSR berlinweit am Müllaufkommen, nicht an den Bezirksgrenzen.	
Ä-143	Landesforum Sozialer Klimaschutz	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	694	697	Ersetze den Abschnitt beginnend mit "Slots" und endend mit "Hausmüllgebühren" durch: Wir werden für jeden Haushalt zweimal im Jahr eine Sperrmüllabholung vor der Haustür anbieten, die über die Hausmüllgebühren finanziert werden. Zur besseren Effizienz werden diese Sperrmüllentsorgungen über eine digitale Plattform organisiert.	
Ä-144	FA X	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	694	696	Folgenden Text „...Slots für Unterstützung bei schweren Gegenständen machen wir buchbar. – finanziert über die Hausmüllgebühren“ ersetzen durch: „Wir werden für jeden Haushalt zweimal im Jahr eine Sperrmüllabholung vor der Haustür anbieten, die über die Hausmüllgebühren finanziert werden. Zur besseren Effizienz, wie z.B. wie viel und was entsorgt werden soll, werden diese Sperrmüllentsorgungen über eine digitale Plattform organisiert.“	Die Vermüllung im öffentlichen Raum, auch mit Sperrmüll ist inakzeptabel. Die BSR muss daher für private Haushalte eine bessere und praktikablere Sperrmüllentsorgung vor der Haustür anbieten und zwar kostenlos. Diesen Service bieten viele Städte wie Potsdam, Köln, Düsseldorf, Nürnberg u.v.m. an. Die BSR bietet eine Sperrmüllabholung vor der Haustür für 100,- € an, München für 70,- €. Das ist zu teuer, wenn z.B. nur ein Bügelbrett, eine Matratze, zwei Stühle entsorgt werden sollen. Zudem verfügen die Bürger oft nicht über Transportmöglichkeiten, um ihre ausrangierten Sachen zum Recyclinghof oder zu den Kieztagen zu bringen. Die BSR muss zweimal im Jahr eine kostenlose Sperrmüllabholung vor der Haustür ermöglichen – dafür bedarf es nicht es Testläufe in einem Bezirk (welchem??).
Ä-145	02/04 45. Abteilung Südstern	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	694	696	Wir werden für jeden Haushalt zweimal im Jahr eine Sperrmüllabholung vor der Haustür anbieten, die über die Hausmüllgebühren finanziert werden. Zur besseren Effizienz werden diese Sperrmüllentsorgungen über eine digitale Plattform organisiert.	
Ä-146	Abteilung 6/3 Lichterfelde-West	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	696	696	Ersetze "In einem Berliner Bezirk" durch: "In Berlin"	Die BSR und das Land sollen die Möglichkeit erhalten auch in mehreren Bezirken und Regionen den Sperrmüll-Abholgutscheine zu pilotieren.
Ä-147	Jusos Berlin	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	701	701	Z. 701 ersetze „Die“ durch: „Das Mobilitätssystem in Berlin funktioniert aktuell nur unzureichend. Wir wollen die Mobilitätswende wieder aktiver gestalten, weg vom Motorisierten Individualverkehr hin zu einer klimaverträglicheren Mobilität. Dabei setzen wir nicht auf ein Gegeneinander der Verkehrsteilnehmer*innen, sondern auf einen klaren Kurs zur Schaffung von Alternativen vom eigenen Auto. Denn bereits die“	
Ä-148	Jusos Berlin	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	702	702	Z. 702: ersetze „freiwillig“ bis „umsteigen“ durch: „vom Auto umsteigen können.“	
Ä-149	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	703	703	...vom Auto umsteigen. Wir setzen uns für eine gerechtere Verteilung der Verkehrsflächen und das Konzept der kurzen Wege ein.	
Ä-150	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	703	703	Dabei bekennen wir uns ausdrücklich zu den Vorgaben des Mobilitätsgesetzes, vervollständigen und sichern es.	Klarstellung, da politische Mitbewerber das Mobilitätsgesetz aufweichen wollen.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-151	AG Selbst Aktiv	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	703	703	Wir entwickeln das Konzept zur Barrierefreien Alternativen Beförderung (BAV) weiter, sodass alle Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung im Sinne des Landesgleichberechtigungsgesetzes den Öffentlichen Nahverkehr nutzen können.	Wir brauchen für die Community auch klare Botschaften, wo wir anpacken wollen
Ä-152	Abteilung 04/97	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	703	703	...vom Auto umsteigen. Wir setzen uns für eine gerechtere Verteilung der Verkehrsflächen und das Konzept der kurzen Wege ein.	
Ä-153	Abteilung 04/97	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	703	703	Dabei bekennen wir uns ausdrücklich zu den Vorgaben des Mobilitätsgesetzes, vervollständigen und sichern es.	Klarstellung, da politische Mitbewerber das Mobilitätsgesetz aufweichen wollen.
Ä-154	Jusos Berlin	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	703	703	Z. 703: ergänze nach „Mobilitätsgesetzes“: „und unterstützen das Vorhaben des Verkehrsentscheides ausdrücklich“	
Ä-155	Abteilung Borsigwalde/Tegel-Süd vom 16. März 2026	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	704	705	Im Bereich „Sichere Mobilität für alle Berliner*innen“ (in den Zeilen 704 - 705) wird ergänzt: Langfristig wollen wir für die vier Bereiche von Verkehrsarten im Innenstadtbereich eine faire Aufteilung von jeweils einem Viertel, je nach Straßenbreite und Zustand. Zusätzlich wollen wir autofreie Zonen einrichten.	Die Ziele des Volksbegehrens „Berlin autofrei“ werden aufgrund des Klimaschutzes, der Verkehrssicherheit und der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt von der Berliner SPD geteilt. Insbesondere die zeitlichen Vorgaben und die Reihenfolge der Maßnahmen, also zuerst das Verbot des privaten Autoverkehrs und dann den Ausbau des ÖPNV lehnen wir ab. Dennoch ist eine etwas klarere Aussage zu diesem Volksbegehren im kommenden Wahlkampf notwendig! In reinen Wohnquartieren und rund um touristische Hotspots müssen wir durch Parkhäuser und separate Parkflächen den Autoverkehr heraushalten, um die Aufenthaltsqualität und die Klimaziele zu verbessern.
Ä-156	AG Selbst Aktiv	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	705	705	Wir wollen für alle Nutzer*innen mit oder ohne Behinderungen flächendeckend mindestens einen 10-Minuten-Takt – in der Innenstadt ebenso wie in den Außenbezirken.	Bisher ist der Takt für Menschen mit Behinderungen wesentlich größer, da sie z.B. selbständig nicht jede U-Bahn nutzen können.
Ä-157	Abteilung 71 Charlottenburg Nord	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	705	705	Absatz soll beginnen mit: „Entsprechend dem Nahverkehrsplan sollen alle Wohngebiete und Schulen durch eine ÖPNV-Haltestelle in einer Entfernung von maximal 300 Meter erschlossen werden.“	Die Entfernung von der Haustür zur nächsten Haltestelle der BVG oder S-Bahn ist ein genauso wichtiges Entscheidungskriterium für die Verkehrsmittelwahl der Bürger wie das Taktangebot. Deswegen werden in Nahverkehrsplänen die Defizitgebiete herausgearbeitet, die entsprechend diesem Kriterium nicht erschlossen sind.
Ä-158	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	706	706	einfügen nach "Außenbezirken", "Entsprechend dem Nahverkehrsplan sollen alle Wohngebiete und Schulen durch eine ÖPNV-Haltestelle in einer Entfernung von maximal 300 Meter erschlossen werden."	Die Entfernung von der Haustür zur nächsten Haltestelle der BVG oder S-Bahn ist ein genauso wichtiges Entscheidungskriterium für die Verkehrsmittelwahl der Bürger wie das Taktangebot. Deswegen werden in Nahverkehrsplänen die Defizitgebiete herausgearbeitet, die entsprechend diesem Kriterium nicht erschlossen sind.
Ä-159	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	706	706	und über die Landesgrenze hinaus.	Brandenburg ist auch betroffen.
Ä-160	Abteilung 71 Charlottenburg Nord	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	707	707	Nach "[...] für Busse und Bahnen." einfügen: „Für einen stabilen Betrieb und zur Verdichtung des Taktes bei erhöhter Nachfrage ist auch die U-Bahn in Berlin nach dem Nürnberger Vorbild zu automatisieren.“	Die BVG leidet immer mehr an Personalmangel und Ausfällen für den Betrieb. Das Knowhow für den automatisierten U-Bahn-Betrieb wurde in Berlin entwickelt, aber leider nur in anderen Großstädten wie Nürnberg umgesetzt. Das Nürnberger System kommt sogar ohne Absperrungen der Bahnsteigkanten aus, ist wirtschaftlich und sicher.
Ä-161	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	709	709	Für einen stabilen Betrieb und zur Verdichtung des Taktes bei erhöhter Nachfrage ist der U-Bahn-Betrieb in Berlin zu automatisieren.	Die BVG leidet immer mehr an Personalmangel und Ausfällen für den Betrieb. Das Knowhow für den automatisierten U-Bahn-Betrieb wurde in Berlin entwickelt aber leider nur in anderen Großstädten wie Nürnberg umgesetzt. Das Nürnberger System kommt sogar ohne Absperrungen der Bahnsteigkanten aus, ist wirtschaftlich und sicher.
Ä-162	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	713	713	Vorrang hat der Bau der Straßenbahnstrecken Turmstraße – Urban Tech Republic - Schumacherquartier und die Verlängerung nach Spandau sowie die Strecken Warschauer Straße - Hermannplatz, Alexanderplatz - Kulturforum.	Die Vorplanungen dieser Tramlinie sind planerisch schon weit fortgeschritten. Sie wurden im westlichen Teil von der CDU-Leitung der SenMVKU wegen der M-Bahn-Überlegungen gestoppt.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-163	SPD Frohnau	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	713	715	Wir treiben den Ausbau der Straßenbahn voran und finanzieren laufende Projekte aus. Für die auf dem ehemaligen Flughafengelände -TXL- gelegene Urban Tech Republic (UTR) prüfen wir auch alternative zukunftsweisende ÖPNV-Anbindungen.	Für die Nachnutzung des TXL – Geländes hat die SPD-Reinickendorf frühzeitig (2010) ein Konzept veröffentlicht, das schon vor der Verabschiedung des Masterplans für den Zukunftsraum Tegel (30.04.2013) eine ÖPNV – Erschließung durch eine von Siemens entwickelte Hängebahn (H-Bahn) vom S- und U-Bahnhof Jungfernheide über TXL zum U-Bahnhof Kurt-Schumacher-Platz vorsah. Dazu wurde im Jahr 2016 eine Machbarkeitsstudie erstellt und Investitionskosten von 190 Mio. Euro ermittelt. Im Vergleich zur Straßenbahnanbindung mit Kosten von 210 Mio. Euro ergeben sich sowohl bei den Investitionen als auch bei den Betriebskosten für die H-Bahn 1,9 Mio. Euro zur Straßenbahn 2,2 Mio. Euro/Jahr erhebliche Einsparungen. Das H-Bahn-System soll zudem auf der gesamten Trasse und auf den Bahnhöfen mit Solarpaneelen ausgestattet werden, wodurch sich die Betriebskosten auf rund 1 Mio. Euro. /Jahr reduzieren lassen. Die weiteren Vorteile bzgl. Verkehrssicherheit, Behindertengerechtigkeit, Effizienz + Image-Gewinn für den Technologie-Standort sowie durch die Trassenführung in Hochlage (+1-Ebene) und Zuverlässigkeit (über 98 %) sollten für Tegel deshalb absoluten Vorrang haben. Weltweit gibt es zudem noch kein H-Bahn-System, dass seinen Strombedarf durch Sonnenenergie selbst deckt.
Ä-164	Abteilung 71 Charlottenburg Nord	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	713	713	Absatz beginnen mit: „Vorrang hat der Bau der Straßenbahn Turmstraße – Jungfernheide – Urban Tech Republik sowie die Verlängerung nach Spandau. Eine Magnet-Bahn lehnen wir aus Kostengründen und als nicht zielführend für den Berliner ÖPNV ab.“	Die Vorplanungen dieser Tramlinie sind planerisch schon weit fortgeschritten. Sie wurden im westlichen Teil von der CDU-Leitung der SenMVKU wegen der M-Bahn-Überlegungen gestoppt.
Ä-165	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Streichung	714	716	Streichung: ", darunter die Verlängerung der U3 zum Mexikoplatz, der U7 zum BER und zur Heerstraße Nord sowie der U8 ins Märkische Viertel."	Die Nennung der Beispiele führt zu einem Ungleichgewicht. Dies ist entweder durch zeilenfüllende Auflistung von Tram- und S-Bahn-Projekten oder die hier vorgeschlagene Streichung zu egalisieren.
Ä-166	Abteilung 11/02 - Alt-Hohenschönhausen	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	716	717	Wir beginnen mit der Planung einer U-Bahn-Verbindung vom Alexanderplatz nach Hohenschönhausen.	Hohenschönhausen ist ein stark wachsender Stadtteil, dessen verkehrliche Anbindung über bestehende Tramlinien vom Hackeschen Markt / Alexanderplatz über Prenzlauer Berg und Weißensee Richtung Großsiedlung (M4) bzw. über die Konrad-Wolf-Straße in Alt-Hohenschönhausen (M5) unzureichend ist. Das gleiche gilt für die Tramlinien Richtung Marzahn über die Landsberger Allee (M6, 16). Es gibt nur begrenzte Möglichkeiten die Kapazitäten der Tramlinien auf den Strecken zu erhöhen (bspw. durch 50-m-Züge). Jedoch wird die Nachfrage in deren Einzugsgebiet infolge weiterer Wohnungsbauprojekte zukünftig weiter stark wachsen. Daher müssen wir die Grundlage für eine nachhaltige Lösung der Mobilitäts Herausforderungen bereits in der nächsten Legislaturperiode durch den Beginn der Planung einer U-Bahn-Anbindung in Richtung Hohenschönhausen legen.
Ä-167	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	717	717	Überlegungen einer Magnetschwebebahn lehnen wir ab.	M-Bahnen sind unwirtschaftlich, verlängern die Reisezeiten (durch Umsteigen), erhöhen den Wartungs- und sonstigen Aufwand. Wir sollten uns auf das konzentrieren, was wir haben und systematisch Tram- und U-Bahn ausbauen.
Ä-168	KDV Steglitz-Zehlendorf	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	717	717	In Zeile 717 ergänzen: „In diesem Sinne werden wir den Nahverkehrsplan 2026- 2028 überarbeiten. Insbesondere werden wir die Planung für den darüberhinausgehenden Ausbau des schienengebundenen ÖPNVs mit Nachdruck vorantreiben. Allen voran setzen wir uns ein für die U9- Verlängerung bis Lankwitz, den Ausbau der Stammbahnstrecke als Regionalbahnstrecke und den zweigleisigen Ausbau zwischen Südende und Lichterfelde Ost sowie den Bau des S-Bahnhofs Kamenzer Damm“.	
Ä-169	Abt. Wilmersdorf-Südost (04/91)	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	718	719	Den Bau einer Magnetschwebebahn in Berlin lehnen wir ab.	Mit Regionalbahnen, S-Bahn, U-Bahn, Straßenbahnen, Bussen und Fähren ist das Berliner Nahverkehrssystem sehr gut aufgestellt. Der Erhalt und die Weiterentwicklung der bestehenden Strecken und Systeme müssen Vorrang vor der Einführung eines neuen, nicht in das bestehende System integrierten Verkehrsträgers haben.
Ä-170	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	718	718	Den neuen schnellen Flughafen-Express Berlin Hbf – BER werden wir zum Bahnhof Gesundbrunnen verlängern.	Landesparteitagsbeschluss. Es sind keine Investitionen notwendig.
Ä-171	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	722	722	den Preis "gemeinsam" ("gemeinsam" einfügen)	Auch die Länder sollten die Preissenkung mitfinanzieren
Ä-172	Abteilung 71 Charlottenburg Nord	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	722	722	Am Ende ergänzen: „Wir fordern eine dauerhafte Absenkung des Preises für das Sozialtickets S auf 9 Euro pro Monat.“	Der Preis für das Sozialticket S wurde Anfang 2025 von 9€ auf 19€ und Anfang diesen Jahres erneut auf 29€ erhöht worden. Dies stellt nicht nur einen Rückschritt zu bereits errungenen sozialen Fortschritten dar, sondern auch eine Verdreifachung des Preises innerhalb eines Jahres. Gleichzeitig steigen die Kosten in allen Bereichen des Lebens. Mobilität stellt jedoch ein zentrales Gut dar und ermöglicht erst die effektive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Aufgrund dessen stellt die enorme Erhöhung des Preises für Mobilität eine besondere Härte für Empfänger von Transferleistungen dar.
Ä-173	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	723	723	Für mehr Sicherheit und Sauberkeit setzen wir zusätzliches Personal, darunter Sozialteams, ein...	Klarstellung, dass mithilfe von Sozialteams als Teilmenge manche Herausforderung für Sicherheit oder Sauberkeit auch mit Menschlichkeit gelöst werden kann.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-174	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	724	725	Die BVG konzentriert sich als öffentliches Unternehmen zunächst auf die Verbesserung des Betriebs, etwa durch mehr Kapazitäten für Wartung.	Stabilisierung ist kein Zukunftsversprechen, sondern Missmanagement. Die Kapazitäten für Wartung müssen sich auch auf die S-Bahn beziehen.
Ä-175	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	725	725	nach „für Wartung“ eingefügt: „und die kontinuierliche Fahrzeugbeschaffung“	Neben der Wartung ist die planmäßige, kontinuierliche Schienenfahrzeugbeschaffung eine Voraussetzung, um die angestrebten Ziele für den ÖPNV zu erreichen. Die Fahrzeugbeschaffung bedarf einer auch mittel- und langfristig abgesicherten Finanzierung.
Ä-176	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	725	726	Ersetzung: "Die S-Bahn wollen wir als rechtliche und betriebliche Einheit kommunalisieren."	Auch die S-Bahn gehört in die Daseinsvorsorge. Das erlaubt mehr Planungs- und Steuerungsmöglichkeiten.
Ä-177	08 in 02	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	725	725	Der Landesparteitag möge beschließen: Auf Seite 20 wird in Zeile 725 nach „für Wartung“ eingefügt: „und die kontinuierliche Fahrzeugbeschaffung“.	Begründung: Neben der Wartung ist die planmäßige, kontinuierliche Schienenfahrzeugbeschaffung eine Voraussetzung, um die angestrebten Ziele für den ÖPNV zu erreichen. Die Fahrzeugbeschaffung bedarf einer auch mittel- und langfristig abgesicherten Finanzierung.
Ä-178	Jusos Berlin	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	725	725	Z. 725 ergänze nach „Wartung.“: „Dabei unterstützen wir die BVG, schnellstmöglich wieder in die Ausweitung des eigenen Angebots investieren zu können. Hierfür sichern wir die entsprechend notwendigen finanziellen Mittel.	
Ä-179	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	730	730	Ab 2028 werden nur noch emissionsfreie Taxen und Mietwagen mit Fahrer*innen zugelassen.	Konkretisiert einen LPT-Beschluss aus 2024. In Hamburg ist das bereits Sachlage.
Ä-180	Abteilung 04/97	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	730	730	Ab 2028 werden nur noch emissionsfreie Taxen und Mietwagen mit Fahrer*innen neu zugelassen.	Konkretisiert einen LPT-Beschluss aus 2024. In Hamburg ist das bereits Sachlage.
Ä-181	01/06 - Abteilung SPD Moabit-Nord	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	733	734	„Das fördern wir mit breiten, gut beleuchteten und barrierefreien Gehwegen sowie deutlich mehr sicheren Querungen, auch in Fahrradstraßen.“ durch „Das fördern wir mit breiten, gut beleuchteten, barrierefreien und sicheren Gehwegen zu jeder Jahreszeit und bei allen Witterungsbedingungen sowie deutlich mehr sicheren Querungen, auch in Fahrradstraßen.“	Wir adressieren die Situation der mangelhaften Schnee- und Eisräumung im vergangenen Winter und setzen uns dafür ein, dass es im nächsten Winter besser funktioniert.
Ä-182	08 in 02	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	734	734	Der Landesparteitag möge beschließen: Auf Seite 20 wird in Zeile 734 nach „in Fahrradstraßen.“ eingefügt: „Auch die Instandhaltung der Fußwege einschließlich der Beleuchtung wird auskömmlich finanziert.“.	Begründung: Nur zusammen mit ausreichenden und verlässlichen Instandhaltungsbudgets wirken die Investitionen nachhaltig.
Ä-183	Abt. Gropiusstadt (08/12)	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	736	737	„Um das Chaos mit E-Scootern zu beenden und die Verkehrssicherheit aller Beteiligten zu erhöhen, werden wir nach dem Vorbild von Paris kommerzielle E-Scooter-Leihdienste verbieten."	Kommerzielle E-Scooter-Leihsysteme haben sich in Berlin bislang nicht als Beitrag zur Mobilitätswende bewährt, sondern verschärfen bestehende Probleme im öffentlichen Raum. Gleichzeitig führen die Systeme zu erheblichen Nutzungskonflikten: falsch abgestellte Fahrzeuge beeinträchtigen die Barrierefreiheit, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen und Familien. Der ohnehin knappe öffentliche Raum wird zusätzlich belastet, während private Anbieter wirtschaftlich von seiner Nutzung profitieren. Auch die Verkehrssicherheit ist ein zentrales Problem. Die Zahl der Unfälle mit E-Scootern steigt, viele davon sind Alleinunfälle mit teils schweren Verletzungen. Faktoren wie Alkohol, fehlende Helmnutzung und unzureichende Infrastruktur verschärfen die Risiken. Die bisherigen Regulierungsversuche haben diese Probleme nicht ausreichend gelöst. Ein Verbot kommerzieller Leihsysteme – wie es Paris umgesetzt hat – ist daher ein konsequenter Schritt, um Ordnung im öffentlichen Raum wiederherzustellen, die Sicherheit zu erhöhen und die Priorität klar auf nachhaltige, flächeneffiziente und sozial gerechte Mobilitätsformen zu legen. Auch stadtgeseellschaftlich wird ein solch konsequenter Schritt breite Unterstützung erfahren: Eine große Mehrheit der Berliner*innen (rund 61%) befürwortet laut Umfragen (Stand 2025) ein Verbot von Leih-E-Scootern.
Ä-184	Abteilung Frohnau	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	740	740	Wir verdoppeln die Sondernutzungsgebühr für die Nutzung des öffentlichen Straßenraums für E-Scooter Betreiberfirmen innerhalb des S-Bahn-Rings und weiten die Gebührenpflicht auf ganz Berlin aus.	Derzeit (Zahlen aus 2023) zahlen die Betreiberfirmen nur drei EUR pro Scooter im Monat. Das ist eindeutig zu wenig. Außerhalb des S Bahn-Ringes besteht sogar Gebührenfreiheit. Berlin braucht Einnahmen aller gewerbsmäßigen Verkehrsträger und Einnahmen aller Verkehrsteilnehmer des motorisierten Individualverkehrs.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-185	Jusos Berlin	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	740	740	Z. 740: ergänze nach „sind.“: „Außerdem schaffen wir ein landeseigenes, allgemeinwohlorientiertes Car-Sharing-Angebot, welches berlinweit mit Elektrofahrzeuge betrieben werden soll.“	
Ä-186	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	748	748	Durch erfolgreiche Ermittlungen bei Fahrraddiebstahl reduzieren wir die Anzahl der Delikte und steigern die Aufklärungsrate.	Jährlich große Anzahl an Diebstählen und sehr geringe Aufklärungsquoten.
Ä-187	SPD Hermannstraße	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	748	748	Wir fördern wieder ein Leihradsystem, da es Ordnung schafft und best-möglich moderne, nachhaltige und urbane Mobilität auch dort fördert, wo es sich wirtschaftlich nicht rechnet.	Ein Leihradsystem ist sozialpolitisch sinnvoll, weil es •günstige Mobilität für Men-schen ohne Auto bietet (Ab-bau von Mobilitätsarmut) •bessere Anbindung an den ÖPNV •Zugang zum gesellschaftlichen Leben •Gesundheit fördert (mehr Bewegung) •Positive Auswirkungen auf die Umwelt - Stadtluft/Lärm ent-lastet •öffentliche Räume gerechter nutzt und die Verkehrswende sozial unterstützt.
Ä-188	Jusos Berlin	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	748	748	Z. 748 ergänze nach "können": Außerdem setzen wir uns für die Wiedereinführung eines öffentlich geförderten Leihfahrradssystems ein.	
Ä-189	Abteilung Frohnau	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	754	758	Dem Weiterbau der Stadtautobahn (17. Bauabschnitt) werden wir nur zustimmen, wenn es gelingt, mit dem Bund eine Planung zu vereinbaren, die einen wesentlich geringeren strukturellen Eingriff notwendig macht (als Beispiel kann die BAB 111 – Bundesfernstraße dienen).	Die SPD hat sich schon gegen den Weiterbau des 16. Bauabschnitts der Stadtautobahn ausgesprochen – dennoch wurde er gebaut. Anstatt den Eindruck zu erwecken, die für den Weiterbau vorgesehenen Bundesmittel könnten einfach für Straßen und Brücken umgewidmet werden, muss gemeinsam mit dem Bund ein Konzept entwickelt werden. Das Versprechen, für den Anschluss Treptower Park ein Verkehrskonzept zur Auflösung des Verkehrsstaus zu entwickeln, lässt sich nicht realisieren. Den Anwohnern vor Ort ist es nicht zuzumuten, auf Dauer die Verkehrs- und Umweltbelastung zu ertragen.
Ä-190	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	758	758	und das Verkehrschaos in den angrenzenden Kiezen beendet wird.	Großräumigere Betrachtung sowie aller Mobilitätsformen notwendig.
Ä-191	Abt 15 SPD Pankow	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	760	760	schaffen ausreichend Carsharingplätze	Nur ausreichend Carsharingplätze in den Quartieren schaffen Alternativen zum eigenen Auto für Menschen, die es nur gelegentlich fahren.
Ä-192	Jusos Berlin	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	760	760	Z. 760: ergänze nach „behindern“: „, da dieser in der Planung Priorität haben sollte“	
Ä-193	Abteilung 6/3 Lichterfelde-West	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	767	767	Ergänze nach "erhöhen wir": "auf 20 Euro im Monat"	Dies ist Beschlusslage der Berliner SPD und der AGH-Fraktion und sollte so umgesetzt werden. Hier sollten wir konkret werden im Programm.
Ä-194	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	767	767	Die Gebühren für Anwohnerparkausweise erhöhen wir auf mindestens 160 Euro im Jahr.	Entspricht dem öffentlichkeitswirksamen Beschluss der SPD-Fraktion im Agh.
Ä-195	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	767	767	"...ergänzend berücksichtigen wir bei der Höhe der Gebühren die Länge der Autos. Je kürzer das Auto, umso günstiger ist die Gebühr."	Dies ist ein Beitrag zur Flächengerechtigkeit. Diejenigen, die mehr Platz im öffentlichen Raum beanspruchen (und Autos werden immer größer), müssen dafür auch einen gerechten Anteil zahlen. Es ist nicht fair, die Pflegekraft mit kleinem Auto genauso zu belasten wie den raumfressenden SUV für Profilierungsfahrten.
Ä-196	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Streichung	767	767	streichen: "und für Kiezparkhäuser"	Kiezparkhäuser sind schon in Zeile 760 erwähnt und gerade in Innenstadtbezirken, in denen Anwohnendenparken genutzt wird in Konkurrenz zu anderen Bauvorhaben wir Wohnungsbau. Die Kiezparkhäuser eignen sich eher in Außenbezirken für Park&Ride Angebote.
Ä-197	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	767	767	Tausch der Reihenfolge: Satz "Die Gebühren".. vor "die Einnahmen"	Landeseinnahmen für Umweltverbund benutzen; die bezirklichen Einnahmen der Tickets sollen beim Bezirk verbleiben.
Ä-198	Abt. 15 SPD Pankow	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	767	767	Die Gebühren für Anwohnerparkausweise passen wir kostendeckend an.	Statt eine Gebührenerhöhung für parkende Anwohnende in eine Wahl(!)ogramm zu schreiben, kann von einer kostendeckende Anpassung eine breitere Akzeptanz erwartet werden - nicht nur bei denen, die auf ein eigenes Auto angewiesen sind.
Ä-199	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	771	771	...bauen wir Gewerbekurzzeitparkplätze und Ladezonen massiv aus,...	Klarstellung.
Ä-200	Abteilung 04/97	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	771	771	...bauen wir Gewerbekurzzeitparkplätze und Ladezonen massiv aus,...	Klarstellung.
Ä-201	Abteilung 6/3	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	772	772	Ergänze einen neuen Absatz nach "finden": "Wir weiten die Möglichkeit aus, dass Parkplätze für die Nutzung durch die Außengastronomie zeitweise umgewandelt werden"	Während und nach der Corona-Zeit wurden in den warmen Monaten umgewandelte Parkplätzen vor Kneipen und Restaurants gerne genutzt, um mehr Sitzplätze anzubieten zur Freude von Gästen und Betreiber*innen. Dies sollte weitergeführt werden können und ist kongruent zur Änderung der Gesetze i.B.a. die Außengastronomie durch das Berliner Abgeordnetenhaus.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-202	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	784	784	Nach dem Pariser Modell der „temporären Schulstraßen“ werden wir die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, geeignete Straßen vor Schulen und Kitas durch Absperrungen zu sichern.	„Temporäre Schulstraßen“ sind die eigentliche Innovation in Paris und der Fachbegriff. Sie werden auch in NRW-Städten und in Wien umgesetzt.
Ä-203	Abteilung 71 Charlottenburg Nord	Zuhause sein - heute und morgen	Ersetzung	784	785	Nach dem Pariser Modell der „temporären Schulstraßen“ werden wir geeignete Straßen vor Schulen und Kitas durch Schranken oder absenkbare Poller sichern.	"Temporäre Schulstraßen“ sind die eigentliche Innovation in Paris und der Fachbegriff. Sie werden auch in NRW-Städten und in Wien umgesetzt.
Ä-204	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	796	796	In jedem Flugticket vom und zum BER wird eine ABC-Fahrkarte verpflichtend.	Der BER ist gut mit dem Nahverkehr angebunden. Das inkludierte Ticket ist daher ein wenig kostenarmer Anreiz.
Ä-205	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	796	796	Am Satzende ergänzen: " - wir setzen auf Nachtzüge"	Eine Studie des Berliner Senats aus dem Jahr 2022 („Berlin als Drehkreuz von Nachtzügen“) weist Potenziale für Nachtzüge und deren klimapolitische positive Wirkung nach, wenn bestimmte Hemmnisse beseitigt werden.
Ä-206	FA XI	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	807	807	...und stärken die landeseigene BEHALA sowie ihre Anbindung an Wasser und Schiene.	Klarstellung.
Ä-207	Abteilung 04/97	Zuhause sein - heute und morgen	Ergänzung	807	807	...und stärken die landeseigene BEHALA sowie ihre Anbindung an Wasser und Schiene.	Klarstellung.
Ä-208	Abteilung 6/3 Lichterfelde-West	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	827	827	Ergänze nach "vorgebeugt" einen neuen Absatz: "Als Basis für eine solche Sicherheits- und Kriminalpolitik wollen wir die kriminologische und sicherheitspolitische Forschung in Berlin stärken. Berlin zum Leuchtturm evidenzbasierter Sicherheits- und Kriminalpolitik für Metropolen machen. Sicherheits- und Kriminalpolitik sind für uns keine Symbolpolitik. Damit sie Sicherheit effektiv stärkt und Freiheitsrechte nicht unnötig einschränkt, muss unsere Politik gerade in diesem Feld evidenzbasiert sein. Daher wollen wir eine neue Initiative ergreifen, um Berlin unter Einbeziehung der bestehenden Forschungseinrichtungen zu einem führenden Ort für Forschung zu sicherheits- und kriminalpolitischen Herausforderungen und Lösungen für Metropolregionen zu entwickeln und hierbei auch gezielt andere Metropolregionen und deren Forschungseinrichtungen in Deutschland und Europa einbeziehen. In diesem Rahmen wollen wir insbesondere auch regelmäßige Dunkelfeldforschung zu den wichtigsten Kriminalitätsphänomenen in Berlin fördern und den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Forschung, Sicherheitsbehörden und Politik mit Nachdruck ausbauen."	Gerade in Fragen der Sicherheits- und Kriminalpolitik folgen politische Debatten oft verkürzten Narrativen und laufen Gefahr zu kontraproduktiver Symbolpolitik zu führen. Die Sozialdemokratie setzt im Gegenzug bewusst auf eine klar evidenzbasierte Kriminal- und Sicherheitspolitik. Die Basis für eine solche Politik bildet belastbare angewandte und akademische Forschung und die gezielte Erhebung und Auswertung von Daten. Gerade im Feld der Kriminalpolitik bestehen hier insbesondere noch Lücken bei der regelmäßigen Erhebung und Auswertung von Daten und Forschung zum sogenannten Dunkelfeld, also auch derjenigen Straftaten, die nicht in den offiziellen Polizei-Statistiken erfasst werden. In Niedersachsen erhebt beispielsweise das Kriminologische Forschungsinstitut regelmäßig mit dem Niedersachsensurvey Daten zur Lebenssituation von Jugendlichen und ermöglicht so relevante Aussagen über Ausmaß, Struktur und Entwicklung jugendlicher Kriminalität und Devianz und bietet eine entscheidende Ergänzung zu den Hellfelddaten der polizeilichen Kriminalstatistik, die eben kein komplettes Bild von Kriminalitätsdynamiken zeichnet. In Berlin wird in 2026 eine ähnliche Erhebung durch die Landeskommission Berlin gegen Gewalt durchgeführt. Diese und weitere Dunkelfeldforschung müssen aber regelmäßig erfolgen um Entwicklungen nachvollziehen und Wirkung von kriminalpolitischen Entscheidungen bewerten zu können. Zu diesem Zweck braucht es eine politische Initiative um die bestehenden akademischen und praxisorientierten Forschungseinrichtungen in Berlin zu stärken, ihre Zusammenarbeit auch mit Sicherheitsbehörden zu fördern und die wichtigsten Forschungsbedarfe auch verlässlich zu finanzieren, so dass Berlin zum Leuchtturm für evidenzbasierte Sicherheits- und Kriminalforschung und -politik in modernen Metropolregionen wird.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-209	Mitgliederversammlung g Abteilung 06/03 Lichterfelde-West; Marius Müller-Henning	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	827	827	Füge ein hinter Zeile 827: „Als Basis für eine solche Sicherheits- und Kriminalpolitik wollen wir die kriminologische und sicherheitspolitische Forschung in Berlin stärken.“	Gerade in Fragen der Sicherheits- und Kriminalpolitik folgen politische Debatten oft verkürzten Narrativen und laufen Gefahr zu kontraproduktiver Symbolpolitik zu führen. Die Sozialdemokratie setzt im Gegenzug bewusst auf eine klar evidenzbasierte Kriminal- und Sicherheitspolitik. Die Basis für eine solche Politik bildet belastbare angewandte und akademische Forschung und die gezielte Erhebung und Auswertung von Daten. Gerade im Feld der Kriminalpolitik bestehen hier insbesondere noch Lücken bei der regelmäßigen Erhebung und Auswertung von Daten und Forschung zum sogenannten Dunkelfeld, also auch derjenigen Straftaten, die nicht in den offiziellen Polizei-Statistiken erfasst werden. In Niedersachsen erhebt beispielsweise das Kriminologische Forschungsinstitut regelmäßig mit dem Niedersachsensurvey Daten zur Lebenssituation von Jugendlichen und ermöglicht so relevante Aussagen über Ausmaß, Struktur und Entwicklung jugendlicher Kriminalität und Devianz und bietet eine entscheidende Ergänzung zu den Hellfelddaten der polizeilichen Kriminalstatistik, die eben kein komplettes Bild von Kriminalitätsdynamiken zeichnet. In Berlin wird in 2026 eine ähnliche Erhebung durch die Landeskommision Berlin gegen Gewalt durchgeführt. Diese und weitere Dunkelfeldforschung müssen aber regelmäßig erfolgen um Entwicklungen nachvollziehen und Wirkung von Kriminalpolitischen Entscheidungen bewerten zu können. Zu diesem Zweck braucht es eine politische Initiative um die bestehenden akademischen und praxisorientierten Forschungseinrichtungen in Berlin zu stärken, ihre Zusammenarbeit auch mit Sicherheitsbehörden zu fördern und die wichtigsten Forschungsbedarfe auch verlässlich zu finanzieren, so dass Berlin zum Leuchtturm für evidenzbasierte Sicherheits- und Kriminalforschung und -politik in modernen Metropolregionen wird.
Ä-210	Buckow Neukölln	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	830	831	Ergänzung im Kapitel Zeile 830 „Das Ehrenamt in Berlin muss systematisch gestärkt, von bürokratischen Hürden entlastet und durch verlässliche Strukturen, bessere Förderung und mehr öffentliche Anerkennung nachhaltig unterstützt werden. Mehr Menschen sollen unabhängig von Herkunft, Alter, Einkommen oder Behinderung für demokratisches und gesellschaftliches Engagement gewonnen werden; zugleich ist die Vereinbarkeit von Ehrenamt, Beruf und Ausbildung deutlich zu verbessern. Demokratiebildung muss außerdem in Schulen, Hochschulen und Ausbildungseinrichtungen stärker verankert sein, damit Engagement und demokratische Teilhabe früh gefördert und als Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenhalts gestärkt werden.“	selbsterklärend
Ä-211	Abteilung 15 Pankow (Kollwitzplatz / Kastanienallee)	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	830	831	Ergänzung im Kapitel Zeile 830 „Das Ehrenamt in Berlin muss systematisch gestärkt, von bürokratischen Hürden entlastet und durch verlässliche Strukturen, bessere Förderung und mehr öffentliche Anerkennung nachhaltig unterstützt werden. Mehr Menschen sollen unabhängig von Herkunft, Alter, Einkommen oder Behinderung für demokratisches und gesellschaftliches Engagement gewonnen werden; zugleich ist die Vereinbarkeit von Ehrenamt, Beruf und Ausbildung deutlich zu verbessern. Demokratiebildung muss außerdem in Schulen, Hochschulen und Ausbildungseinrichtungen stärker verankert sein, damit Engagement und demokratische Teilhabe früh gefördert und als Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenhalts gestärkt werden.“	selbsterklärend
Ä-212	Mitgliederversammlung g Abteilung 06/08 Seenplatte	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	840	840	ergänze nach „Demokratie stärken“: „ , Ehrenamt fördern“	Ziel des Antrags Einfügung eines neuen Absatzes

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-213	SPDqueer LDK	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	843	845	Bisherige Formulierung: Dabei setzen wir Schwerpunkte auf Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Misogynie und geschlechtsspezifische Gewalt. Antrag auf Änderung in: Dabei setzen wir Schwerpunkte auf Antisemitismus, Antifeminismus, Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit, Misogynie und geschlechtsspezifische Gewalt.	Antifeminismus und Queerfeindlichkeit sind Brückenideologien der extremen Rechten. Unter den Chiffren „Gender“ und „Trans“ wird gegen Gleichberechtigung und Vielfalt mobilisiert – und damit Ressentiments bedient, die für konservative Kreise auch jenseits ideologisch gefestigter Rechtsextremer anschlussfähig sind (vgl. etwa https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/rechtsextremismus/queerfeindlichkeit-im-rechtsextremismus.html ; https://efbi.de/details/antifeminismus-und-queerfeindlichkeit-in-der-saechsischen-telegram-szene.html). Deshalb sollten beide Strömungen an dieser Stelle mit erwähnt werden.
Ä-214	Arbeitskreis Säkulare und humanistische Sozialdemokrat:innen Berlin (AK SHS)	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	844	845	Der Satz „Dabei setzen wir Schwerpunkte auf Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Misogynie und geschlechtsspezifische Gewalt“ wird um "religiös begründeten Extremismus" und "und stärken die weltanschauliche Neutralität des Staates" ergänzt: Neu hieße es dann: „Dabei setzen wir Schwerpunkte auf Antisemitismus, Rassismus, religiös begründeten Extremismus, Sexismus, Misogynie und geschlechtsspezifische Gewalt und stärken die weltanschauliche Neutralität des Staates.“	Religiös begründeter Extremismus stellt – ebenso wie andere extremistische Ideologien – eine Herausforderung für Demokratie, Grundrechte und gesellschaftlichen Zusammenhalt dar. Die Ergänzung stellt klar, dass wir demokratiefeindliche Bestrebungen unabhängig von ihrer ideologischen oder religiösen Begründung entschieden bekämpfen. Zugleich bekräftigen wir mit der Betonung der weltanschaulichen Neutralität des Staates ein zentrales verfassungsrechtliches Prinzip, das Religionsfreiheit ebenso schützt wie die Gleichbehandlung aller Bürger*innen.
Ä-215	SPD Hermannstraße	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	844	844	Ersetze „Misogynie und geschlechtsspezifische Gewalt“ durch „geschlechtsspezifische und queerfeindliche Gewalt“	
Ä-216	KDV Neukölln	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	846	847	Ersetze: "Es schafft einen verlässlichen Rahmen für die demokratiefördernde Arbeit der Zivilgesellschaft und für die Demokratiebildung." mit : "Damit schaffen wir für die demokratiefördernde Arbeit der Zivilgesellschaft und für die Demokratiebildung einen verlässlichen, gesetzlichen Rahmen. Wir stellen ihre dauerhafte Finanzierung sicher."	Sicherstellen, dass beide einen gesetzlichen Rahmen erhalten. Die aktuelle Formulierung ist hier unscharf.
Ä-217	Mitgliederversammlung Abteilung 06/08 Seenplatte	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	846	846	Nach dem Satz: „Dabei setzen wir Schwerpunkte auf Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Misogynie und geschlechtsspezifische Gewalt.“ Neu: „Kern dieser Strategie ist unser Landesdemokratiefördergesetz. Es schafft einen verlässlichen Rahmen für die demokratiefördernde Arbeit der Zivilgesellschaft und für die Demokratiebildung. So stärken wir die gesellschaftliche Resilienz dauerhaft.“	Aus sozialdemokratischer Sicht braucht eine lebendige Demokratie vor allem starke soziale Infrastrukturen, verlässliche Förderung und konkrete Beteiligungsmöglichkeiten. Demokratieförderung ist eine Querschnittsaufgabe, die politisch geführt, ressortübergreifend koordiniert und administrativ handhabbar organisiert werden muss. Die strukturelle Stärkung des Ehrenamts ist hierfür essenziell, weil Ehrenamt, demokratische Beteiligung und gesellschaftlicher Zusammenhalt unmittelbar zusammenhängen. Wer Engagement erleichtert, Räume sichert, Verfahren vereinfacht und mehr Menschen unabhängig von Herkunft, Alter, Einkommen oder Behinderung einbindet, stärkt Demokratie im Alltag – konkret, niedrigschwellig und wirksam. Mit der vorgeschlagenen Stabsstelle bei der Senatskanzlei, einer verbindlichen Gesamtstrategie und einem klaren Schwerpunkt auf Entbürokratisierung, Anerkennung und Demokratiebildung wird ein sozialdemokratischer Ansatz verfolgt, der ergänzend zur Gesetzgebung auf praktische Verbesserungen, Teilhabe und Handlungsfähigkeit des Landes setzt.
Ä-218	Jusos Berlin	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	847	847	Ergänze in Z. 847 nach "Demokratiebildung": Wir setzen uns dafür ein, bestehende Projekte der politisch-historischen Bildungsarbeit finanziell in ihrem Ausbau und ihrer Beständigkeit zu fördern.	

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-219	Mitgliederversammlung g Abteilung 06/08 Seenplatte	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	849	849	ergänze vor dem folgenden Satz: „Wir wollen Berlin als weltoffene, solidarische und vielfältige Metropole des Zusammenhalts weiter stärken. Ehrenamt und demokratische Beteiligung sind dafür unverzichtbar: Sie fördern gesellschaftlichen Zusammenhalt, schaffen Vertrauen, ermöglichen Teilhabe und machen unsere Stadt lebenswerter. Deshalb verstehen wir die Förderung des Ehrenamts als zentrale Zukunftsaufgabe einer gerechten und demokratischen Stadtgesellschaft. Um dieses Ziel wirksam zu verankern, schaffen wir bei der Senatskanzlei eine Stabsstelle „Demokratieförderung und Ehrenamt“. Sie bündelt ressortübergreifend die Aktivitäten des Landes, sorgt für klare Zuständigkeiten und entwickelt eine verbindliche Gesamtstrategie, die Sichtbarkeit, Effizienz und bessere Koordination gewährleistet. Wir werden das Ehrenamt attraktiver, einfacher und zugänglicher machen. Förderverfahren wollen wir entbürokratisieren, digital, einheitlich und barrierefrei gestalten sowie kleine Förderungen unbürokratischer ermöglichen. Gleichzeitig sollen Vereine, Initiativen und Organisationen bessere strukturelle Unterstützung, verlässliche öffentliche Räume und eine stärkere Anerkennung ihrer Arbeit erhalten. Besonders wichtig ist uns, mehr Menschen für Engagement zu gewinnen und dauerhaft einzubinden – unabhängig von Alter, Einkommen, Herkunft oder Behinderung. Wir wollen gezielt Frauen, junge Menschen, Menschen mit Migrationsbiografien und Menschen mit Behinderungen stärker beteiligen. Auch die Vereinbarkeit von Beruf, Ausbildung und Ehrenamt soll verbessert werden, etwa durch bessere Freistellungsregelungen und neue Modelle eines Ehrenamtsurlaubs. Demokratiebildung beginnt früh. Deshalb wollen wir Engagement und demokratisches Handeln stärker in Schulen, Ausbildung, Hochschulen und Universitäten verankern. So stärken wir Ehrenamt als tragende Säule unserer Demokratie und unseres friedlichen Zusammenlebens in Berlin.“	Aus sozialdemokratischer Sicht braucht eine lebendige Demokratie vor allem starke soziale Infrastrukturen, verlässliche Förderung und konkrete Beteiligungsmöglichkeiten. Demokratieförderung ist eine Querschnittsaufgabe, die politisch geführt, ressortübergreifend koordiniert und administrativ handhabbar organisiert werden muss. Die strukturelle Stärkung des Ehrenamts ist hierfür essenziell, weil Ehrenamt, demokratische Beteiligung und gesellschaftlicher Zusammenhalt unmittelbar zusammenhängen. Wer Engagement erleichtert, Räume sichert, Verfahren vereinfacht und mehr Menschen unabhängig von Herkunft, Alter, Einkommen oder Behinderung einbindet, stärkt Demokratie im Alltag – konkret, niedrigschwellig und wirksam. Mit der vorgeschlagenen Stabsstelle bei der Senatskanzlei, einer verbindlichen Gesamtstrategie und einem klaren Schwerpunkt auf Entbürokratisierung, Anerkennung und Demokratiebildung wird ein sozialdemokratischer Ansatz verfolgt, der ergänzend zur Gesetzgebung auf praktische Verbesserungen, Teilhabe und Handlungsfähigkeit des Landes setzt.
Ä-220	Arbeitskreis Säkulare und humanistische Sozialdemokrat:innen Berlin (AK SHS)	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	852	855	Dieser Absatz wird nach Zeile 852 ergänzt: „Wir verteidigen die weltanschauliche Neutralität des Staates und treten jeder Form politischer Instrumentalisierung von Religion entschieden entgegen. Religionsfreiheit ist ein hohes Gut. Sie findet ihre Grenze dort, wo religiöse Normen demokratische Grundrechte, Gleichstellung oder die freiheitliche Ordnung beeinträchtigen.“	Die Ergänzung konkretisiert den Anspruch einer wehrhaften Demokratie. Die weltanschauliche Neutralität des Staates ist ein zentrales verfassungsrechtliches Prinzip und gewährleistet sowohl Religionsfreiheit als auch die Gleichbehandlung aller Bürger*innen – unabhängig von ihrer religiösen oder nichtreligiösen Überzeugung. Zugleich stellt die Klarstellung sicher, dass demokratische Grundrechte, Gleichstellung und die freiheitliche Ordnung nicht durch religiös begründete politische Ansprüche relativiert werden. Damit stärken wir – insbesondere in unserer zunehmend konfessionsfreien Gesellschaft - Zusammenhalt und Rechtsstaatlichkeit gleichermaßen.
Ä-221	Abt. Wilmersdorf-Südost (04/91)	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	852	853	Unsere Demokratie wird aber nicht nur durch Extremisten bedroht. Sie braucht die Mitwirkung vieler. Wir werden deshalb neue Wege bei der Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in politische Entscheidungsprozesse beschreiten. Dazu gehören die Weiterentwicklung der Beteiligungsplattform „Mein Berlin“, Vor-Ort-Dialoge der Senatsmitglieder und frühzeitige Informationsveranstaltungen bei anstehenden Bau- und Infrastrukturmaßnahmen. Die Büros für Bürgerbeteiligung werden wir absichern.	Nicht nur durch Extremisten bedrohen unsere Demokratie, sondern auch Gleichgültigkeit gegenüber demokratischen Institutionen und eine zurückgehende Mitwirkung an der Gestaltung des Gemeinwesens. Mit den vorstehend vorgeschlagenen Maßnahmen soll ein Beitrag geleistet werden dem entgegenzuwirken.
Ä-222	Abteilung 02/13 Samariter-/Boxhagener Kiez	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	852	852	Politische Bildung ist eine öffentliche Aufgabe Politische Bildung ist für alle da. Das Potenzial der politischen Bildung für die Berliner*innen liegt in der Vermittlung von Teilhabemöglichkeiten und der Stärkung der Mündigkeit und Demokratiefähigkeit der Bürger*innen. Sie schaffen die Grundlage, selbst politisch, ehrenamtlich oder zivilgesellschaftlich aktiv zu werden. Die wichtige Schlüsselrolle der Institutionen politischer Bildung für die Demokratie ist uns bewusst. Wir setzen uns konsequent für den strukturellen Bestandschutz und eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung ein. Projektförderlogiken möchten wir vermeiden. Politische Bildung ist kein zeitlich begrenztes Projekt, sondern eine Daueraufgabe. Wir schützen ferner die inhaltliche Unabhängigkeit der Bildungsarbeit dieser Träger.	Politische Bildung ist mehr als nur ein Unterrichtsfach und die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung. Nur diese sind bisher im Wahlprogramm erwähnt. Die umfassenden Strukturen der politischen Bildung in Berlin müssen jedoch angesichts der zunehmenden Angriffe auf demokratische Strukturen ebenfalls geschützt werden. Daher soll der politischen Bildung ein eigenes Unterkapitel im Bereich Wehrhafte Demokratie gewidmet werden.
Ä-223	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	852	852	Ergänze einen neuen Absatz nach „gezielten Präventionsprogrammen.“: „Wir stärken die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden mit zivilgesellschaftlichen Akteuren im Bereich der Extremismusbekämpfung.“	

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-224	KDV Neukölln	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	852	852	Füge ein einen neuen Absatz nach „gezielten Präventionsprogrammen.“: Wir stärken die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden mit zivilgesellschaftlichen Akteuren im Bereich der Extremismusbekämpfung.	ÄA zu Zeile 852 und Zeile 920: Eine wiederkehrende Kritik zum Neuköllnkomplex war, dass für Ermittlungen essentielle Erkennt-nisse von zivilgesellschaftlichen Akteuren nicht oder nur teilweise in die Arbeit der Sicherheitsbehörden eingeflossen sind. Die historisch belastete Beziehung zwischen Sicherheitsbe-hörden und Teilen der migrantischen Communities sowie antifaschistisch aktiven Vereinen stellt hierbei ein Hindernis für erfolgreiche Extremismusbekämpfung dar.
Ä-225	Fachausschuss I: Internationale Politik, Frieden und Entwicklung	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	859	859	Ergänze: "...sowie anderen Landesregierungen."	In Krisenfällen sollte, je nach Art der Krise, auch die Koordination mit anderen Landesregierungen, beispielsweise Brandenburg, einfließen
Ä-226	Abteilung 01/06 SPD Moabit-Nord	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	866	867	Ersetze „Zudem bauen wir das Kompetenzzentrum für Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement aus, verbessern die Strukturen des Katastrophenschutzes,“ durch „Wir richten – nach dem Vorbild anderer Bundesländer - ein neues Landesamt für Brand-, Katastrophen- und Zivilschutz ein und bündeln hier alle Zuständigkeiten für grundsätzliche Regelungen und Koordination der Akteure. Zudem stärken wir [...]“	
Ä-227	AG Selbst Aktiv	Sicherheit für ein gutes Leben	Streichung	867	867	verbessern die Strukturen des Katastrophenschutzes,	Gedanke wird in der anschließenden Ergänzung aufgegriffen und weiterentwickelt
Ä-228	12/04 Heiligensee/Konradsh öhe/Tegelort	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	867	867	Streiche: „verbessern die Strukturen des Katastrophenschutzes“ Ergänze: „regeln die Führungszuständigkeit in Krisenlagen gesetzlich und führen ein für alle Lagen auskömmlich finanziertes landeseinheitliches Krisenmanagementsystem ein. Die gesetzlich zusammengesetzten Krisenstäbe arbeiten nach verbindlichen und routiniert geübten Qualitäts- und Ausbildungsstandards.	Die Situation in Steglitz-Zehlendorf im Januar hat gezeigt, dass die Einsatzorganisationen hochprofessionell arbeiten. Defizite lagen aber in den Führungsstrukturen, Zuständigkeiten und der Vorbereitung. Einheitliche Strukturen, eingespielte Abläufe und dauerhaft qualifiziertes Personal sind nicht durchgängig vorhanden. Führungsverantwortung ist in komplexen Lagen nicht immer eindeutig geregelt. Parallele Zuständigkeiten zwischen Bezirken, Senat und Fachverwaltungen können zusätzlich zu Reibungsverlusten führen. Auch sind bisherigen Konzepte überwiegend auf singuläre, zeitlich begrenzte Ereignisse ausgerichtet und Mehrfach- und Langzeitlagen werden nicht ausreichend abgebildet. Einheitliche Strukturen, klare Führung und geübte Krisenstäbe entscheiden über Handlungsfähigkeit, Vertrauen und letztlich den Schutz von Menschenleben.
Ä-229	Buckow Neukölln	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	867	868	Ergänzung im Kapitel Zeile 867 (siehe Anlage) „... regeln die Führungszuständigkeit in Krisenlagen gesetzlich und führen ein landeseinheitliches Krisenmanagementsystem ein, das für alle Katastrophenschutzbehörden gilt. Krisenstäbe bestehen aus fest benannten Stabsmitgliedern, es gelten verbindliche Qualitäts- und Ausbildungsstandards und es finden regelmäßige Übungen satt. Wir stellen eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung sicher, um auch Mehrfach- und Langzeitlagen beherrschen zu können.“ Dafür streichen „verbessern die Strukturen des Katastrophenschutzes“	Selbsterklärend
Ä-230	Abteilung 15 Pankow (Kollwitzplatz / Kastanienallee)	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	867	867	Ergänzung im Kapitel Zeile 867 (siehe Anlage) „... regeln die Führungszuständigkeit in Krisenlagen gesetzlich und führen ein landeseinheitliches Krisenmanagementsystem ein, das für alle Katastrophenschutzbehörden gilt. Krisenstäbe bestehen aus fest benannten Stabsmitgliedern, es gelten verbindliche Qualitäts- und Ausbildungsstandards und es finden regelmäßige Übungen satt. Wir stellen eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung sicher, um auch Mehrfach- und Langzeitlagen beherrschen zu können.“ Dafür streichen „verbessern die Strukturen des Katastrophenschutzes“	selbsterklärend

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-231	Mitgliederversammlung g Abteilung 06/08 Seenplatte	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	867	867	Statt „... verbessern die Strukturen des Katastrophenschutzes.“ Neu: „ ... regeln die Führungszuständigkeit in Krisenlagen gesetzlich und führen ein landeseinheitliches Krisenmanagementsystem ein, das für alle Katastrophenschutzbehörden gilt. Krisenstäbe bestehen aus fest benannten Stabsmitgliedern, es gelten verbindliche Qualitäts- und Ausbildungsstandards und es finden regelmäßige Übungen statt. Wir stellen eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung sicher, um auch Mehrfach- und Langzeitlagen beherrschen zu können.“	Die Situation in Steglitz-Zehlendorf im Januar hat gezeigt, dass die Einsatzorganisationen hochprofessionell arbeiten. Defizite lagen aber in den Führungsstrukturen, Zuständigkeiten und der Vorbereitung. Einheitliche Strukturen, eingespielte Abläufe und dauerhaft qualifiziertes Personal sind nicht durchgängig vorhanden. Führungsverantwortung ist in komplexen Lagen nicht immer eindeutig geregelt. Parallele Zuständigkeiten zwischen Bezirken, Senat und Fachverwaltungen können zusätzlich zu Reibungsverlusten führen. Auch sind bisherigen Konzepte überwiegend auf singuläre, zeitlich begrenzte Ereignisse ausgerichtet und Mehrfach- und Langzeitlagen werden nicht ausreichend abgebildet. Einheitliche Strukturen, klare Führung und geübte Krisenstäbe entscheiden über Handlungsfähigkeit, Vertrauen und letztlich den Schutz von Menschenleben.
Ä-232	AG Selbst Aktiv	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	869	869	Wir verbessern die Strukturen des Katastrophenschutzes. Dieser wird von Anfang an inklusiv gedacht und die NIS 2.0 Richtlinie wird konsequent umgesetzt. Informationen müssen auch immer zeitgleich in Leichter Sprache und Deutscher Gebärdensprache erscheinen.	Wir brauchen einen inklusiven Katastrophenschutz und wir machen dieses auch deutlich. Das Ertrinken von Menschen mit Behinderungen aufgrund unzureichender Warnungen darf sich nie wieder wiederholen
Ä-233	Fachausschuss II EU- Angelegenheiten (Vorstand)	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	869	870	Dazu intensivieren wir die europäische Kooperation in der Cybersicherheit, um kritische Infrastruktur und Wissenschaftseinrichtungen in Berlin effektiv vor KI-gestützten Bedrohungen zu schützen.	
Ä-234	Ich persönlich	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	872	872	Wir werden die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr für die Krisen- und Konfliktvorsorge intensivieren.	Das Kapitel Schutz und Sicherheit für Stadt und Menschen ist ohne Erwähnung der Bundeswehr unvollständig. Berührungsängste sind dabei vollkommen unangebracht.
Ä-235	Mitgliederversammlung g Abteilung 06/03 Lichterfelde-West; Marius Müller- Henning	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	872	872	Füge ein hinter Zeile 872: „Berlin zum Leuchtturm evidenzbasierter Sicherheits- und Kriminalpolitik für Metropolen machen Sicherheits- und Kriminalpolitik sind für uns keine Symbolpolitik. Damit sie Sicherheit effektiv stärkt und Freiheitsrechte nicht unnötig einschränkt, muss unsere Politik gerade in diesem Feld evidenzbasiert sein. Daher wollen wir eine neue Initiative ergreifen, um Berlin unter Einbeziehung der bestehenden Forschungseinrichtungen zu einem führenden Ort für Forschung zu sicherheits- und kriminalpolitischen Herausforderungen und Lösungen für Metropolregionen zu entwickeln und hierbei auch gezielt andere Metropolregionen und deren Forschungseinrichtungen in Deutschland und Europa einbeziehen. In diesem Rahmen wollen wir insbesondere auch regelmäßige Dunkelfeldforschung zu den wichtigsten Kriminalitätsphänomenen in Berlin fördern und den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Forschung, Sicherheitsbehörden und Politik mit Nachdruck ausbauen.“	Gerade in Fragen der Sicherheits- und Kriminalpolitik folgen politische Debatten oft verkürzten Narrativen und laufen Gefahr zu kontraproduktiver Symbolpolitik zu führen. Die Sozialdemokratie setzt im Gegenzug bewusst auf eine klar evidenzbasierte Kriminal- und Sicherheitspolitik. Die Basis für eine solche Politik bildet belastbare angewandte und akademische Forschung und die gezielte Erhebung und Auswertung von Daten. Gerade im Feld der Kriminalpolitik bestehen hier insbesondere noch Lücken bei der regelmäßigen Erhebung und Auswertung von Daten und Forschung zum sogenannten Dunkelfeld, also auch derjenigen Straftaten, die nicht in den offiziellen Polizei-Statistiken erfasst werden. In Niedersachsen erhebt beispielsweise das Kriminologische Forschungsinstitut regelmäßig mit dem Niedersachsensurvey Daten zur Lebenssituation von Jugendlichen und ermöglicht so relevante Aussagen über Ausmaß, Struktur und Entwicklung jugendlicher Kriminalität und Devianz und bietet eine entscheidende Ergänzung zu den Helffelddaten der polizeilichen Kriminalstatistik, die eben kein komplettes Bild von Kriminalitätsdynamiken zeichnet. In Berlin wird in 2026 eine ähnliche Erhebung durch die Landeskommision Berlin gegen Gewalt durchgeführt. Diese und weitere Dunkelfeldforschung müssen aber regelmäßig erfolgen um Entwicklungen nachvollziehen und Wirkung von Kriminalpolitischen Entscheidungen bewerten zu können. Zu diesem Zweck braucht es eine politische Initiative um die bestehenden akademischen und praxisorientierten Forschungseinrichtungen in Berlin zu stärken, ihre Zusammenarbeit auch mit Sicherheitsbehörden zu fördern und die wichtigsten Forschungsbedarfe auch verlässlich zu finanzieren, so dass Berlin zum Leuchtturm für evidenzbasierte Sicherheits- und Kriminalforschung und -politik in modernen Metropolregionen wird.
Ä-236	SPD Hermannstraße	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	881	882	Ersetze " Gewalt gegen Frauen und Hasskriminalität bekämpfen wir entschlossen und erhöhen die Aufklärungsquoten." mit „Gewalt gegen Frauen erkennen wir als gesamtgesellschaftliches Problem an. Wir bekämpfen diese und Hasskriminalität entschlossen.“	
Ä-237	SPDqueer LDK	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	881	882	Bisherige Formulierung: Gewalt gegen Frauen und Hasskriminalität bekämpfen wir entschlossen und erhöhen die Aufklärungsquoten. Antrag auf Änderung in: Gewalt gegen Frauen, queerfeindliche Übergriffe und andere Formen von Hasskriminalität bekämpfen wir entschlossen, stärken spezialisierte Beratungsstellen und erhöhen die Aufklärungsquoten.	Der deutliche Anstieg queerfeindlicher Straftaten in den letzten Jahren macht eine gesonderte Erwähnung dieses Phänomenbereichs erforderlich. Weiterhin gibt es gerade im Kontext Hasskriminalität spezialisierte zivilgesellschaftliche Beratungsstellen, die wichtige Arbeit leisten, um Opfern zur Seite zu stehen und dadurch zu höherer Anzeigebereitschaft beitragen. Deren Arbeit zu unterstützen, ist zwingend erforderlich, um die formulierten Ziele zu erreichen.
Ä-238	Jusos Berlin	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	881	881	ergänze Z. 881 hinter „Hasskriminalität“: online und offline	

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-239	SPD-Abteilung 02/02, Kreuzberg-61	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	882	882	Mafiöse organisierte Kriminalität zeigt sich in Berlin auch in Form von systematischer Ausbeutung und Einschüchterung, etwa durch Schutzgelderpressung, Arbeitsausbeutung, Zwangsprostitution oder kriminelle Netzwerke in einzelnen Branchen. Wir stärken deshalb spezialisierte Ermittlungsstrukturen bei Polizei und Staatsanwaltschaft, und verbessern den Schutz sowie die Beratung für Betroffene. Der Schutz der Opfer und die konsequente Zerschlagung krimineller Strukturen gehören für uns zusammen.	Mafiöse organisierte Kriminalität (mOK) bleibt auch in Berlin ein relevantes Sicherheitsproblem. Laut aktuellem Lagebild Organisierte Kriminalität der Berliner Polizei gab es 2024 55 große Ermittlungsverfahren mit 371 Tatverdächtigen, insbesondere in den Bereichen Drogenhandel, Schleusung und Eigentumskriminalität. Die erfassten Schäden beliefen sich auf 6,9 Millionen Euro, wobei das Dunkelfeld deutlich höher eingeschätzt wird. Ein erheblicher Teil organisierter Kriminalität zeigt sich im Alltag auch durch Einschüchterung, Schutzgelderpressung oder systematische Ausbeutung von Arbeitskräften, etwa in besonders vulnerablen Branchen oder gegenüber Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus. In mehreren mOK-Verfahren wurden zudem Gewalt oder andere Einschüchterungsmittel eingesetzt, um kriminelle Strukturen abzusichern.
Ä-240	Jusos Berlin	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	894	895	Ersetze Z. 894 „Verdachtsunabhängige“ bis Z. 985 „bleiben.“ durch: „Verdachtsunabhängige Kontrollen lehnen wir ab. Waffen- und Messerverbotzonen sollen die Ausnahme bleiben.“	
Ä-241	Jusos Berlin	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	899	899	Ergänze Z. 899 hinter “ein”: Zugleich stärken wir den Verbraucherschutz: Betrug im Internet nimmt zu und wird durch KI immer raffinierter, etwa durch Fakeshops, Phishing oder Identitätsdiebstahl. KI kann jedoch auch helfen, Verbraucher*innen besser zu schützen. Deshalb verankern wir den Einsatz von KI ausdrücklich im Verbraucherschutz als Teil einer Berliner KI-Strategie.	
Ä-242	Forum Netzpolitik	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	901	901	Die Wörter "des Herstellers Palantir" werden ersetzt durch "von Herstellern wie Palantir"	Palantir ist nicht der einzige Hersteller, der aus sich heraus problematisch ist (ganz jenseits der Frage, ob man solche Software überhaupt möchte, das ist eine andere Frage). Er ist lediglich der bekannteste.
Ä-243	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	903	903	Ergänze nach „Inneres an.“ : „Wir entwickeln das Disziplinarrecht weiter, um verurteilte Extremisten leichter und schneller aus dem Staatsdienst entfernen zu können. Darüber hinaus präzisieren wir das Disziplinarrecht im Umgang mit Dienstvergehen unterhalb der Strafbarkeitsschwelle, wie etwa der stillen Mitgliedschaft in Chatgruppen mit menschenverachtenden Inhalten.“	
Ä-244	KDV Neukölln	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	903	903	ÄA Zeile 903: Füge ein nach „Inneres an.“ : Wir entwickeln das Disziplinar-recht weiter, um verurteilte Extremis-ten leichter und schneller aus dem Staatsdienst entfernen zu können. Darüber hinaus präzisieren wir das Disziplinarrecht im Umgang mit Dienstvergehen unterhalb der Straf-barkeitsschwelle, wie etwa der stillen Mitgliedschaft in Chatgruppen mit menschenverachtenden Inhalten.	ÄA zu Zeile 903: Extremisten im Staatsdienst sind ein grundsätzliches Problem. Im Neukölln Komplex war der Polizist Stefan K. bis 2016 zuständig für die Betreuung von Betroffenen. Schon damals gab es laut Presseberichten Zweifel an seiner Eignung für diese Tätigkeit. Der selbe Stefan K. wurde rechtskräftig wegen gefährlicher Körperverletzung aus rassistischen Motiven (Tatzeitpunkt 2017) verurteilt. Stefan K. ist weiterhin im Polizeidienst tätig. Der Bundestag hat in der vergangenen Legislaturperiode eine Reform des Disziplinarrechts für Bundesbeamte durchgeführt, die in einzelnen Bun-desländern (z.B. Hamburg) nachge-ahmt wurde. Dies war auch in Berlin geplant, ist aber bisher nicht erfolgt. Das wollen wir ändern. Außerdem gibt es seit Jahren das Feedback aus der Polizei und den Innenministerien, dass die Regeln für den Umgang mit potentiellen Dienstvergehen unter-halb der Strafbarkeitsschwelle zu un-präzise und nicht zeitgemäß sind. Insbesondere die Digitalisierung bringt neue Sachverhalte mit sich, die bisher nicht ausreichend klar geregelt sind. Dies muss zeitnah geändert werden.
Ä-245	SPDqueer LDK	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	905	906	Bisherige Formulierung: Wir stehen für eine Polizei, die respektvoll handelt und die Vielfalt dieser Stadt widerspiegelt. Ihre interkulturelle Kompetenz bauen wir deshalb weiter aus. Antrag auf Änderung in: Wir stehen für eine Polizei, die respektvoll handelt und die Vielfalt dieser Stadt widerspiegelt. Ihre interkulturelle Kompetenz bauen wir deshalb weiter aus und stärken die Sensibilisierung für Queerfeindlichkeit und geschlechtsspezifische Gewalt, insbesondere häusliche Gewalt, in der Aus- und Fortbildung. Schutz- und Hilfsangeboten entwickeln wir gezielt weiter und ergreifen wirksame Maßnahmen, um Anzeige- und Aufklärungsquoten zu erhöhen.	Bereits im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD war vorgesehen, die Sensibilisierung für queerfeindliche Gewalt in der Aus- und Fortbildung der Polizei des Landes Berlin und von Juristinnen und Juristen fest zu verankern. Ein weiterer, hoch relevanter Bereich betrifft geschlechtsspezifische, insbesondere häusliche Gewalt. Erst vor wenigen Wochen wurde die Dunkelfeld-Studie "Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag (LeSuBiA)" veröffentlicht. Diese Untersuchung zeigt. Ein Großteil von Gewalterfahrungen in Deutschland wird nicht angezeigt. Die Anzeigequoten sind unabhängig von der Form der verübten Gewalt durchgehend niedrig; sie liegt bei den meisten Gewaltformen unter zehn Prozent. Innerhalb von (Ex-)Partnerschaften liegen die Anzeigequoten psychischer und körperlicher Gewalt sogar unter als fünf Prozent. Dabei sind Frauen meist häufiger und stärker von häuslicher oder geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen als Männer, insbesondere bei sexuellen Übergriffen, sexueller Belästigung und Stalking.
Ä-246	SPD Hermannstraße	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	906	906	Wir sensibilisieren und qualifizieren die Polizei im Erkennen von geschlechtsspezifischer Gewalt und Täterstrategien. Außerdem setzen wir uns für rassistiskritische Sensibilisierungen der Polizei ein.	

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-247	AK Blaulicht	Bürgernahe Polizei und Feuerwehr	Ergänzung	907	907	Wir sitzen uns zudem für die Helfergleichstellung ein, um insbesondere in der Brandbekämpfung, dem Rettungsdienst und dem Katastrophenschutz das Ehrenamt zu stärken.	im Rahmen der Helfergleichstellung sind Fortbildungen für das Ehrenamt bei den Hilfsorganisationen am ehesten gewährleistet. In den o.g. Bereichen ist das Ehrenamt zur Unterstützung in der Gefahrenabwehr unabdingbar, wie auch der Stromausfall in Steglitz-Zehlendorf gezeigt hat. Bessere Bedingungen sind wertschätzend.
Ä-248	SPD Frohnau	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	908	909	Text aus Zeilen 908-909 vor Text aus 905 - 907 (Tauschen)	Ange-sichts der ständig steigenden Zahl der Angriffe auf Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste im Einsatz sollte die SPD diesen Aspekt in den Vordergrund stellen.
Ä-249	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	909	909	Ergänze: „Routinemäßige Supervision, bei der Beam*innen das Einsatzgeschehen reflektieren können, bauen wir aus.“	
Ä-250	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	909	909	Ergänze nach „zeitgemäßer Ausrüstung.“: „Bei langwierigen Ermittlungsverfahren verbessern wir den Wissenstransfer bei internen Personalwechseln. Hierbei soll unter anderem stets sichergestellt sein, dass Ansprechpersonen für Betroffene und Hinterbliebene kompetent und erreichbar sind.“	
Ä-251	KDV Neukölln	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	909	909	ÄA Zeile 909: Füge ein nach „zeitgemäßer Ausrüstung.“: Bei langwierigen Ermittlungsverfahren verbessern wir den Wissenstransfer bei internen Personalwechseln. Hierbei soll unter anderem stets sichergestellt sein, dass Ansprechpersonen für Betroffene und Hinterbliebene kompetent und erreichbar sind.	ÄA zu Zeile 909: Auf Grund der langwierigen Ermittlungen und wiederholten Veränderungen der Ermittlungsorganisation im Neukölln Komplex gab es bei der Polizei eine hohe Anzahl an Personalwechseln. Oftmals ist hierbei Wissen verloren gegangen. Betroffene der Anschlagsserie haben mehrmals kritisiert, dass ihre Ansprechpersonen gewechselt haben und teilweise nicht oder nur sehr grob mit den Ermittlungen vertraut waren. Die Personalwechsel waren so häufig und undurchsichtig organisiert, dass der Untersuchungsausschuss regelmäßig nicht feststellen konnte welche Beamten zu bestimmten Zeitpunkten an den Ermittlungen beteiligt waren. Dies stellt sowohl für die Ermittlungsarbeit als auch für die parlamentarische Kontrollfähigkeit ein Problem dar. Wir streben in der internen Organisation der Polizei entsprechen die Etablierung geregelter Verfahren für den Wissenstransfer bei Personalwechseln an.
Ä-252	Jusos Berlin	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	909	909	Z. 909: ergänze nach „Ausrüstung.“: „Hierfür führen wir das Sanierungs- und Modernisierungsprogramm insbesondere im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr ambitionierter fort, um schnellstmöglich alle Wachen in einem angemessenem Zustand zu bringen.“	
Ä-253	AK Blaulicht	Bürgernahe Polizei und Feuerwehr	Ergänzung	911	912	Das im Sozialmedizinische Akutteam der Berliner Feuerwehr und der psychosoziale Arbeitsplatz der Leitstelle der Berliner Feuerwehr werden nach den Probebetrieben nach Möglichkeit verstetigt und Teil der Gefahrenabwehr.	Es müssen schlussendlich keine mobilen Teams aufgebaut werden, da die Projekte zumindest bei der Berliner Feuerwehr bereits laufen. Das sozialmedizinische Akutteam (SMAT) geht für 2 Monate in den Probebetrieb mit einem Fahrzeug beschränkt auf Berlin Mitte und Friedrichshain. Der psychosoziale Arbeitsplatz in der Leitstelle hatte 2024 einen erfolgreichen Probebetrieb, konnte aber aus finanziellen Gründen nicht verstetigt werden. Es gilt hier, die Projekte finanziell zu unterstützen, da sie den Rettungsdienst entlasten und Menschen in psychosozialen Krisen die entsprechende Response geben.
Ä-254	Einzelantragssteller Alexander Niessen (Delegierter zum LPT und damit stimmberechtigt): Alexander Niessen	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	920	920	Ergänze am Ende des Absatzes: "Sichere Orte, bspw. der queeren Community, erkennen wir als solche an und lehnen eine verstärkte Polizeipräsenz an diesen Orten ab, sofern diese nicht explizit von den Betreiber*innen gewünscht wurde."	Queere Bars und Clubs sind Orte, an denen Menschen, vor allem Ungeoutete, sicher sie selbst sein können. Sie müssen sich darauf verlassen können, dass diese Sicherheit nicht durch die Anwesenheit der Polizei infrage gestellt wird, vor allem, wenn sie von Rassismus betroffen sind. Der Schutz gegen queerfeindliche Gewalt ist richtig und notwendig, gerade in Zeiten eines Rechtsruck, der sich immer wieder auch gegen queere Einrichtungen stellt. Gleichzeitig wissen wir, dass von Mehrfachdiskriminierung betroffene Menschen die Polizei nicht als verlässliche Partnerin erleben und bei erhöhter Polizeipräsenz Orte nicht mehr als sicher empfinden und meiden. Damit wäre dann das Ziel von erhöhter Sicherheit für die queere Community verfehlt.
Ä-255	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	920	920	Ergänze nach „im Quartier.“: „Hierbei soll insbesondere die Kooperation mit migrantischen Selbstorganisationen und Betroffenenengruppen rassistischer Gewalt verstärkt werden.“	
Ä-256	KDV Neukölln	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	920	920	füge ein nach „im Quartier.“: Hierbei soll insbesondere die Kooperation mit migrantischen Selbstorganisationen und Betroffenenengruppen rassistischer Gewalt verstärkt werden	ÄA zu Zeile 852 und Zeile 920: Eine wiederkehrende Kritik war, dass für Ermittlungen essentielle Erkenntnisse von zivilgesellschaftlichen Akteuren nicht oder nur teilweise in die Arbeit der Sicherheitsbehörden eingeflossen sind. Die historisch belastete Beziehung zwischen Sicherheitsbehörden und Teilen der migrantischen Communities sowie antifaschistisch aktiven Vereinen stellt hierbei ein Hindernis für erfolgreiche Extremismusbekämpfung dar.
Ä-257	SPD Hermannstraße	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	934	934	Zeile 934, ergänze nach "Frauen wollen wir besser": "vor geschlechtsspezifischer Gewalt und vor Femiziden schützen."	

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-258	SPD Hermannstraße	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	934	934	Zeile 934, ergänze nach "vor Femiziden schützen.": "Wir etablieren systematische Risikoanalysen durch die Polizei zur Früherkennung von Hochrisikofällen und Ableitung weiterer Maßnahmen."	
Ä-259	SPD Hermannstraße	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	934	934	Wir erkennen an, dass Kinder bei häuslicher Gewalt gegen ein Elternteil immer Mitbetroffene von Gewalt sind. Wir setzen uns dafür ein, dass Gewaltschutz vor dem Umgangsrecht des gewalttätigen Elternteils Vorrang hat.	
Ä-260	SPD Hermannstraße	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	935	935	Zeile 935, ergänze nach "Unterstützungsangebote für queere Menschen “: “, Täterarbeit sowie Gewaltschutzambulanzen stadtweit aus.“	
Ä-261	Abteilung 11/02 - Alt-Hohenschönhausen	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	936	937	Wir bauen niedrigschwellige, mobile sowie aufsuchende Beratungs- und Unterstützungsangebote aus, um eine flächendeckende Versorgung aller Stadtteile absichern.	Gerade für gefährdete Frauen und Kinder gibt es in verschiedenen Teilen Berlins kritische Versorgungslücken, die zeitnah behoben werden müssen. Ebenso sind differenzierte Angebote wichtig, um den unterschiedlichen Lebenssituationen der Betroffenen gerecht werden zu können und Hürden für die Inanspruchnahme abzubauen. So gibt es bspw. im Bezirk Lichtenberg nur sehr wenige entsprechende Angebote wie BORA e.V., https://www.frauenprojekte-bora.de , die dringend ausgebaut werden müssen. Hierbei ist eine niedrigschwellige Versorgung in der Fläche wichtig, um Hürden für die Inanspruchnahme dringender Hilfen abzubauen.
Ä-262	SPD Frauen Berlin Landesvorstand	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	942	942	Füge ein "und Frauen" (Gewalt an Kindern, Jugendlichen und Frauen)	
Ä-263	SPD Frauen Berlin Landesvorstand	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	943	943	Ergänze Frauen ("schützen wir Kinder und Frauen besser vor")	
Ä-264	SPD Frohnau	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	951	951	Lange Gerichtsverfahren höhlen das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat und die Demokratie aus. Deshalb kämpfen wir für eine leistungsfähige Justiz.	Die SPD muss deutlich machen, dass sie auf der Seite der Menschen steht, die Opfer von Straftaten sind und für die lange Gerichtsverfahren eine zusätzliche persönliche und finanzielle Belastung darstellt.
Ä-265	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	957	957	Ergänze nach „gegen Miethaie vorgehen)“: „Außerdem stärken wir die Staatsanwaltschaft Berlin durch Fortbildungsangebote zur organisierten, extremen Rechten.“	
Ä-266	KDV Neukölln	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	957	957	füge ein nach „gegen Miethaie vorgehen)“: „Außerdem stärken wir die Staatsanwaltschaft Berlin durch Fortbildungsangebote zur organisierten, extremen Rechten.	ÄA zu Zeile 957: Ein zentrales Problem des Neukölln Komplexes war, dass er lange nicht als zusammenhängender Komplex behandelt wurde, sondern einzelne Straftaten einzeln ermittelt wurden. Eigentlich soll die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen in solchen Fällen koordinieren und Zusammenhänge zwischen einzelnen Fällen herstellen. Im Untersuchungsausschuss ist aber klargeworden, dass das hierfür nötige Wissen über die Organisation von extremen Rechten in Berlin und deren Tätigkeitsfeldern innerhalb der Berliner Staatsanwaltschaft nicht ausreicht. Dem soll nun unter anderem durch zusätzliche Fortbildungsangebote in dem Bereich begegnet werden.
Ä-267	Jusos Berlin	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	983	983	füge ein Z. 983 nach "Notfallstrukturen": Hierbei stellen wir sicher, dass der Notruf sowie ärztliche Notdienste auch insbesondere für gehörlose Menschen nutzbar sind.	
Ä-268	Jusos Berlin	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	985	985	füge ein hinter Z. 985 "hochmoderne": barrierefreie, inklusive	
Ä-269	Abteilung 04/97	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	986	986	„kindermedizinische Versorgung“ ändern in „kinder- und jugendmedizinische Versorgung“	trifft den Sachverhalt besser.
Ä-270	Matthias Trenczek	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	992	992	ersetze "Die Charité ist Deutschlands beste Universitätsklinik" durch: "Die Charité gilt als Deutschlands bestes Universitätsklinikum."	Korrekte Aussage
Ä-271	Matthias Trenczek	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	995	997	umformulieren der zwei Sätze: „Wir unterstützen die Charité bei der erfolgreichen Weiterentwicklung in ihren drei Rollen als international renommierte Forschungseinrichtung, als große Ausbildungsstätte für medizinische Berufe und als Krankenhaus der Maximalversorgung auch für Krisensituationen in der Region (Knotenpunkt für Resilienz). Dafür erhöhen wir den staatlichen Zuschuss an das Universitätsklinikum und“	korrekte Aussage

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-272	Matthias Trenczek	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	995	997	umformulieren der zwei Sätze: „Wir unterstützen die Charité bei der erfolgreichen Weiterentwicklung in ihren drei Rollen als international renommierte Forschungseinrichtung, als große Ausbildungsstätte für medizinische Berufe und als Krankenhaus der Maximalversorgung auch für Krisensituationen in der Region (Knotenpunkt für Resilienz). Dafür erhöhen wir den staatlichen Zuschuss an das Universitätsklinikum und“	korrekte Aussage. Die bisherige Formulierung war bei der Nennung der drei Rollen eines Universitätsklinikums (Forschung - Lehre/Ausbildung - Krankenversorgung) falsch und bei der Formulierung „Knotenpunkt der Resilienz“ unklar und missverständlich. Mit der Neuformulierung wird klargestellt, dass es nicht um Wiederherstellung und Bewahrung der individuellen Resilienz von Patienten, sondern um eine gesellschaftliche Aufgabe/ Dienstleistungsfunktion des Universitätsklinikums geht. Der staatliche Zuschuss wird dem Universitätsklinikum (nicht der Medizinischen Fakultät) für Aufgaben in Forschung und Lehre/ Ausbildung und ggf. für weitere Dienstleistungsfunktionen zur Verfügung gestellt. Die angestrebte Erhöhung des staatlichen Zuschusses muss natürlich immer durch Umfang der Aufgaben bzw. Leistungen gerechtfertigt sein. (persönliche Anmerkung: Beim Umfang der Ausbildungsleistungen habe ich begründete Zweifel)
Ä-273	Abteilung 04/97	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	996	997	„als Maximalversorger und als Knotenpunkt für Resilienz“ ändern in „als Krankenhaus der Maximalversorgung und als Knotenpunkt für Katastrophenschutz“	bessere Verständlichkeit
Ä-274	Abt. Wilmersdorf-Südost (04/91)	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	1002	1003	Besonders Außenbezirke brauchen bessere haus- und fachärztliche sowie therapeutische Angebote; die Angebote der Krankenhäuser der Außenbezirke werden wir im Rahmen der gemeinsamen Krankenhausplanung Berlin-Brandenburg mit den Kliniken im Berliner Umland abstimmen.	Die bisherige Formulierung „Randbezirke“ ist sprachlich unglücklich, so dass ihre Ersetzung durch „Außenbezirke“ vorgeschlagen wird. Doppelangebote in Krankenhäusern an der gemeinsamen Landesgrenze können sich weder Berlin noch Brandenburg noch leisten.
Ä-275	AG Selbst Aktiv	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	1002	1002	 ist die Verbesserung der ambulanten Versorgung. Insbesondere Menschen mit Behinderungen erfahren keine ausreichende barrierefreie Versorgung.	Der Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen ist aktiv entgegenzuwirken. Sie haben das Recht auf eine gleichwertige Gesundheitsversorgung
Ä-276	Abteilung 04/97	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	1002	1002	„Deshalb sorgen wir für gleiche Qualität in allen Bezirken“ (Bezug: ambulante Versorgung) ersetzen durch „Wir sorgen für eine gut erreichbare Versorgung in allen Bezirken“	Die Ungleichheit in der ambulanten Versorgung bezieht sich vor allem auf das Vorhandensein bzw. die Erreichbarkeit von Praxen und Therapeut:innen, nicht auf die Versorgungsqualität.
Ä-277	FA IX	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	1004	1004	anfügen am Anfang der Zeile: "Wir bekennen uns zum neuen Leitsatz aus der Digitalstrategie für das Gesundheitswesen und die Pflege "digital vor ambulant vor stationär" und stärken telemedizinische und telepflegerische Angebote."	teemedizinische und teepflegerische Angebote sind einfache, kostengünstige, effektive und niedrigschwellige Angebote, die Betroffenen und Angehörigen enorm helfen.
Ä-278	AG 60plus	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	1006	1006	In Zeile 1006 wird das Wort "Bezirke" durch das Wort "Bezirksregionen" ersetzt.	Für eine gute Versorgung der Bürger*innen reicht es nicht aus, wenn in allen Bezirken ausreichend Haus- und Fachärzte sowie Psychotherapeutenplätze vorhanden sind. Sie müssen auch bedarfsgerecht auf die Bezirksregionen verteilt sein.
Ä-279	AG Selbst Aktiv	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	1007	1007	Wir wollen mehr barrierefreie Arztpraxen für unterschiedliche Beeinträchtigungen mit entsprechend qualifiziertem Personal. Dies gilt insbesondere für den gynäkologischen Bereich.	Der Staat ist in der Verpflichtung, den Sicherungsauftrag der KV dahingehend zu stärken, dass Verhandlungen geführt werden. Auch die KV darf sich aus diskriminierenden und benachteiligenden Strukturen nicht herausreden dürfen. Die Benachteiligungen werden staatlichen Strukturen angerechnet.
Ä-280	AG 60plus	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	1010	1010	In Zeile 1010 wird der Satz "Integrierte Gesundheitszentren bündeln Medizin, Pflege und Beratung" durch folgende Sätze ersetzt: " Wir fördern bzw. errichten Integrierte Gesundheitszentren - auch in kommunaler Trägerschaft. Sie bündeln Medizin, Pflege, andere Professionen wie z.B. Physiotherapie und Beratung."	Wo es nicht gelingt, durch Verhandlungen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Versorgungslücken zu schließen, kann Berlin als Kommune Versorgungszentren (MVZ) nach § 95 SGB V erreichen. Die MVZs können auch als integrierte Gesundheitszentren gegründet werden, in denen nicht nur Ärzt*innen verschiedener Fachrichtungen, sondern auch andere an der Patientenversorgung beteiligte Professionen zusammenarbeiten.
Ä-281	Abteilung 04/97	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	1011	1011	„Berliner“ ändern in „Berlinerinnen und Berliner“;	geschlechtergerechte Sprache
Ä-282	Abteilung 04/97	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	1011	1013	„Community Health Nurses führen wir in allen Bezirken ein. Sie bringen Prävention und Pflege direkt in die Kieze. Kombipraxen fördern wir ebenfalls.“ umformulieren bzw. ergänzen: „In allen Bezirken setzen wir Community Health Nurses ein – spezialisierte Pflegefachkräfte, die sich im Kiez um Primärversorgung, Prävention und Gesundheitsförderung kümmern. Auch fördern wir Praxisk Kooperationen in der ambulanten Gesundheitsversorgung.“	Bessere Verständlichkeit. Es ist nicht klar, was der Begriff „Kombipraxen“ bedeutet.
Ä-283	Abteilung 71 Charlottenburg Nord	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	1016	1016	Nach "Wir stärken ihn personell" einfügen: „und finanziell.“	
Ä-284	SPD Frohnau	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	1017	1017	Wir führen die bezirklichen Gesundheitsämter im Landesamt für Gesundheit und Soziales zu einem Landesgesundheitsamt zusammen, um die Resilienz Berlins zu stärken.	Nicht zuletzt hat die Corona Pandemie gezeigt, wie wichtig ein einheitlich agierender Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD) gewesen wäre. Der ÖGD dient der Resilienz der Stadt Berlin gegenüber schwerwiegenden Katastrophen. Aus dieser Erfahrung heraus, aber auch um die Attraktivität des ÖGD zu steigern, schaffen wir einen zentralen ÖGD. Die bestehenden Gesundheitsämtern in den Bezirken bleiben als Außenstellen des Landesgesundheitsamtes bestehen, um weiter als Ansprechstelle für die Menschen vor Ort arbeiten zu können.
Ä-285	Abteilung 04/97	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	1019	1019	Überschrift „Psychische Gesundheit und Prävention“ - „und Prävention“ streichen	kommt im Abschnitt nicht vor
Ä-286	Abteilung 71 Charlottenburg Nord	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	1024	1024	"sollen" ersetzen durch "müssen".	
Ä-287	Abteilung 71 Charlottenburg Nord	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	1024	1024	Am Ende ergänzen: „Außerdem bilden wir mehr Fachpersonal aus.“	
Ä-288	Abteilung 04/97	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	1027	1027	„Psychotherapeuten“ ändern in: „Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten“	geschlechtergerechte Sprache

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-289	Abteilung 04/97	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	1028	1028	Zudem sorgen wir dafür, dass die Kliniken und Ausbildungsinstitute genug Weiterbildungsplätze nach der neuen Weiterbildungsordnung anbieten.	In den Berliner Kliniken und Ausbildungsinstituten ist derzeit für Psychotherapeut:innen nur eine Weiterbildung nach der alten - auslaufenden - Weiterbildungsordnung möglich. Diese bürdet die Kosten für die psychotherapeutische Weiterbildung den Studienabsolvent:innen auf. Berlin sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und Konzepte entwickeln, wie die neue Weiterbildungsordnung in den Kliniken und Ausbildungsinstituten umgesetzt werden kann.
Ä-290	Abteilung 02/13	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	1030	1034	Wer in einer psychischen Krise die 112 ruft, bekommt heute einen Rettungswagen, der medizinisch nichts ausrichten kann – und wird morgen wieder anrufen. Wir etablieren multiprofessionelle Teams aus Notfallsanitäter*innen und psychosozialen Fachkräften, die solche Einsatzlagen bedarfsgerecht übernehmen.	Der Rettungsdienst ist auf akute medizinische Notfälle ausgerichtet – psychosoziale Krisen werden dabei häufig unzureichend versorgt. Menschen in derartigen Ausnahmesituationen brauchen fachgerechte, einfühlsame Unterstützung statt medizinischer Erstversorgung. Dennoch rückt der Rettungswagen aus – bei sogenannten „Hochfrequenznutzer*innen“ immer wieder. Modelle wie der Kopenhagener "Sociolance" oder die Londoner "Mental Health Joint Response Cars" zeigen, dass multiprofessionelle Teams aus Notfallsanitäter*innen und psychosozialen Fachkräften dieses Problem lösen können: Sie versorgen Betroffene bedarfsgerecht und entlasten gleichzeitig die Einsatzkräfte. Für Berlin gibt es bereits ein fertiges Konzept: Die Berliner Feuerwehr plant ein Pilotprojekt unter Einbindung des Sozialpsychiatrischen Dienstes, des Krisendienstes und der Polizei. Aufgrund der Haushaltslage ist es jedoch gefährdet – politischer Rückenwind könnte hier den entscheidenden Unterschied machen. Wer dieses Projekt über die Ziellinie bringt, stärkt nicht nur die Versorgung – sondern beweist, dass sozialdemokratische Gesundheitspolitik auch unter Sparzwang handlungsfähig bleibt.
Ä-291	AG 60 plus	Sicherheit für ein gutes Leben	Streichung	1031	1031	In Zeile 1031 werden die Worte "und würdiges Altern" gestrichen.	Bei der Textpassage unter der Überschrift „Pflege und würdiges Altern“ in Zeile 1031 handelt es sich um die einzige spezifische Passage zu Alter. In dieser Passage wird nur die Pflege und mit einem Satz das Altenhilfestrukturengesetz angesprochen. Sie stützt deshalb ein Altenbild, dass Alte Menschen in erster Linie mit Pflege- und weitere Hilfebedürftigkeit assoziiert. Schon alleine deshalb ist die Überschrift abzulehnen. Es gibt sehr viele Pflegebedürftige, die nicht alt sind und es gibt sehr viele alte Menschen, die weder Pflege- noch sonst einen Hilfebedarf haben. Andererseits hängt würdiges Alter nicht ausschließlich von Pflege und Hilfen nach dem Altenhilfestrukturengesetz ab, sondern hat sehr viele andere Voraussetzungen (z.B. barrierefreies Wohnen, barrierefreier Verkehr, barrierefreier öffentlicher Raum, gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen, Bekämpfung von Altersdiskriminierung etc.).
Ä-292	FA IX	Sicherheit für ein gutes Leben	Streichung	1031	1031	"und würdiges Alter" im Titel streichen	In diesem Unterkapitel geht es zu wenig im würdigen Alter, als dass es diesen Namen verdienen würde. Daher Konzentration auf "Pflege"
Ä-293	Abteilung 04/97	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	1034	1035	„Wir stärken deshalb die häusliche Pflege. Dafür richten wir für wohnortnahe Pflege- oder Sozialstationen ein. Hier erhalten pflegebedürftige Anwohnende aus den umliegenden Häusern ohne Anfahrtszeiten die benötigten Dienstleistungen.“ ersetzen durch: „Wir stärken deshalb die häusliche Pflege und richten wohnortnahe Pflege- oder Sozialstationen ein. Hier erhalten pflegebedürftige Menschen ohne lange Anfahrtszeiten die benötigte Versorgung.“	Verknüpfung zwischen Stärkung häuslicher Pflege und Pflegestationen ist nicht zutreffend. Gesundheitsleistungen sind keine Dienstleistungen.
Ä-294	FA IX	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	1036	1036	vor "Hausbesuche" das Wort "präventive" einfügen	zur Spezifizierung
Ä-295	09/07 Abteilung Altglenicke	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	1039	1040	Altenhilfe ist verpflichtend und berlinweit umzusetzen. Mit einem neuen Altenhilfestrukturengesetz machen wir die soziale Infrastruktur und notwendige Hilfen für ältere Menschen gesamtstädtisch verbindlich.	Altenhilfe ist bereits geltendes Bundesrecht. Die Umsetzung in Berlin ist uneinheitlich, Zugänge sind vom Wohnort abhängig und insbesondere im Bereich notwendige Hilfen besteht erhebliches Potenzial. Bedarfsgerechte soziale Infrastruktur und Unterstützung sind die notwendigen Bausteine für ein möglichst langes selbstständiges Leben bis ins hohe Alter.
Ä-296	Jusos Berlin	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	1046	1046	Ergänzen hinter Z. 1046: Um das Pflegesystem besser zu überprüfen, sollen anlassbezogene Kontrollen in Pflegeeinrichtungen unangekündigt erfolgen, damit der Qualitätsstandard gegenüber pflegebedürftigen Personen gewährleistet wird.	
Ä-297	AG Selbst Aktiv	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	1047	1047	Gesundheit für alle – unabhängig von Status, Geschlecht und Beeinträchtigung	Wir müssen stärker intersektional denken, planen, agieren - insbesondere im Gesundheitswesen
Ä-298	Abteilung 04/97	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	1048	1049	„Das Integrierte Gesundheitsprogramm stärkt bereits heute gezielte Angebote der Gesundheitsversorgung.“ ersetzen durch „Mit dem Integrierten Gesundheitsprogramm werden bereits heute Gesundheitsprojekte für Menschen mit besonderen Bedarfen gefördert.“	bessere Verständlichkeit.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-299	SPDqueer LDK	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	1051	1051	Ergänze vor „Gendermedizin“: „Deshalb stärken wir die queersensible Gesundheitsversorgung, insbesondere für trans* Patient*innen, und bauen die Aus- und Fortbildung in den Gesundheitsberufen aus.“	Queere Menschen, insbesondere trans* Patient*innen, erfahren häufig Diskriminierung im Gesundheitswesen und einen Mangel inklusiver Zugänge zur Gesundheitsversorgung. Um dem entgegenzuwirken, braucht es ein konsequentes Um- und Neudenken hinsichtlich queerer Gesundheitsversorgung – angefangen in bei Ausbildung und Studium. Menschen, die im Gesundheitssektor arbeiten, sollten bereits vor Berufsantritt ein Verständnis für eine integrative und diverse Gesundheitsversorgung entwickeln. Dazu ist es notwendig, Themen von Diversität und Diskriminierung intersektional in medizinischen, therapeutischen und pharmazeutischen Ausbildungs- und Studiengängen zu implementieren.
Ä-300	Abteilung 04/97	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	1053	1055	„Endometriose, die Millionen Frauen betrifft, bekommt mehr Aufmerksamkeit. Neue Forschungsschwerpunkte entstehen. Aufklärung bauen wir aus. Auch die Wechseljahre müssen stärkere Beachtung in Forschung und Gesundheitsversorgung finden.“ ersetzen durch: „Endometriose ist immer noch wenig bekannt, betrifft aber etwa jede zehnte Frau zwischen 15 und 50 Jahren. Bei Endometriose sorgen wir für mehr Informationen und Sichtbarkeit, neue Forschungsschwerpunkte und eine bessere Versorgung dieser chronischen Erkrankung. Auch die Wechseljahre müssen stärkere Beachtung in Forschung, Versorgung und Gesundheitsinformationen finden.“	Zur Häufigkeit von Endometriose gibt es bisher nur Schätzungen, die besagen, dass etwa jede 10. Frau zwischen 15 und 50 Jahren betroffen ist. In Berlin sind das sicher weniger als eine Million Frauen. Neben Forschung und Versorgung ist es besonders wichtig und wird von Frauen immer wieder gefordert, dass adressatinnengerechte Gesundheitsinformationen zur Verfügung stehen. Daher sollte dieser Punkt ergänzt werden.
Ä-301	Abteilung 71 Charlottenburg Nord	Sicherheit für ein gutes Leben	Streichung	1054	1054	"Auch" streichen.	
Ä-302	Abteilung 04/97	Sicherheit für ein gutes Leben	Ersetzung	1056	1058	„Bei Geburten bleibt die Eins-zu-eins-Betreuung unser Ziel. Wir bauen dazu die Hebammenausbildung aus. Gemeinsam mit Fachverbänden prüfen wir den Bedarf und richten einen Masterstudiengang für Hebammen ein. Die praxisnahe Ausbildung stärken wir im Bachelor.“ ersetzen durch: „Bei Geburten bleibt die Eins-zu-eins-Betreuung – eine Gebärende wird von einer Hebamme betreut – unser Ziel. Dazu erhöhen wir die Anzahl der Bachelorstudienplätze für Hebammen wieder. Um die anwendungsbezogene Forschung und evidenzbasierte Versorgung rund um die Geburt zu fördern, richten wir einen Masterstudiengang für Hebammenwissenschaft ein.“	Ein Ausbau der Hebammenausbildung muss konkret heißen, dass die Kürzung der Studienplätze um 50% wieder rückgängig gemacht wird. Masterstudiengänge für Hebammenwissenschaft gibt es bisher nur an wenigen Hochschulen in Deutschland; Berlin könnte hier seinem Ruf als wichtiger Standort für medizinische Forschung und Versorgung gerecht werden. Da das Hebammenstudium als duales Studium angelegt ist, ist es bereits sehr praxisnah und der letzte Satz kann entfallen.
Ä-303	Abteilung 6/3 Lichterfelde-West	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	1061	1061	Ergänze nach "Kinderwunsch legen wir...": "...unter Einbeziehung aller Familienmodelle..."	Das Wiederauflegen des Förderprogramms ohne Abänderungen würde dazu führen, dass nur verheiratete, heterosexuelle Paare die Möglichkeit zur Teilnahme haben. So war dies in vorherigen Zeiten. Wir wollen, dass alle Familien die Möglichkeit haben, bei Bedarf an dem Förderprogramm teilzunehmen.
Ä-304	SPDqueer	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	1066	1066	Wir werden das Engagement Berlins im Rahmen der „Fast Track Cities Initiative to End Aids“ fortsetzen. Berlin wird seinen Beitrag leisten, die HIV-Pandemie bis 2030 zu beenden, und die Versorgungsstrukturen konsequent auf die Ziele „95-95-95-0“ der Vereinten Nationen ausrichten.	Die Fast-Track-Cities-Initiative wurde 2014 von UNAIDS, UN-Habitat, der WHO und der International Association of Providers of AIDS Care (IAPAC) ins Leben gerufen. Ziel ist es, die AIDS-Epidemie bis 2030 weltweit zu beenden. Der Fokus liegt auf urbanen Räumen, da hier ein Großteil der HIV-Neuinfektionen auftritt – aber auch die besten Voraussetzungen für koordinierte Prävention, Versorgung und Teilhabe bestehen. Berlin trat der Initiative im Jahr 2016 bei – als erste Stadt in Deutschland und gehört damit zu den Vorreitern. Die 95-95-95-0-Ziele der Vereinten Nationen bedeuten: 95 % aller HIV-Infizierten kennen ihre Diagnose 95 % davon werden behandelt 95 % davon haben eine Viruslast unterhalb der Nachweisgrenze 0 % werden aufgrund ihrer Infektion diskriminiert.
Ä-305	SPDqueer LDK	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	1066	1066	Wir werden das Engagement Berlins im Rahmen der „Fast Track Cities Initiative to End Aids“ fortsetzen. Berlin wird seinen Beitrag leisten, die HIV-Pandemie bis 2030 zu beenden, und die Versorgungsstrukturen konsequent auf die Ziele „95-95-95-0“ der Vereinten Nationen ausrichten.	Die Fast-Track-Cities-Initiative wurde 2014 von UNAIDS, UN-Habitat, der WHO und der International Association of Providers of AIDS Care (IAPAC) ins Leben gerufen. Ziel ist es, die AIDS-Epidemie bis 2030 weltweit zu beenden. Der Fokus liegt auf urbanen Räumen, da hier ein Großteil der HIV-Neuinfektionen auftritt – aber auch die besten Voraussetzungen für koordinierte Prävention, Versorgung und Teilhabe bestehen. Berlin trat der Initiative im Jahr 2016 bei – als erste Stadt in Deutschland und gehört damit zu den Vorreitern. Die 95-95-95-0-Ziele der Vereinten Nationen bedeuten: 95 % aller HIV-Infizierten kennen ihre Diagnose 95 % davon werden behandelt 95 % davon haben eine Viruslast unterhalb der Nachweisgrenze 0 % werden aufgrund ihrer Infektion diskriminiert.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-306	SPD Frohnau	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1072	1072	Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Verpflichtung zum Kita-Besuch auf 3 Jahre ausgeweitet wird	Die nach wie vor schlechten Werte in der Pisa-umfrage zeigen deutlich, dass in der Bildungspraxis in Berlin erheblicher Änderungs- und Unterstützungsbedarf besteht. Insbesondere die mangelhaften Deutschkenntnisse verhindern die gleichberechtigte Teilhabe von Kindern unabhängig von ihrer Herkunft. Die bisherigen Maßnahmen sind nicht ausreichend. Erfahrungen in den Nachbarländern haben gezeigt, dass Kinder gerade in jungen Jahren lernbegeistert sind. Spiel- und Lernfreude der Kinder sind daher mit vorschulischen Bildungsangeboten zu fördern. Mit dem verpflichtenden Kita-Besuch und der Veränderung der Kitas in Bildungseinrichtungen werden wichtige Weichen für die spätere Entwicklung des Kindes gelegt.
Ä-307	Jusos Berlin	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1072	1072	füge ein Z. 1072 hinter "verdienen": „unabhängig davon, ob sie eine Behinderung haben.	
Ä-308	SPD Frohnau	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1073	1073	Bildung ist Landesverantwortung: Die SPD setzt sich aktiv dafür ein, dass die Gesamtverantwortung und Leitung für die Weiterentwicklung von Bildung, vorschulische wie schulische und weiterführende Bildung auf Landesebene gebündelt und angesiedelt wird.	Bildungschancen sind auch in Berlin eng verknüpft mit der gesellschaftlichen Herkunft. In den Bezirken werden die Zugangsmöglichkeiten zu den unterschiedlichen Schultypen unterschiedlich ermöglicht, das führt zu Ungerechtigkeiten. Die SPD setzt sich dafür ein, dass jedes Kind die gleichen Bildungs- und damit Aufstiegschancen in unserer Gesellschaft. Dafür ist es erforderlich, die Verantwortung für die Berlinweit einheitliche Bildung auf Landesebene zu bündeln. Die Bezirke sind in der Verantwortung dieses Ziel umzusetzen und erhalten dann die dafür erforderlichen Mittel
Ä-309	SPD Frohnau	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1094	1094	Für einheitliche Mittel und deren Verwendung für den Kinderschutz in den Bezirken ist eine leitende, verantwortliche Landesstelle einzurichten.	Die Verantwortung allein in die Bezirke zu geben, fördert Ungleichbehandlungen aufgrund unterschiedlicher Auslegungen und parteipolitischer Präferenzen. Daher ist eine Landesstelle erforderlich, damit in allen Bezirken tatsächlich einheitlich nach den festgelegten und vereinbarten Zielen der Kinderschutz umgesetzt wird.
Ä-310	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1094	1094	Ergänzung nach „besser auszustatten“: „ , um die gesetzlichen Pflichten zur Hilfe erfüllen zu können“	
Ä-311	Abteilung 6/3 Lichterfelde-West	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1096	1096	Ergänze einen neuen Absatz: "Die aktuelle Finanzierungspraxis und den Finanzierungsschlüssel bei den Hilfen zur Erziehung reformieren wir so, dass kein Bezirk trotz hoher Bedarfe benachteiligt wird."	Die aktuelle Finanzierungspraxis führt dazu, dass bei der Verteilung der Mittel manche Bezirke mit einem geringeren Anteil von Ein-Eltern-Familien im SGB II-Bezug durch einen Schlüssel weniger Geld zugeteilt bekommen als andere. Dieser Schlüssel sagt aber nichts über die Bedarfe aus. Die Folge ist, dass in manchen Bezirken die HZE grundsätzlich unterfinanziert sind und ein strukturelles Defizit entsteht, das unter den aktuellen Haushaltsparametern nicht ohne weiteres auszugleichen ist und somit zu Lasten anderer Programme geht. Das ist ungerecht und muss dringend reformiert werden. Aktuelle Reformbemühungen sind leider gescheitert. Wir brauchen eine auskömmliche Finanzierung für alle Kinder und Jugendliche in Berlin.
Ä-312	SPD Frauen Berlin Landesvorstand	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1098	1098	Die Kitazeit ist die prägendste Zeit des Lebens und man kann sie nicht wiederholen. Wir wollen, dass es die bestmögliche Zeit wird, in der Kinder sicher und liebevoll ihre Welt erweitern und entdecken können.	
Ä-313	SPD Frauen Berlin Landesvorstand	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1099	1099	Füge ein hinter „Kinder.“: „Wir wollen mehr Zeit für individuelle Förderung, Beobachtung, Elterngespräche und Dokumentation der Fortschritte. Wir berücksichtigen deshalb verbindlich die mittelbare pädagogische Arbeit mit 30% im Personalschlüssel.“	

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-314	Abteilung Reinickendorf-Ost 12/07	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1099	1110	Der Entwurf für das Wahlprogramm der SPD Berlin wird wie folgt geändert: Zeilen 1099-1100: „Den besseren Schlüssel im U3-Bereich sichern wir dauerhaft. Im Ü3-Bereich senken wir ihn deutlich“ wird ersetzt durch „Hierfür werden wir das Ziel verfolgen, in der nächsten Legislaturperiode die wissenschaftlichen Empfehlungen für die Betreuungsschlüssel im U3 und Ü3-Bereich zu erreichen. Dabei werden wir auch eine Erhöhung der Fachkraft-Quote in den Kitas anstreben.“ Zeilen 1106-1107: „In allen Kitas sollen neben Sprachförderung auch musikalische Früherziehung und motorische Förderung angeboten werden.“ Wird ersetzt durch „Sprache ist der Schlüssel zur Welt. Deshalb wollen wir alle Kitas gezielt durch zusätzliches Fachpersonal stärken, insbesondere für die alltagsintegrierte Sprachbildung. Diese Fachkräfte werden nicht auf den Betreuungsschlüssel angerechnet und können auch für weitere Qualitätsverbesserungen genutzt werden, z.B. für musikalische Früherziehung, motorische Förderung oder mathematisch-naturwissenschaftliche Kompetenzen.“ Zeilen 1109-1110: „Wir stabilisieren ihre Finanzierung durch zusätzliche Investitionsmittel und berücksichtigen dabei schwankende Geburtenrate“ wird ersetzt durch „Wir stabilisieren ihre Finanzierung durch zusätzliche Investitionsmittel, berücksichtigen dabei schwankende Geburtenrate und ermöglichen mit den Eigenbetrieben ein wohnortnahes Kita-Angebot in allen Bezirken.“	Für die Lebensentwicklung von Kindern spielt eine gute frühkindliche Bildung eine entscheidende Rolle. Gleichzeitig gibt es eine Vielzahl von wissenschaftlichen Studien die belegen, dass der gesellschaftliche Gewinn bei Investitionen in die frühkindliche Bildung im Vergleich besonders hoch ist (u.a. Heckman). Mit Blick auf eine gerechte und solidarische Gesellschaft sind Investitionen in frühkindliche Bildung besonders effektiv, denn Kinder aus marginalisierten Familien profitieren überdurchschnittlich durch Verbesserungen. In Kitas wird der Grundstein für die Sprachbildung gelegt. Gelingt es uns, jede Kita durch zusätzliches Fachpersonal, welches nicht auf den Betreuungsschlüssel angerechnet wird, in die Lage zu versetzen, Kinder durch alltagsintegrierte Sprachbildung zu fördern, wäre das ein Meilenstein für Bildungslandschaft. Deshalb müssen wir als Berliner SPD einen besonderen Fokus auf die Kitas in unserer Stadt legen und uns ambitioniertere Ziele geben. In umfassend gestärkten Kitas wird sich die Fluktuation und der Personalausfall reduzieren – wir schaffen so Stabilität und Verlässlichkeit für Berliner Familien. Hierfür ist auch eine Erhöhung der Fachkraft-Quote relevant, hier hat Berlin noch Aufholpotential. Die aktuelle Entwicklung der Kinderzahlen schafft eine demografische Rendite, die für Qualitätsverbesserungen genutzt werden muss. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass überall in der Stadt für Familien ein gutes Angebot für frühkindliche Bildung verfügbar ist. Hierfür müssen wir bei Bedarf mit den Eigenbetrieben Sorge tragen.
Ä-315	SPD Frauen Berlin Landesvorstand	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1100	1100	ergänze hinter "deutlich": „und orientieren uns dabei am wissenschaftlich geforderten Standard. Wir sicher damit die Fachkräfte im System, die durch den Geburtenrückgang nicht mehr gegenfinanziert sind. In der Rahmenvereinbarung Tagespflege nehmen wir die entsprechenden Anpassungen vor.“	
Ä-316	SPD Frauen Berlin Landesvorstand	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Streichung	1101	1102	Streiche „Künftig berechnen wir [...] Ort ist.“ und streiche „Urlaub, Krankheit [...] zählen wir nicht mit.“	
Ä-317	SPD Frauen Landesvorstand	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1103	1103	ersetze: „zusätzliche Verbesserungen des Personalschlüssels“ durch: „eine Erhöhung des Personalzuschlages“	
Ä-318	SPD Frauen Berlin Landesvorstand	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1105	1106	ergänze hinter „werden“: „, dafür passen wir die Fachverfahren an.“	
Ä-319	SPD Frauen Berlin Landesvorstand	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1105	1106	Füge hinter dem Satz in Zeile 1105f: „Der Kita-Gutschein soll für den ohnehin [...]“ ein: „Die ab 2027 geplante Einführung des Partizipationszuschlags erleichtern wir für die Familien. Wir automatisieren die Abfrage einer berlinpass-BuT-Berechtigung bei der Beantragung des Kitagutscheins. Damit entlasten wir Familien und Kitaleitungen gleichermaßen.“	
Ä-320	SPD Frauen Berlin Landesvorstand	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Streichung	1107	1107	Füge ein in Zeile 1107 hinter „werden.“: „Für die Sprachförderung führen wir den Personalzuschlag „nicht deutscher Herkunftssprache“ (ndH) wieder ein.“	
Ä-321	SPD Frauen Berlin Landesvorstand	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1110	1110	Füge ein in Zeile 1110 hinter „Geburtenraten.“: „Den Trägereigenanteil schaffen wir ab.“	
Ä-322	SPD Frauen Berlin Landesvorstand	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1111	1111	Füge ein in Zeile 1111 als neuer Absatz vor dem nächsten Abschnitt: „Demokratie beginnt in der Kita. Wir stärken Elternrechte durch eine konsequente Berücksichtigung von Elternvertretungen in relevanten Entscheidungsprozessen. Die bestehenden Strukturen stärken wir durch klare Kommunikation mit den Bezirken und die Einrichtung von Geschäftsstellen für die Bezirkseleveln und den Landeselternausschuss.“	
Ä-323	AfB	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1113	1113	Ersetze den ersten Satz durch: "Weil der Übergang von Kita in die Schule für viele Familien eine anspruchsvolle Phase ist, schaffen wir Verbesserungen durch verbindliche Kooperationsstrukturen, gemeinsame Diagnostik und Übergangskonzepte."	

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-324	Abteilung 02/13 Samariter- /Boxhagener Kiez	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1113	1115	Immer mehr Kinder in Berlin sind auf den Schulbeginn nicht ausreichend vorbereitet, weil sie keine Kita besuchen. Sie können nicht ausreichend Deutsch und sind damit schon zu Schulbeginn benachteiligt. Deshalb setzen wir auf einen Systemwechsel: Ab dem 4. Geburtstag wird der Kitabesuch verpflichtend – Ausnahmen sind auf Antrag möglich, wenn nachgewiesen wird, dass der Spracherwerb des Kinders altersgemäß ist	Berliner Erstklässler haben inzwischen mehrheitlich einen Migrationshintergrund. Obwohl 90 Prozent von ihnen in Deutschland geboren wurden, hat die Hälfte mehrere kombinierte Sprachdefizite. Das ist für diese Kinder ein enormer Chancennachteil und für die Lehrer*innen eine große Herausforderung für den Lese- und Schreibunterricht. Für die Sprachkompetenz ist der Kitabesuch entscheidend: Mit 2 Jahren Kitabesuch liegen die kombinierten Sprachprobleme bei 27 Prozent, ohne Kitabesuch bei 82 Prozent. Die Einschulungsuntersuchungen von 2023 zeigen deutlich, dass ein Kitajahr nicht ausreicht. Leider besuchen aber weiterhin 4 % der Kinder noch nicht mehr ein Jahr eine Kita vor der Schule und noch viel mehr Kinder keine zwei Jahre die Kita. Neben der Sprachentwicklung haben die Kinder, die keine Kita besuchen, weitere deutliche Defizite in der motorischen Entwicklung, Selbstständigkeit und auch in ihrer gesellschaftlichen Integration gegenüber den Kindern, die in die Kita gegangen sind. Das aktuelle Kita-Pflichtjahr vor der Kita ist daher nicht ausreichend und zudem nicht funktional, der Staat kann es kaum durchsetzen: Zunächst muss mit einer Sprachstandserhebung nachgewiesen werden, dass ein Kind die Kita besuchen muss. Danach muss der Staat versuchen, die Kita-Pflicht einzufordern. Es soll daher künftig umgekehrt laufen: Alle Kinder soll ab dem 4. Geburtstag grundsätzlich Kita-pflichtig werden. Das erleichtert es dem Staat deutlich, die Kitapflicht durchzusetzen. Um die grundgesetzlich garantierte Wahlfreiheit und Erziehungsfreiheit der Eltern zu erhalten, soll auf Antrag der Eltern eine Befreiung von der Pflicht möglich werden – sofern die Kinder sprachlich und motorisch altersgemäß entwickelt sind. Die Beweispflicht liegt dann künftig nicht mehr beim Staat, sondern bei den Eltern.
Ä-325	SPD Frauen Berlin Landesvorstand	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Streichung	1113	1114	Streiche in Zeile 1113f. den Satz: „Wir setzen alles daran [...] umgesetzt wird.“	
Ä-326	SPD Frauen Berlin Landesvorstand	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1116	1116	füge in Zeile 1116 hinter „können.“: „Dafür setzen wir die Personalschlüsselverbesserungen konsequent um, damit die Kinder die bestmögliche frühkindliche Bildung erhalten. Messungen und Beobachtungsinstrumente unterstützen den Prozess, bei dem das Kind und seine Interessen im Zentrum steht. Das Berliner Bildungsprogramm und den Prozess der Weiterentwicklung evaluieren wir.“	
Ä-327	AfB	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1117	1117	Jedes Kind bekommt eine frühzeitige Sprachförderung. Wir führen verpflichtende Sprachstandfeststellungen ein und stellen sicher, dass Kinder mit Förderbedarf vor der Einschulung gezielt unterstützt werden. Kitas in schwierigen Lagen erhalten ein zusätzliches Sprachförderangebot angelehnt an das 2025 ausgelaufene Programm „Sprach-Kitas“.	Die Relevanz des Themas Sprachförderung sowie die breite der dazu vorhandenen SPD Ideen wird nicht hinreichend abgebildet.
Ä-328	Abteilung 6/3 Lichterfelde-West	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1117	1117	Ersetze "Bei Bedarf unterstützen wir" durch "Wir unterstützen"	Selbsterklärend
Ä-329	Kreis Mitte	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1117	1118	Kitas mit einem hohen Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Herkunftssprache oder einem herausfordernden sozialen Umfeld unterstützen wir gezielt mit zusätzlicher Sprachförderung. Dabei orientieren wir uns am 2025 ausgelaufenen Programm Sprach-Kitas.	Präzisierung
Ä-330	Jusos Berlin	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1120	1120	füge ein Z. 1120 hinter "begreifen": Hier wollen wir inklusive Orte schaffen, die für alle Eltern offen sind.	
Ä-331	AfB	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1125	1125	Damit sich Kita und Ganzttag von einem Betreuungsangebot zu einem echten Bildungsangebot entwickeln, etablieren wir Bewegung als Qualitätsmerkmal und verankern hochwertige Bewegungs- , Spiel - und Sportangebote im täglichen Angebot. Dazu stärken wir die bewegungs- und sprachpädagogischen Kompetenzen des pädagogischen Personals und bauen Kooperationen mit externen Angeboten wie Sportvereinen aus.	
Ä-332	Kreis Mitte	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1126	1127	Wir wollen Bewegung als Qualitätsmerkmal im Berliner Bildungssystem verankern. Kita - und Ganztagsbetreuung sollen dafür nicht nur verlässliche Betreuungsplätze sein, sondern echte Bildungszeit mit klaren Qualitätsstandards, pädagogischen Inhalten und Wirkung. Dazu etablieren wir Bewegung als festen Bestandteil der Qualitätsentwicklung in Kita, Schule und Ganzttag und verankern tägliche hochwertige Bewegungs -, Spiel - und Sportangebote an Ganztagsgrundschulen strukturell im Bildungstag . Dazu stärken wir die bewegungs- und sportpädagogische Kompetenzen des pädagogischen Personals und bauen Kooperationen mit externen Angeboten beziehungsweise mit Sportvereinen aus.	Präzisierung
Ä-333	SPD Frohnau	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Streichung	1128	1129	Streichung: Dafür führen wir in einem Wahlpflichtfach das Thema Empathie ein.	Ethik als Vermittlung unserer gesellschaftlichen Werte ist ausreichend.
Ä-334	Jusos Berlin	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1128	1128	füge ein hinter "Spielplätze": ,die inklusiv sein sollen	

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-335	Abteilung 6/3 Lichterfelde-West	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1129	1129	Ergänze zwischen "gute" und "Spielplätze": "und inklusive"	Nicht alle Spielplätze haben barrierearme Angebote für Kinder mit Beeinträchtigungen. Hier gibt es aber bereits viele tolle Möglichkeiten, um Spielplätze baulich inklusiver zu gestalten. Dies wollen wir zum Standard erheben.
Ä-336	SPD Hufeisensiedlung, Abteilungssitzung 17.03.2026	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1135	1135	Kinder- und Jugendverbände haben für uns dabei einen prioritären Stellenwert in der Förderung und Unterstützung ihrer Arbeit.	Innerhalb dem Gesamtbeschluss für die Kinder- und Jugendarbeit sollten wir die Kinder- und Jugendverbände als Orte der Demokratiebildung und Selbstbestimmung besonders hervorheben.
Ä-337	Abteilung 01/06 SPD Moabit-Nord	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1139	1139	Füge hinter dem Wort „wir“ die Worte „langfristig und im Gesetzesrang“ ein, sodass der Satz daraufhin lautet: „Hierfür schaffen wir langfristig und im Gesetzesrang die finanziellen und personellen Voraussetzungen[...]“	
Ä-338	SPD Hufeisensiedlung, Abteilungssitzung 17.03.2026	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1140	1140	Dazu gehört auch, dass Kinder- und Jugendverbände wieder gebührenfrei die Liegenschaften der öffentlichen Schulen nutzen können sollten.	Gebührenfreie Nutzung von öffentlichen Einrichtungen ist eine wichtige Erleichterung der Arbeit von Kinder- und Jugendverbänden. Allerdings stellen nicht alle Bezirke beispielsweise schulische Liegenschaften nachmittags oder am Wochenende den Kinder- und Jugendverbänden kostenlos zu Verfügung, selbst wenn die Liegenschaften eigentlich frei und nutzbar wären.
Ä-339	SPD Fachausschuss Jugend und Familie	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1150	1150	verbleibt als Zwischenüberschrift	dieser Schritt erscheint uns logisch
Ä-340	Jusos Berlin	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1150	1150	ergänze Z. 1150 hinter inklusiven: und barrierefreien	
Ä-341	SPD Fachausschuss Jugend und Familie	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1152	1152	Berlin braucht eine Jugendstrategie. Diese werden wir gemeinsam mit jungen Menschen erarbeiten und die Ergebnisse konsequent umsetzen	wir wollen die bewährten Ergebnisse und Forderungen sozialdemokratischer Jugendpolitik fortsetzen und umsetzen
Ä-342	Jusos Berlin	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1152	1152	ersetze "Kinder" durch: alle Kinder inklusiv	
Ä-343	SPD Fachausschuss Jugend und Familie	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1157	1157	diese sichern wir finanziell dauerhaft ab	wir haben durch Nicht-Absicherung von Kinder- und Jugendarbeit und Nicht-Zahlung von Tarifen eine totale Verunsicherung und Chaos, großen Demonstrationen erreicht.
Ä-344	SPD Fachausschuss Jugend und Familie	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1157	1158	wir begrüßen dies und bauen in der nächsten Legislaturperiode auch auf Landesebene Strukturen der selbstorganisierten Interessensvertretung von und mit Kindern und Jugendlichen auf, die mit auskömmlichen personellen und sächlichen Ressourcen ausgestattet werden. Wir schreiben verbindliche Beteiligungsrechte junger Menschen auf Landes- und Bezirksebene fest und werden eine*n unabhängigen Beauftragten für die Belange von Kindern und Jugendlichen einsetzen	Wir finden es sinnvoll diese wichtigen Beteiligungen von Kinder und Jugendlichen zu qualifizieren und effektiv finanziell und sächlich auszustatten. Wir brauchen nachhaltige Lösungen und keine vielleicht öffentlichkeitswirksame Show-Aktivitäten
Ä-345	Landesvorstand SPD Frauen Berlin	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1158	1158	Einfügen nach Absatz zur Beteiligung von jungen Menschen / Kinder- und Jugendparlament (Zeile 1158) : "Wir schaffen eine unabhängige Kinderbeauftragte für Berlin, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen vertritt und politische Vorhaben auf ihre Auswirkungen auf junge Menschen prüft. So stärken wir Kinderrechte verbindlich in allen Politikfeldern und sichern echte Beteiligung."	Mehrere Bundesländer haben bereits unabhängige Stellen zur Wahrung der Rechte und Interessen von Kindern und Jugendlichen eingerichtet und damit gute Erfahrungen gemacht. So verfügen etwa Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Hessen über Kinder- und Jugendbeauftragte bzw. vergleichbare Institutionen auf Landesebene. Diese Stellen wirken dort als unabhängige Ansprechpartner für junge Menschen, prüfen politische Vorhaben auf ihre Auswirkungen auf Kinderrechte, geben fachliche Empfehlungen und stärken Beteiligung strukturell. Die Praxis zeigt: Wo Kinderrechte institutionell verankert sind, werden politische Entscheidungen nachhaltiger, gerechter und generationenübergreifend tragfähiger. Berlin sollte deshalb diesem bewährten Modell folgen und ebenfalls eine unabhängige Kinderbeauftragte einrichten, um Kinderrechte systematisch zu sichern und die Perspektiven junger Menschen verbindlich in allen Politikfeldern zu berücksichtigen.
Ä-346	Jusos Berlin	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1158	1158	füge ein Z. 1158 hinter "ein": Hierbei sorgen wir dafür, dass alle Kinder und Jugendliche daran teilhaben können. Die Kostenübernahme für Gebärdensprachdolmetscher*innen im Kinder- und Jugendparlament Charlottenburg-Wilmersdorf ist hier Vorbild.	
Ä-347	Jusos Berlin	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1158	1158	Z. 1158 füge am Ende ein: Darüber hinaus setzen wir einen Ring politischer Jugend ein, um die demokratischen politischen Jugendverbände in unserer Stadt zu stärken.	
Ä-348	Mitgliederversammlung Abteilung 06/04 Lichterfelde-Ost und - Süd	Sicherheit für ein gutes Leben	Ergänzung	1158	1158	Hinter Zeile 1158 ergänzen: „Wir begrüßen dies und bauen in der nächsten Legislaturperiode auch auf Landesebene Strukturen der selbstorganisierten Interessensvertretung von und mit Kindern und Jugendlichen auf, die mit auskömmlichen personellen und sächlichen Ressourcen ausgestattet werden. Wir schreiben verbindliche Beteiligungsrechte junger Menschen auf Landes- und Bezirksebene fest und werden eine*n unabhängigen Beauftragten für die Belange von Kindern und Jugendlichen einsetzen.“	Der Abschnitt bedarf neben grundsätzlichen Positionierungen und positiven Hervorhebungen vorhandener Strukturen auch einer Konkretisierung und Qualifizierung besonders im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung. Die Erfahrungen mit den bezirklichen Strukturen zeigen, dass die Langfristigkeit und die Wirksamkeit – und hierfür die Ressourcen – sichergestellt werden müssen. Eine Vorfestlegung auf ein landesweites Format ohne Qualitätsmerkmale und Einbeziehung der Zielgruppe ist vor diesem Hintergrund eher kontraproduktiv und stößt auch in der Fachpraxis auf Kritik.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-349	12/04 Heiligensee/Konradshöhe/Tegelort	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1164	1164	Ergänze: „Aufstiegsversprechen heißt aber auch, dass sich alle Schüler:innen in beruflichen Schulen und -Bildungsgängen so weiter qualifizieren können, dass sie die jeweiligen Abschlüsse bis zum Abitur erreichen können.“	Im vorliegenden Wahlprogramm fehlt (fast wie immer) ein entscheidender Hinweis auf die Möglichkeiten, die sich im berufsbildenden Schulwesen Berlins ergeben. Der Zusatz nach Zeile 1164 soll diesen Mangel ausgleichen und auf die Fördermöglichkeiten insbesondere der Oberstufenzentren hinweisen.
Ä-350	Mitgliederversammlung Abteilung 06/08 Seenplatte	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1164	1164	Ergänze nach Z 1164 „Unser Aufstiegsversprechen heißt aber ausdrücklich auch, dass alle Schülerinnen und Schüler der berufsfeldorientierten Oberstufenzentren oder anderer beruflicher Bildungsgänge sich an Fachoberschulen, Berufsoberschulen, Beruflichen Gymnasien oder Fachschulen entsprechend ihrer Interessen und Fähigkeiten so weiter qualifizieren können, dass sie die Fachhochschulreife, das berufsfeldorientierte oder das allgemeine Abitur erreichen können.“	Im vorliegenden Wahlprogramm fehlt (fast wie immer) ein entscheidender Hinweis auf die Möglichkeiten, die sich im berufsbildenden Schulwesen Berlins ergeben. Der Zusatz nach Zeile 1164 soll diesen Mangel ausgleichen und auf die Fördermöglichkeiten insbesondere der Oberstufenzentren hinweisen.
Ä-351	SPD Hufeisensiedlung, Abteilungssitzung 17.03.2026	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1164	1164	Unser Ziel ist die vollständige Überwindung des mehrgliedrigen Schulsystems – eine Schule für alle. In der Zwischenzeit gilt:	Dem Bildungskapitel fehlt eine langfristige Vision. Welches Schulsystem streben wir dauerhaft an. Für uns ist klar: die Vision ist, die Gemeinschaftsschule für alle zu verwirklichen. Viele der im Wahlprogramm enthaltenen Vorschläge tragen zu mehr Bildungsgerechtigkeit und längerem gemeinsamen Lernen bei. Der vorangestellte Änderungsvorschlag ergänzt diese Maßnahmen um eine passende Vision.
Ä-352	SPD Frohnau	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1169	1169	Die SPD wird die Gemeinschafts-/Gesamtschulen stärken mit einem bezirks- und landesweit einheitlichen Ausbau der integrierten Oberstufe und Umwandlung derjenigen grundständigen Gymnasien in integrierten Sekundarschulen/ Gesamtschulen, die nicht nachgefragt werden.	Damit an jedem Standort, in jedem Bezirk das Bildungs- und Aufstiegs- Versprechen unabhängig von der sozialen Herkunft umgesetzt wird, ist eine landesweite verantwortliche Steuerung ebenso unerlässlich wie in allen Bezirken dafür zu sorgen. Deutlich wird dies im Bezirk Reinickendorf, wo den wenigen Sekundarschulen die weitere Stufe zur Hochschulreife nicht gestattet wird, mit der Folge, dass Kinder, die ihr Abitur in 13 Jahren machen möchten keinen Platz in den beiden Sekundarschulen mit integrierter Oberstufe bekommen. Dagegen melden die grundständigen Gymnasien einen Rückgang an Anmeldungen. Daher sind diese in integrierte Sekundarschulen umzuwandeln.
Ä-353	Mitgliederversammlung Abteilung 06/08 Seenplatte	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1170	1173	Ersetze: „Zugleich sichern wir die soziale Offenheit der Gymnasien, indem wir das Aufnahmeverfahren beim Notendurchschnitt, den einbezogenen Fächern und der wissenschaftlichen Belastbarkeit des Eignungstests anpassen und diese Regeln auf grundständige Gymnasien übertragen.“ Durch: „Zugleich sichern wir die soziale Offenheit der Gymnasien, indem wir das Aufnahmeverfahren nach Notendurchschnitt abschaffen und das Probejahr an Gymnasien wieder einführen.“	Ersetze: „Zugleich sichern wir die soziale Offenheit der Gymnasien, indem wir das Aufnahmeverfahren beim Notendurchschnitt, den einbezogenen Fächern und der wissenschaftlichen Belastbarkeit des Eignungstests anpassen und diese Regeln auf grundständige Gymnasien übertragen.“ Durch: „Zugleich sichern wir die soziale Offenheit der Gymnasien, indem wir das Aufnahmeverfahren nach Notendurchschnitt abschaffen und das Probejahr an Gymnasien wieder einführen.“
Ä-354	Abt 15 SPD Pankow	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1173	1173	Das Anmeldeverfahren zu weiterführenden Schulen ab Klasse 7 wollen wir im Sinne der Familien einer kritischen Prüfung unterziehen.	Das Anmeldeverfahren zu weiterführenden Schulen ab Klasse 7 steht immer wieder in der Kritik und belastet Eltern und Schüler:innen.
Ä-355	Mitgliederversammlung Abteilung 06/08 Seenplatte	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1173	1173	Ergänze hinter „übertragen“ „Wir schaffen den organisatorischen Rahmen und leiten die entsprechenden politischen Maßnahmen ein, die Gemeinschaftsschule als Standard-Schulform Berlins bis 2035 zu etablieren und die Umwandlung anderer Schulformen mit Ausnahme der Oberstufenzentren in Gemeinschaftsschulen durch mindestens eine Umwandlung in jedem Bezirk im Jahr zu erreichen.“	Ersetze: „Zugleich sichern wir die soziale Offenheit der Gymnasien, indem wir das Aufnahmeverfahren beim Notendurchschnitt, den einbezogenen Fächern und der wissenschaftlichen Belastbarkeit des Eignungstests anpassen und diese Regeln auf grundständige Gymnasien übertragen.“ Durch: „Zugleich sichern wir die soziale Offenheit der Gymnasien, indem wir das Aufnahmeverfahren nach Notendurchschnitt abschaffen und das Probejahr an Gymnasien wieder einführen.“
Ä-356	Abteilung Borsigwalde/Tegel-Süd vom 16. März 2026	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1175	1178	Im Bereich „Schule, berufliche Bildung, lebenslanges Lernen“ (Zeile 1175) wird ergänzt: Wir wollen, dass mit einem Schulabschluss auch das Sprachniveau C1 vorhanden ist. Dadurch kann erreicht werden, dass Ausbildungen oder Studiengänge erfolgreich absolviert werden. Die Förderung der Fachsprache und der Bildungssprache an Berliner Oberschulen (Sekundarstufen I/II) werden wir verstärken, um den Bildungserfolg zu sichern.	Es zeigt sich, dass nicht die Zuwanderung das Problem im Bildungsbereich verschärft, sondern die unzureichende Integration der Kinder bildungsferner Familien. Die Sprachförderung muss deshalb bereits bei der frühkindlichen Bildung beginnen und bis zum Verlassen der Schule fortgesetzt werden. Gute Deutschkenntnisse gelten den Unternehmen als zentrale Voraussetzung für eine Lehre. Immer mehr Schulabgänger können sich kaum adäquat artikulieren. Dadurch werden trotz des großen Fachkräftemangels viele Ausbildungsplätze nicht besetzt. Außerdem bricht jeder vierte Lehrling die Lehre ab.
Ä-357	Fachausschuss II EU-Angelegenheiten (Vorstand)	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1175	1176	Wir bekennen uns zur Staatlichen Europa-Schule Berlin (SESb) und setzen uns dafür ein, alle SESb-Standorte zu erhalten sowie neue Standorte und Sprachkombinationen zu eröffnen.	

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-358	Abteilung Borsigwalde/Tegel-Süd vom 16. März 2026	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1176	1176	Im Bereich „Schule, berufliche Bildung, lebenslanges Lernen“ (Zeile 1176) wird ... Freien Schulen, ... Ersetzt durch: ... Privaten Schulen, ...	Es gibt in Deutschland ausschließlich staatliche Schulen und Schulen in privater Trägerschaft. In unserem Wahlprogramm sollten wir ideologische Begriffe vermeiden.
Ä-359	SPD Hufeisensiedlung, Abteilungssitzun 17.03.2026	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Streichung	1176	1179	Streiche den gesamten Absatz ab "Auch an Privatschulen"	Wir sollten als SPD die grundsätzliche Abschaffung von Privatschulen verfolgen. Ein Absatz zur Förderung von Privatschulen ist daher fehl am Platz.
Ä-360	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1177	1177	Ergänze nach „Vollfinanzierung“: „Die Erhebung von Schulgeld wird in der Folge an allen Privatschulen untersagt.“	Die Vollfinanzierung ist eine wichtige Initiative, um Schulen in privater Trägerschaft zu fördern und damit die Vielfalt des Berliner Schulsystems zu erhalten. Um die für Privatschulen typische soziale Selektion zu unterbinden, muss in der Folge die Erhebung von Schulgeld aber grundsätzlich untersagt sein.
Ä-361	AG Selbst Aktiv	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1180	1185	Mehr Inklusion in die Regelschulen bringen Wir stehen für inklusive Bildung und gemeinsames Lernen von Anfang an. Daher wollen wir die Regelschulen in die Lage versetzen, ihren Bildungsauftrag für ein chancengerechtes gemeinsames Lernen zu erfüllen. Wir sorgen für ausreichende sonderpädagogisch qualifizierte Lehr- und Fachkräfte. Dazu gehört auch der Ausbau inklusiver Schwerpunktschulen. Die Zahl der sonderpädagogischen Förderzentren wird nicht erweitert, vielmehr erfahren sie eine systematische Transformation zugunsten inklusiver Lösungen. Dafür erarbeiten wir einen verbindlichen 10-Jahres-Plan. So verhindern wir den Beginn lebenslanger Exklusionsketten in Sondersystemen. Zur Nichtbeschulung von derzeit 2500 Schüler*innen in Berlin erarbeiten wir zügig eine Strategie unter der Beteiligung der Interessenverbände sowie der AG MmB SenBJF.	Wir müssen deutlich machen, dass wir das gesamte Schulsystem im Blick haben und dieses als Ganzes inklusiv gestalten wollen. Inklusion geht vor lebenslangen Sonderwegen! Es reicht nicht aus, nur Teilaspekte des Schulsystems zu benennen. Wir müssen die UN-Behindertenrechtskonvention einhalten!
Ä-362	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1181	1181	Ergänze nach „aus“: „und sorgen für eine gleichmäßige Verteilung der Förderschwerpunkte in ganz Berlin“	Als Begründung dient zum einem die aktuelle Beschlusslage (angenommener Antrag 50/II/2024 vom LPT Mai 2025) und zum anderen die UN-Behindertenrechtskonvention, die seit 2009 auch in Deutschland gilt.
Ä-363	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1182	1182	Ersetze „pädagogische Unterrichtshilfen stärken“ mit „auf multiprofessionelle Teams setzen und den Personalschlüssel erhöhen“	Als Begründung dient zum einem die aktuelle Beschlusslage (angenommener Antrag 50/II/2024 vom LPT Mai 2025) und zum anderen die UN-Behindertenrechtskonvention, die seit 2009 auch in Deutschland gilt.
Ä-364	Jusos Berlin	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1182	1182	füge ein Z. 1182 hinter ermöglichen: Ebenso treiben wir die Einführung des Wahlfachs „Deutsche Gebärdensprache“ (DGS) weiter voran.	
Ä-365	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1183	1185	Ersetze „Gleichzeitig würdigen wir die wichtige Arbeit der sonderpädagogischen Förderzentren. Sie bleiben ein qualitativ hochwertiges Angebot für Kinder, die nicht an einer inklusiven Regelschule lernen können oder wollen.“ mit „Sonderpädagogische Förderzentren sollen zu inklusiven Schwerpunktschulen weiterentwickelt werden, um allen Kindern gemeinsames Lernen zu ermöglichen.“	Als Begründung dient zum einem die aktuelle Beschlusslage (angenommener Antrag 50/II/2024 vom LPT Mai 2025) und zum anderen die UN-Behindertenrechtskonvention, die seit 2009 auch in Deutschland gilt.
Ä-366	AfB	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1185	1186	Wir setzen einen Schulentwicklungsplan für berufliche Schulen um. Wir stärken notwendige Strukturen, die Qualität und Schulentwicklung beruflicher Schulen verantworten. Ein Landesinstitut für berufliche Schulen steuert die Qualität und Weiterentwicklung.	
Ä-367	AfB	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1191	1191	Nach Satzende: Dazu bauen wir regelmäßige Lernstandserhebungen, Schulfeedbacksysteme und Qualitätsmonitoring aus.	
Ä-368	AfB	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1192	1192	Dafür entwickeln wir die Schulaufsicht und Unterrichtsentwicklung weiter und qualifizieren Schulleitung und Führungskräfte für die Wahrnehmung ihrer umfassenden Aufgaben in einer eigenständigen und demokratischen Schule.	
Ä-369	AfB	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1192	1192	Dafür entwickeln wir die Schulaufsicht und Unterrichtsentwicklung weiter und qualifizieren Schulleitung und Führungskräfte für die Wahrnehmung ihrer umfassenden Aufgaben in einer eigenständigen und demokratischen Schule, besonders mit Blick auf die Nutzung von Schuldaten.	Der fast identische ÄA wurde voreilig eingetragen und kann ignoriert werden. Diese Fassung ermöglicht eine kürzere Darstellung mit Blick auf den ÄA zu den vorangehenden Zeilen.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-370	Abteilung 01/06 SPD Moabit-Nord	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1192	1192	Ergänze nach dem Satz „Dafür entwickeln wir Schulaufsicht und Unterrichtsentwicklung weiter.“ folgenden Satz: „Die Doppelrolle der heutigen Berliner Schulaufsicht aus Kontrollinstanz und gleichzeitiger Linienverantwortung muss aufgelöst und die Schulaufsicht als echte Kontrolle und Beschwerdestelle unabhängig gestellt werden.“	
Ä-371	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1212	1212	Ergänze nach „Queeres Berlin“: „Für geflüchtete Kinder stellen wir sicher, dass der Schulbesuch nach 2 Monaten an einer Regelschule erfolgt.“	
Ä-372	Jusos Berlin	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1212	1212	Ergänze in Z. 1212 nach "haben": "Wir setzen uns darüber hinaus für die Schaffung von mehr Stellen von Schulsozialarbeiter*innen ein."	
Ä-373	AfB	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1230	1231	Wir stärken Schüler*innenvertretungen und den wöchentlichen Klassenrat als Instrumente für Partizipation, demokratische Praxis und Konfliktlösung.	
Ä-374	AfB	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1241	1242	Digitale Bildung ist unverzichtbar. Wir stärken Medienkompetenz, kritischen Umgang mit sozialen Medien, KI-Kompetenzen und digitale Verantwortung als festen Bestandteil schulischer Bildung. Dafür entwickeln wir einen neuen Rahmenlehrplan Digitales. [...]	
Ä-375	Jusos Berlin	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1245	1245	Z. 1245 füge ein hinter kennenlernen: „Hierbei soll auch die Relevanz der Digitalisierung für die Barrierefreiheit herausgestellt werden“	
Ä-376	Jusos Berlin	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1247	1248	Z. 1247 ersetze ab "ein" bis Z. 1248 "durch" durch uns für eine kritische Auseinandersetzung mit der Handynutzung in Schulen ein. Dabei steht für uns der Schutz der Schüler*innen im Mittelpunkt. Wir schaffen rechtssichere Handlungsempfehlungen und Regelungen für Schulen, die unter anderem Möglichkeiten für die Einschränkung der Handynutzung nach festen Kriterien bieten können.	
Ä-377	AfB	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1250	1250	Nach Satzende: Als Voraussetzung einer robusten IT priorisieren wir im Kontext der Infrastrukturinvestitionen (Verweis auf Kapitel "Investitionen in eine funktionierende Stadt") eine stabile Internetversorgung der Schulen.	
Ä-378	AfB	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1255	1256	Wir werden die Anerkennung und Gleichstellung der wertvollen Berufserfahrung von Lehrkräften mit internationalen Qualifikationen erleichtern, indem wir länderübergreifend vereinbarte Spielräume nutzen und uns für Flexibilisierung der Sprachanforderungen einsetzen. Auch Referendar*innen wollen wir einen guten Start ins Berufsleben ermöglichen. Im Sinne der Entlastung nehmen wir daher die kürzlich erfolgte Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung zurück und sorgen für eine gute Mischung zwischen Praxis und Theorie in der zweiten Phase.	
Ä-379	Kreis Mitte	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1256	1257	[...] ,indem wir länderübergreifend vereinbarte Spielräume nutzen und uns für Flexibilisierung der Sprachanforderungen einsetzen. Auch Referendar*innen wollen wir einen guten Start ins Berufsleben ermöglichen. Im Sinne der Entlastung nehmen wir daher die kürzlich erfolgte Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung zurück und sorgen für eine gute Mischung zwischen Praxis und Theorie in der zweiten Phase.	Präzisierung
Ä-380	AfB	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1270	1270	Ersetze die Zahlenangabe "30.000" [neue Schulplätze] durch "50.000"	Redaktionell. Tatsächlich wurden im Rahmen der BSO bereits 50.000 neue Schulplätze geschaffen. Die Zahl 30.000 ist demnach veraltet und sollte durch die neuere und für uns bessere Angabe ersetzt werden.
Ä-381	AG Selbst Aktiv	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1270	1270	 Schulplätze geschaffen. Wir ändern die Musterraumprogramm FZ GE, um ein vollständig inklusives Schulsystem zu erreichen.	Wir müssen auch das Wie erklären, damit wir glaubhaft sind. Da es sich hier um "Stein auf Stein"-Arbeiten handelt, braucht es diese planerischen Maßnahmen von Anfang an, ansonsten schreiben wir unzureichende Zustände jahrzehntelang fort
Ä-382	AfB	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1281	1284	Jugendberufsagentur und Jugendberufshilfe entwickeln wir weiter, damit alle Jugendlichen Anschluss und Abschluss erreichen. Berufsorientierung beginnt ab der Grundschule. Deshalb bauen wir BO-Teams aus. Ein besonderer Augenmerk gilt auf Schulen mit sonderpädagogischen Förderschwerpunkt, bzw. Schüler*innen mit besonderen Förderbedarfen (Inklusive BO). Wir stärken dafür die derzeitigen Angebote und Kooperationen im Rahmen der Sekundarstufen I und II und fördern die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Wirtschaft, um die duale Ausbildung sichtbar zu machen.	

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-383	Kreis Mitte	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1281	1284	[...] wir BO-Teams aus. Insbesondere gilt hier auch ein Augenmerk auf Schulen mit sonderpädagogischen Förderschwerpunkt, beziehungsweise Schülerinnen und Schüler mit besonderen Förderbedarfen (Inklusive BO). Wir stärken dazu die derzeitigen Angebote und Kooperationen im Rahmen der Sekundarstufen I und II und fördern die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Wirtschaft, um die duale Ausbildung sichtbar zu machen.	Wir sollten an dieser Stelle nicht ausschließlich auf strukturelle Bedingungen von beruflicher Orientierung hinweisen, sondern ebenfalls auch (umfangreich existierende) operative Ansätze in und für Schulen erwähnen. Schon derzeit ist das Landeskonzzept für Berufliche Orientierung operative Grundlagen einer umfangreichen Umsetzung. Der Begriff BSO ist zu ersetzen, weil er im Wording nicht mehr dem derzeitigen Stand entspricht.
Ä-384	08 in 08	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1285	1286	Der Landesparteitag möge beschließen: Wir fordern daher einen Schulentwicklungsplan für die beruflichen Schulen, eine moderne technische und räumliche Ausstattung sowie ausreichend qualifizierte Lehrkräfte. Um die Qualität und Weiterentwicklung der beruflichen Bildung dauerhaft zu sichern, brauchen wir die Gründung eines Landesinstituts für berufliche Schulen, welches bei der Senatsverwaltung für Bildung verankert ist.	Begründung: Die berufliche Bildung in Berlin steht vor großen Herausforderungen: Fachkräftemangel, Lehrkräftemangel, eine wachsende Heterogenität der Schülerschaft sowie eine bislang unzureichende Verzahnung von Schule, Übergangssystem und Betrieben. Gleichzeitig sind Zuständigkeiten zersplittert, Abstimmungsprozesse oft langwierig und eine strategische Gesamtsteuerung fehlt. Dadurch bleiben notwendige Reformen zu häufig stecken oder entfalten nicht die nötige Wirkung. Um die berufliche Bildung zukunftsfest aufzustellen, braucht Berlin klare Strukturen, mehr Verbindlichkeit und eine stärkere strategische Steuerung. Die Gründung eines Landesinstituts für berufliche Bildung ist deshalb ein entscheidender Schritt. Es bündelt Kompetenzen, beschleunigt Entwicklungsprozesse und sorgt dafür, dass Innovationen schneller in den beruflichen Schulen ankommen. Das Landesinstitut ist notwendig, um die berufliche Bildung ganzheitlich zu denken: von der Berufsorientierung über die Berufsvorbereitung bis hin zur dualen und vollschulischen Ausbildung sowie den Übergängen in Beschäftigung und Weiterbildung. Ziel ist ein kohärentes Gesamtsystem, das junge Menschen verlässlich begleitet und gleichzeitig den Fachkräftebedarf der Berliner Wirtschaft besser adressiert. Dabei geht es ausdrücklich nicht um zusätzliche Bürokratie, sondern um bessere Steuerung und wirksamere Unterstützung. Durch eine klare Verankerung bei der Senatsverwaltung für Bildung und verbindliche Beteiligungsstrukturen mit Schulen, Kammern, Sozialpartnern und Wissenschaft wird sichergestellt, dass alle relevanten Akteure eingebunden sind und gemeinsam Verantwortung tragen. Gleichzeitig stärkt ein Landesinstitut die beruflichen Schulen in ihrer Eigenständigkeit. Es schafft verlässliche Unterstützung, ermöglicht mehr Flexibilität vor Ort und verbessert die Rahmenbedingungen für pädagogische und strukturelle Weiterentwicklung. So entsteht ein ausgewogenes Zusammenspiel aus strategischer Steuerung auf Landesebene und größerer Handlungsfähigkeit der Schulen. Nur mit einer solchen Struktur kann Berlin die Qualität der beruflichen Bildung nachhaltig sichern, mehr junge Menschen erfolgreich in Ausbildung bringen und den wachsenden Bedarf an Fachkräften decken.
Ä-385	AfB	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1292	1292	Nach dem Satz: Die Stärkung der Grundbildung bleibt notwendig. Wir verringern Teilhabehürden und sensibilisieren die Öffentlichkeit. Wir stärken die Vielfalt der Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung in den Berliner Bezirken. Die Stiftung Grundbildung bleibt unser zentraler Anker, den wir auskömmlich finanzieren.	
Ä-386	Kreis Mitte	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1292	1293	Die Stärkung der Grundbildung bleibt notwendig. Wir verringern Teilhabehürden und sensibilisieren die Öffentlichkeit. Wir stärken die Vielfalt der Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung in den Berliner Bezirken. Die Stiftung Grundbildung bleibt unser zentraler Anker, den wir auskömmlich finanzieren.	Präzisierung

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-387	08 in 02	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1295	1301	Der Landesparteitag möge beschließen: Wir sorgen dafür, dass Grundbildung in allen Lebensbereichen mitgedacht wird, und bauen Hürden im Alltag gezielt ab. Durch Aufklärung und Sensibilisierung enttabuisieren wir das Thema und motivieren Betroffene zur Nutzung von Lernangeboten. Wir stärken wohnortnahe Unterstützungsstrukturen in den Bezirken und bauen Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung weiter aus. So fördern wir Teilhabe und stärken die Demokratie in unserer Stadt. Die Stiftung Grundbildung sichern wir als zentralen Partner ab.	Begründung: Die Grundbildung ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, berufliche Perspektiven und demokratische Mitwirkung. In Berlin betrifft mangelnde Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz weiterhin einen erheblichen Teil der erwachsenen Bevölkerung – dennoch findet sich im vorliegenden Programm bislang kein einziger konkreter Bezug zu diesem Thema. Gerade die SPD Berlin hat in den vergangenen Jahren entscheidende Impulse gesetzt: Sie hat die Bedeutung von Alphabetisierung und Grundbildung politisch verankert und mit der Stiftung Grundbildung eine bundesweit beachtete Struktur auf den Weg gebracht. Diese Fortschritte dürfen im Wahlprogramm nicht unsichtbar bleiben. Es ist notwendig die bereits geleistete Arbeit sichtbar zu machen, politische Kontinuität zu sichern und ein klares Signal für mehr Teilhabe und Chancengerechtigkeit zu setzen. Grundbildung ist kein Randthema, sondern eine Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und das Funktionieren unserer Demokratie – und muss deshalb im Programm ausdrücklich benannt und gestärkt werden.
Ä-388	SPD Frohnau	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Streichung	1297	1297	Zu streichen: Arbeitnehmerähnliche Beschäftigte dafür einfügen: befristeten Beschäftigten	Mit Arbeitnehmerähnlichen Beschäftigten sind Scheinselbstständige oder Schein-Angestellte gemeint - das hat mit guten Arbeitsbedingungen nichts zu tun und hat in einem SPD Wahlprogramm nichts zu suchen.
Ä-389	AfB	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1297	1297	Nach dem Satz: "Die Stellung der arbeitnehmerähnlich Beschäftigten regeln wir nach dem Modell der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in einem Tarifvertrag mit den zuständigen Gewerkschaften."	
Ä-390	SPD Friedenau, AG Selbst Aktiv	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1297	1298	Wir fördern bedarfsgerecht berlinweit ein gleichstellungsorientiertes Fachberatungsnetzwerk zu Beruf, Bildung und Beschäftigung, um Frauen* in ihrer individuellen Lebensverlaufsperspektive so zu stärken, dass sie gleichberechtigt und selbstbestimmt leben und ihren eigenen Lebensunterhalt und eine armutsfeste Alterssicherung erwirtschaften können.	In den Ausführungen zur Arbeitsmarktpolitik benennen wir konkrete Träger, mit denen die SPD Berlin zusammenarbeiten will. Für den Bereich "Frauen und Gleichstellung" sollte offensiv wenigstens ein Netzwerk benannt werden, welches zudem sehr relevant ist für die Berliner Fraueninfrastruktur.
Ä-391	Abteilung 01/06 SPD Moabit-Nord	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1311	1311	füge nach Z 1311 folgenden neuen Absatz ein: „Wir setzen uns für die Schaffung einer die Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften übergreifenden Bibliothek ein. Alle Standorte und Mitarbeiter:innen bleiben dabei erhalten.“	
Ä-392	Abteilung 11/02 - Alt-Hohenschönhausen	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1322	1322	nach „Gesundheits-“ einfügen: „Nachhaltigkeits-“	Die bisherige Auflistung relevanter Forschungsthemen fokussiert stark auf Technologiethemen. Um eine bessere Balance verschiedener gesellschaftlich relevanter Themenkomplexe zu erreichen, schlagen wir diese Ergänzung vor. Berliner Wissenschaftseinrichtungen haben bereits heute eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung innovativer Ansätze für eine lebenswerte, solidarische und klimaneutrale Stadtgesellschaft. Diese Potenziale gilt es in Zukunft stärker für Berlin zu nutzen, gerade wenn der bundespolitische Rückhalt für Nachhaltigkeitsthemen und einen fairen Interessensausgleich bei den anstehenden sozial-ökologischen Transformationsprozessen insb. seitens der CDU/CSU erodiert (bspw. bezogen auf die sozial-gerecht gestaltete Wärmewende, finanzielle Teilhabe durch Mieterstrom-Modelle, Hitzeschuss in hoch verdichteten Kiezen durch mehr Stadtgrün als Gerechtigkeitsfrage). Ebenso sollte die Berliner SPD im Wahlkampf keine unnötige offene Flanke gegenüber den Grünen aufmachen. Zudem stellt die Ergänzung einen sinnvollen Bezug her zum in Zeile 1311 formulierten Ziel Berlin „zu einem Reallabor für positive Zukunftsvisionen“ zu machen.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-393	SPD-Abteilung 01 Niederschönhausen- Blankenfelde	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1323	1331	Wir unterstützen den Erhalt der archäologischen Fächer Klassische Archäologie und Archäologie und Kulturwissenschaften Nordostafrikas an der HU Berlin. Die europaweit herausragende Stellung Berlins als archäologisches Zentrum mit seinen Instituten an der HU Berlin und der FU Berlin, den Staatlichen Museen zu Berlin, der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, dem Berliner Antikenkolleg sowie dem Deutschen Archäologischen Institut muss erhalten bleiben. Wir fordern daher die Aussetzung des eingeleiteten Schließungsprozesses sowie die Prüfung von nachhaltigen Alternativen zur vollständigen Aufgabe der Disziplinen, insbesondere durch strukturelle Reformen oder Kooperationen bei Neubesetzung der Mitte der 2030er auslaufenden Professuren.	Die archäologischen Fächer Klassische Archäologie sowie Archäologie und Kulturwissenschaften Nordostafrikas, mit seinen beiden Disziplinen Ägyptologie und Sudanarchäologie, der Humboldt-Universität zu Berlin stehen in einer wissenschaftlichen Tradition von internationalem Rang. Ihre Geschichte ist untrennbar verbunden mit der Entwicklung der Archäologie als moderner Forschungsdisziplin in Deutschland und Europa. Eine Schließung dieser Fächer würde nicht nur einen Einschnitt in der Berliner Forschungswelt bedeuten, sondern einen irreparablen Verlust kulturellen, wissenschaftlichen und historischen Erbes. Bereits im 19. Jahrhundert wirkten hier Gelehrte wie Ernst Curtius, dessen Leitung der Ausgrabungen in Olympia Maßstäbe für die wissenschaftliche Feldforschung setzte. Carl Humann legte mit der Freilegung des Pergamonaltars in Pergamon den Grundstein für eine der bedeutendsten Antikensammlungen Europas – unserem Pergamonmuseum hier im Herzen Berlins. Auch Ludwig Borchert hörte an der HU Berlin Ägyptologie-Vorlesungen, bevor er für die Deutsche Orient-Gesellschaft in Amarna grub und uns Nofretete mitbrachte, die nicht nur als „Schönste Bewohnerin mit Migrationshintergrund“ bezeichnet wird, sondern auch jährlich Millionen von Touristen nach Berlin lockt. Diese Namen stehen nicht nur für individuelle Leistungen, sondern für eine wissenschaftliche Schule, die von Berlin aus internationale Wirkung entfaltete. Die enge Verbindung zwischen der Universität, dem Deutsches Archäologisches Institut und den Staatlichen Museen zu Berlin schuf ein einzigartiges Forschungsumfeld, in dem Lehre, Sammlung, Feldforschung und Publikation ineinandergreifen. Diese Struktur ist kein Relikt der Vergangenheit – sie ist ein lebendiges Modell interdisziplinärer Wissenschaft, das bis heute weiterwirkt und um die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaft und das Berliner Antikenkolleg stetig erweitert wurde. Archäologie ist weit mehr als die Erforschung alter Steine. Sie ist die Wissenschaft vom kulturellen Gedächtnis der Menschheit. Sie ermöglicht es, Zivilisationen zu verstehen, kulturelle Entwicklungen nachzuvollziehen und historische Identitäten kritisch zu reflektieren. In einer Zeit globaler Umbrüche, in der kulturelle Zugehörigkeit, Migration und historische Narrative politisch instrumentalisiert werden, ist eine fundierte, methodisch reflektierte Archäologie von unschätzbarem Wert. Gerade Berlin, als Hauptstadt mit internationaler Ausstrahlung, trägt eine besondere Verantwortung. Die archäologischen Disziplinen der Humboldt-Universität bilden nicht nur Fachwissenschaftlerinnen und Fachwissenschaftler mit individueller unersetzbarer Expertise aus, sondern vermitteln kulturelle Urteilskraft, historische Tiefenschärfe und interkulturelle Kompetenz. Sie sichern die wissenschaftliche Begleitung internationaler Grabungsprojekte, leiten und bearbeiten Sammlungen von Weltrang und tragen wesentlich zur Reputation des deutschen Wissenschaftssystems bei. Eine Schließung würde daher nicht nur Studienangebote im Sinne der wissenschaftlichen Diversität reduzieren, sondern gewachsene Forschungsnetzwerke zerstören, internationale Kooperationen schwächen und die Stellung Berlins als global anerkannten Standort der Archäologie nachhaltig beschädigen. Wissenschaftliche Tradition ist kein Selbstzweck – aber sie ist ein Fundament. Wer es leichtfertig preisgibt, verliert mehr als ein Studienfach: Er verliert intellektuelle Kontinuität. Der Erhalt der archäologischen Disziplinen ist somit keine Frage nostalgischer Bewahrung, sondern eine Investition in wissenschaftliche Exzellenz, kulturelle Verantwortung und internationale Glaubwürdigkeit. Berlin darf sich nicht von einem Teil seines geistigen Erbes trennen, das es selbst maßgeblich geprägt hat. Die SPD Berlin sollte klar an der Seite der über 14.000 Petitionsunterstützer stehen und diesen zentralen Teil des Berliner Erbes bewahren.
Ä-394	Fachausschuss II EU- Angelegenheiten (Vorstand)	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1328	1328	Ersetze „in der Stadt und weltweit“ durch „in der Stadt, in Europa und weltweit.“	

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-395	SPD Frohnau	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1342	1342	Neben einer Erhöhung des Bafög-Betrags setzt sich die SPD dafür ein, dass Bafög, auch gekoppelt an die Studienlänge, wieder als Stipendium und nicht als Darlehen vergeben wird. Ebenso setzt sich die SPD dafür ein, dass wieder Ausbildungsbeihilfen wie auch die Übernahme der Meistergebühren im Handwerk eingeführt werden.	Bislang hindern die hohen Rückzahlungen von Darlehen viele junge Leute an einer Studienaufnahme oder auch dem Erwerb eines Meisterbriefs. Das kann nicht im Interesse der SPD und der Gesellschaft sein.
Ä-396	AG Selbst Aktiv	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1345	1345	Bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum für Studierende	Ein barrierefreier und bezahlbaren Wohnraum für Studierende mit Behinderungen ist die Voraussetzung für die Grundlagenbildung für ein selbstbestimmtes und größtenteils selbstfinanziertes Leben
Ä-397	SPD Frohnau	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Streichung	1353	1354	Streichen: weil viele Studierende erwerbstätig sind....	Ziel ist es, dass Studierende sich voll auf ihr Studium konzentrieren können ohne nebenher arbeiten zu müssen. Daneben sind duale Ausbildungs- und Studiengänge zu fördern.
Ä-398	Arbeitskreis Säkulare und humanistische Sozialdemokrat:innen Berlin (AK SHS)	Demokratische Hochschulen sind frei, offen und divers	Ergänzung	1373	1376	Wir beantragen die Ergänzung des Begriffes „Islamismus“ in der Aufzählung. Der neue Absatz hieße dann: „Wir akzeptieren nicht, dass jüdische Hochschulangehörige unsere Hochschulen als unsichere Orte erleben. Wir gehen entschlossen gegen Antisemitismus, Islamismus, Rassismus, Diskriminierung und jede menschenverachtende Ideologie vor und stärken Prävention.“	Notwendige Ergänzung.
Ä-399	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ergänzung	1377	1377	Ergänze nach „dagegen vorzugehen“: „Unbequemer demokratischer Protest, besonders auch im Kontext des Nahostkonflikts, muss an Hochschulen möglich sein.	Unser notwendiges Vorgehen gegen Antisemitismus sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, legitimen Protest gegen die Politik der israelischen Regierung zu unterdrücken. Diesen Vorwurf sollten wir erst nehmen. Der vorliegende Vorschlag benennt eigentlich bloß eine Selbstverständlichkeit. In der aktuellen Situation lohnt es sich aber diese auszusprechen.
Ä-400	SPD Frohnau	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Streichung	1389	1390	Streichen: Einrichtung eines Lehrstuhls für alevitische Theologie....	Dann müssten auch weitere Lehrstühle für die verschiedenen Richtungen des Christentums (neben Ev. und Kath) sowie des Judentums, Buddhismus und Islams etc eingerichtet werden.
Ä-401	AG Selbst Aktiv	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1394	1394	... glauben, wie wir aussehen, wen wir lieben, ob mit oder ohne eine Behinderung.	Erweiterung der Gruppen der Berlinerinnen, für die wir "Berlin als eine Familie" verstehen
Ä-402	SPD Friedenau, AG Selbst Aktiv	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1402	1403	Neuer Absatz Wir sichern das gemeinnützige soziale Engagement auch in Zeiten knapper Kassen. Gemeinnützige Organisationen sind häufig von und mit Betroffenen gegründet worden und sichern so Partizipation nicht nur mit ihrer Arbeit, sondern auch in ihrer Arbeit. Sie engagieren sich sozialanwaltschaftlich für diejenigen, die sich selbst wenig Gehör verschaffen können.	Wir unterstützen und stärken die gemeinnützigen Träger der Zivilgesellschaft, da sie zum unverzichtbaren Teil der sozialen Infrastruktur gehören
Ä-403	Abteilung 6/3 Lichterfelde-West	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1415	1415	Ergänze am Ende des Absatzes: "Wir sorgen dafür, dass es in allen Kiezen Orte gibt, an denen sich alle Generationen ohne den Zwang, Geld auszugeben, aufhalten können."	An vielen Orten im Kiez kann man nur verweilen, wenn man dort z.B. in einer Gastronomie etwas zu essen oder trinken bestellt. Wir wollen allerdings auch in allen Kiezen Orte, an denen man sich einfach nur so aufhalten kann, sei es zum Ausruhen nach dem Bummeln, zum Stillen, zum Spielen oder einfach zum Zusammenkommen. Dies muss in Planungen berücksichtigt und im Vorhinein eingepreist werden.
Ä-404	Landesvorstand SPD Frauen Berlin	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1429	1429	Im Abschnitt „Alleinerziehende und Eltern besser unterstützen“ wird in Zeile 1429 am Ende noch folgender Satz eingefügt: „Zusätzlich führen wir ein Landesprogramm zur Unterstützung durch haushaltsnahe Hilfen für Alleinerziehende ein, das niedrigschwelligen Zugang zu zeitlich flexibler Haushaltshilfe und Alltagsunterstützung ermöglicht.“	Alleinerziehende tragen Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung, Haushaltsorganisation und häufig auch Pflegeverantwortung allein. Diese strukturelle Mehrfachbelastung führt zu erheblicher Zeitarmut und erhöhtem Armutsrisiko. Der Programmentwurf enthält wichtige Maßnahmen wie vergünstigte Ein-Eltern-Tickets, Beratungsangebote sowie finanzielle und mobilitätsbezogene Unterstützung. Eine konkrete alltagspraktische Entlastung ist jedoch bislang nicht vorgesehen. Gerade haushaltsnahe Hilfen sind ein wirksames Instrument zur Stabilisierung von Erwerbstätigkeit, zur Vermeidung gesundheitlicher Überlastung und zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern in Ein-Eltern-Familien. Ein niedrigschwelliger Zugang zu zeitlich flexibler Haushaltshilfe stärkt die tatsächliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf und konkretisiert den programmatischen Anspruch, Alleinerziehende „im Mittelpunkt – nicht am Rand“ zu stellen.
Ä-405	SPD Frohnau	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1434	1434	Ergänzen: Das kostenlose Schülerticket erweitern wir zu einem kostenlosen Deutschlandticket. Damit entlasten wir Familien in Berlin.	Berlin zahlt für das für jedes Standard D-Ticket 10-15 EUR als Zuschuss. Für das kostenlose Schülerticket zahlt Berlin annähernd den gleichen Zuschuss: 12-15 EUR pro Ticket. Daher macht es Sinn, wie in Hamburg, das Schülerticket auf das D-Ticket umzustellen. Wir entlasten damit Familien, da dann bei Fahrten über den Tarifbereich AB hinaus keine Extra-Kosten mehr anfallen. Gerade einkommensschwache Familien, die bspw. mit dem Nahverkehr an Ostsee etc. fahren können dann ohne Extra-Kosten reisen.
Ä-406	Abteilung 71 Charlottenburg Nord	Aufsteigen mit gleichen Chancen	Ersetzung	1443	1445	"Schon in der Grundschule sollen Kinder Technikverständnis, Social Media, die Themen Cybersicherheit, Cybermobbing, Gaming und Desinformation kennenlernen." ersetzen durch: „Schon in der Grundschule sollen Kinder Technikverständnis, Social Media, die Themen Cybersicherheit, Cybermobbing und Desinformation kennenlernen. Auch Risiken durch Gaming sollen im Schulunterricht behandelt werden.“	Der allgemeine Bezug auf „Gaming“ ist hier zu weit gefasst. Es sollte darum gehen, Kinder und Jugendliche speziell für die Risiken in Verbindung mit Gaming zu sensibilisieren.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-407	SPDqueer LDK	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1443	1443	Sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene muss dabei eine Regelung gefunden werden, nach welcher auch Personen mit diverser oder gestrichenem Geschlechtseintrag angemessene Berücksichtigung finden. Eine entsprechende Wahlrechtsreform muss folglich auch die Platzierung von Personen mit diverser oder gestrichenen Geschlechtseintrag gewährleisten, wobei einerseits weiterhin Parität hergestellt wird, andererseits diversgeschlechtliche Personen aber nicht gezwungen werden, sich als männlich oder weiblich zuordnen zu müssen.	Die hinzugefügten Sätze sollen sicherstellen, dass bei der paritätischen Besetzung des Abgeordnetenhauses, des Bundestages und bei Ämtern und Funktionen in Senat, Verwaltung, Fraktion, Aufsichtsräten und landeseigenen Unternehmen darauf geachtet wird, dass Personen mit diverser oder gestrichenem Geschlechtseintrag berücksichtigt werden.
Ä-408	SPDqueer LDK	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1447	1448	Bisherige Formulierung: „Dafür passen wir das Landesgleichstellungsgesetz an neue Herausforderungen an.“ Antrag auf Änderung in: „Dafür passen wir das Landesgleichstellungsgesetz an neue Herausforderungen an und ergänzen seine Zuständigkeit um trans*, inter* und nicht-binäre Personen.“	Die hinzugefügte Formulierung soll sicherstellen, dass im Landesgleichstellungsgesetz Veränderungen auf eine Weise vorgenommen werden, die sicherstellt, dass trans*, inter* und nicht-binäre Personen gleichstellungspolitisch in ihren Interessen berücksichtigt werden.
Ä-409	SPD Friedenau, AG Selbst Aktiv	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Streichung	1453	1453	Vielfältiges Berlin, Antidiskriminierung und Inklusion	ist wohl ein Überbleibsel - macht aber keinen Sinn
Ä-410	SPD Friedenau, AG Selbst Aktiv	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1453	1454	nach Gesetzen neuer Absatz Die Berliner Fraueninfrastruktur gehört in ihrer Vielfalt zur unerlässlichen Daseinsvorsorge für die Berliner*innen. Wir stärken die zumeist gemeinnützigen Vereine als Teil feministischer Bewegungen und als ein Bollwerk gegen Antifeminismus. Wir folgen bei den öffentlichen Zuwendungen und Vergaben auch hier unserem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“.	Wir bekennen uns zur Fraueninfrastruktur und zum Feminismus. Wir stärken diesen Bereich durch gerechte Finanzierungen.
Ä-411	Arbeitskreis Säkulare und humanistische Sozialdemokrat:innen Berlin (AK SHS)	Vielfältiges Berlin, Antidiskriminierung und Inklusion	Ergänzung	1455	1455	Nach dem Wort „Religionen“ wird „und Weltanschauungen“ ergänzt. Der Satz hieße dann: „Berlin lebt von seiner Vielfalt. Menschen unterschiedlichster Herkunft, Religionen und Weltanschauungen, unterschiedlichen Alters und sexueller Orientierungen prägen unsere Stadt.“	In Berlin lebt ein erheblicher Teil von nicht religiös gebundenen Menschen. Er beträgt 70%! Mit der gewählten Formulierung werden sie und ihre Lebenseinstellung ausgegrenzt. Dafür gibt es keinen Grund. Es widerspricht auch der Tradition der SPD, die von säkularen und humanistischen Einflüssen wesentlich mitbestimmt ist.
Ä-412	AG Selbst Aktiv	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1463	1463	Neue Gesetze prüfen wir künftig auf Konformität mit dem LADG und dem LGBG.	Wir halten für alle Berliner*innen unsere gesetzlichen Grundlagen ein und tragen dadurch für Alle zum Abbau von Diskriminierung bei
Ä-413	SPDqueer LDK	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1464	1466	Bisherige Formulierung: Gleichzeitig stärken wir das Diversity-Landesprogramm. So bekämpft die Verwaltung strukturelle Diskriminierung und schult Beschäftigte verbindlich. Antrag auf Änderung in: Gleichzeitig setzen wir das Diversity-Landesprogramm 2.0 (Säule Personal und Säule Dienstleistung) konsequent um und stellen finanzielle Mittel zur Umsetzung der Maßnahmen bereit. Um strukturelle Diskriminierungen innerhalb der Verwaltung nachhaltig zu bekämpfen, etablieren wir in der Abteilung Landespersonal eine Leitstelle Diversity, welche für die Förderung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt und die Sensibilisierung der Beschäftigten zuständig ist.	
Ä-414	SPD Frohnau	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1466	1466	Voranstellen: Wir ändern das Berliner Kirchensteuergesetz und schaffen nach dem Vorbild Bayerns die kirchensteuerliche Diskriminierung durch das besondere Kirchgeld für glaubensverschiedene Ehepaare und Lebenspartnerschaften ab.	Die kirchensteuerliche Diskriminierung von Menschen, die Mitglied einer nicht-steuererhebenden Religionsgemeinschaft sind (z.B. Muslime, Humanisten oder glaubensfreie Menschen) muss im Landeskirchensteuerrecht beendet werden. Unter bestimmten Voraussetzungen müssen diese Menschen Kirchensteuer bis zu einer Höhe von 1200 EUR in Form des besonderen Kirchgeldes an die steuererhebende Religionsgemeinschaft des Partners zahlen. Nebenbei entlasten wir die betreffenden Paare und Familien.
Ä-415	SPDqueer LDK	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1466	1466	Hierzu überarbeiten wir die Gemeinsame Geschäftsordnung der Berliner Verwaltung dahingehend, dass eine geschlechterinklusive Verwaltungssprache ausdrücklich ermöglicht wird. Dies beinhaltet auch die Verwendung von Sonderzeichen.	

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
			Ergänzung	1477	1478	Wir wollen eine öffentlich geförderte Humanistische Seelsorge / Lebensbegleitung in Krankenhäusern, der Justiz, Polizei und Feuerwehr ermöglichen.	In Berlin sind mittlerweile über 70 Prozent der Bevölkerung konfessionsfrei. In den Krankenhäusern, JVAen, der Polizei und Feuerwehr aber gibt es bislang ausschließlich christliche Seelsorger und muslimische Betreuer. Bereits der Landesparteitag vom 24. Oktober 2024 (Antrag 215/II/2024 „Seelsorge“) hatte Senat und Abgeordnetenhaus aufgefordert, hier Abhilfe zu schaffen und „neben religiösen auch humanistische Angebote zur seelsorgerischen Betreuung in öffentlichen Einrichtungen... des Landes Berlin“ zu gewährleisten und zu finanzieren. Im Unterschied zu den Kirchen, die über Staatsverträge gesonderte finanzielle Förderung erhalten, verfügt etwa der Humanistische Verband nicht über diese Möglichkeit. Es müssen daher alternative Formen der Förderung geschaffen werden.
Ä-416	Arbeitskreis Säkulare und humanistische Sozialdemokrat:innen Berlin (AK SHS)	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1477	1478	Wir wollen eine öffentlich geförderte Humanistische Seelsorge / Lebensbegleitung in Krankenhäusern, der Justiz, Polizei und Feuerwehr ermöglichen.	In Berlin sind mittlerweile über 70 Prozent der Bevölkerung konfessionsfrei. In den Krankenhäusern, JVAen, der Polizei und Feuerwehr aber gibt es bislang ausschließlich christliche Seelsorger und muslimische Betreuer. Bereits der Landesparteitag vom 24. Oktober 2024 (Antrag 215/II/2024 „Seelsorge“) hatte Senat und Abgeordnetenhaus aufgefordert, hier Abhilfe zu schaffen und „neben religiösen auch humanistische Angebote zur seelsorgerischen Betreuung in öffentlichen Einrichtungen... des Landes Berlin“ zu gewährleisten und zu finanzieren. Im Unterschied zu den Kirchen, die über Staatsverträge gesonderte finanzielle Förderung erhalten, verfügt etwa der Humanistische Verband nicht über diese Möglichkeit. Es müssen daher alternative Formen der Förderung geschaffen werden.
Ä-417	AG 60plus	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1477	1477	Nach der Zeile 1477 wird folgender Text eingefügt „Das Alter selbstbestimmt, aktiv und mittendrin gestalten Berlin wird älter – und das ist eine gute Nachricht. Das Alter ist für viele Menschen heute die längste von allen Lebensphasen. Immer mehr verbringen den größten Teil davon bei guter Gesundheit. Für sie bietet das Alter neue Freiheiten und Chancen, Interessen und Intentionen nachzugehen, für die in der Phase der Erwerbsarbeit und Kindererziehung zu wenig Zeit war. Die meisten Senior*innen möchten sich aber mit ihren Kompetenzen und Ressourcen auch weiter nutzbringend für andere einbringen und sie tun das auch: in der Familie, in der Nachbarschaft, in Vereinen und Initiativen, in freiwilliger Erwerbsarbeit, im Ehrenamt und in den demokratischen Institutionen. Dabei haben sie aber oft mit einem überholten Altenbild zu kämpfen, das Alter in erster Linie verbunden mit Krankheit, Behinderung, Pflege- und Hilfebedürftigkeit, Einsamkeit und digitaler Überforderung sieht. Alte werden aus dieser Perspektive in erster Linie als Objekt von Fürsorge wahrgenommen. Das entspricht so gar nicht der tatsächlichen Lebenssituation und schon gar nicht dem Selbstverständnis der meisten heutigen Senior*innen. Wir wollen deshalb dieses Altenbild umdrehen. Mit unserer Senior*innenpolitik wollen wir die die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Senior*innen wie alle anderen Altersgruppen, ihr Leben selbstbestimmt nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten und gleichberechtigt in allen Lebensbereichen teilnehmen – auch wenn sich Krankheit, Behinderungen und Pflege- und Hilfebedarf einstellen. Viele Senior*innen haben unsere Stadt aufgebaut, sie haben gearbeitet, Kinder großgezogen, sie kümmern sich um Enkel und prägen Nachbarschaften. Ihre Lebensleistung hat unseren Respekt – und zwar nicht nur in Sonntagsreden. Wir begrüßen, unterstützen und fördern, dass die Älteren unsere Stadt auf allen Ebenen weiter gleichberechtigt mitgestalten. In einer älter werden Gesellschaft werden ihre Beiträge immer wichtiger und wertvoller. Wir machen ihr Engagement sichtbar und stärken Orte, an denen ältere Menschen nicht nur Angebote erhalten, sondern selbst Angebote machen: Stadtteilzentren, Mehrgenerationenhäuser und Nachbarschaftsprojekte. Wer sein Leben lang gearbeitet, gepflegt, geholfen hat, darf nicht um jeden Euro kämpfen müssen. Wir stellen Altersarmut in den Mittelpunkt unserer Anstrengungen, Armut zu bekämpfen. Wir stärken niedrigschwellige Sozialberatung und sorgen dafür, dass Leistungen ohne Hürden und ohne Stigmatisierung ankommen. Kultur, Sport und Bildung sollen auch mit kleiner Rente erreichbar bleiben – als selbstverständlicher Teil eines guten Lebens im Alter.“	Für viele Bevölkerungsgruppen enthält das Wahlprogramm spezielle Textpassagen, z.B.: •Studierende •Alleinerziehende, •Eltern •Familien •Frauen •Queere Menschen •Menschen mit Behinderungen •Obdachlose Menschen •Arme Menschen •Suchtkranke Menschen •Menschen mit Flucht- und/oder Migrationshintergrund Für Senior*innen gibt es nur die Passage mit der Überschrift „Pflege und Altern in Würde“. Außer Pflege und dem Altenhilfestrukturegesetz wird aber in dieser Passage nichts weiter zum Altern in Würde ausgeführt. Deshalb bedient diese Passage das vorherrschende und überholte Altenbild, wonach Alter vorrangig im Kontext mit Pflege- und Hilfebedürftigkeit gesehen wird. 40 Prozent der Wahlberechtigten bei der AGH-Wahl sind 60 Jahre und älter. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig eine Passage zur positiven Ansprache dieser Wählergruppe im Programm zu haben – neben den Aussagen zu den Maßnahmen, die (auch) für Senior*innen relevant sind, in den anderen Kapiteln.
Ä-418	Abteilung 71 Charlottenburg Nord	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1477	1477	Am Ende des Absatzes ergänzen: „Wir wollen eine Humanistische Seelsorge / Lebensbegleitung in Krankenhäusern, der Justiz, Polizei und Feuerwehr zu gleichen Konditionen wie bei Religionsgemeinschaften ermöglichen.“	
Ä-419	SPDqueer LDK	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1482	1482	Wir vereinfachen und entbürokratisieren die Zuwendungspraxis und schaffen mehr Verlässlichkeit, sodass die eingesetzten Mittel mehr Wirkung entfalten können.	Ein regelmäßiger Kritikpunkt queerer Träger ist, dass Zuwendungen aus dem Berliner Landeshaushalt mit hohem Verwaltungsaufwand einhergehen. Zudem entsteht insbesondere dann, wenn Zuwendungsbescheide erst spät im laufenden Haushaltsjahr eingehen, unnötige Unsicherheit, was die Arbeit der Zuwendungsempfänger beeinträchtigt. Ein Abbau unnötiger Bürokratie und mehr Verlässlichkeit können dazu beitragen, bei gleichem Mitteleinsatz einen größeren Effekt zu erzielen.
Ä-420	SPDqueer LDK	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1483	1483	Bisherige Formulierung: Auch das Regenbogennetzwerk in der Verwaltung bauen wir aus. Antrag auf Änderung in: Auch das Regenbogennetzwerk der Berliner Verwaltung stärken wir und stellen die für eine erfolgreiche Netzwerkarbeit erforderlichen räumlichen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung.	
Ä-421	SPDqueer LDK	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1485	1485	Wir etablieren Transitionsrichtlinien für die Berliner Verwaltung, um die Situation für trans*, inter* und nicht-binäre Beschäftigte des Landes Berlin zu verbessern.	

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-422	SPDqueer LDK	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1485	1485	Auch die jährlich stattfindende Queere Aktionswoche der Berliner Verwaltung, welche auf die Förderung der Akzeptanz und Wertschätzung der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt innerhalb der Berliner Verwaltung abzielt, führen wir fort.	
Ä-423	SPDqueer LDK	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1487	1487	Bisherige Formulierung: Das gilt auch für queere Gesundheit und Prävention. Antrag auf Änderung in: Einen Schwerpunkt legen wir darauf, Zugänge zu queer-inklusiver Gesundheitsversorgung und Pflegeangebote, Prävention sowie Unterstützung für Opfer von queerfeindlicher Hasskriminalität zu verbessern. Dabei berücksichtigen wir Mehrfachdiskriminierungen und schaffen zielgruppenspezifische Angebote.	Der im Entwurf enthaltene Satz ist schlicht unverständlich. Daher sollte er durch eine klarere Zielformulierung ersetzt werden.
Ä-424	SPDqueer LDK	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1499	1499	Bisherige Formulierung: Die Landesstrategie für queere Sicherheit staten wir besser aus. Antrag auf Änderung in: Als Regenbogenhauptstadt lassen nicht zu, dass queere Menschen bedroht, verfolgt und diskriminiert werden. Die zusammen mit der Community und der Stadtgesellschaft erarbeitete Landesstrategie für queere Sicherheit setzen wir deshalb konsequent um und staten sie angemessen aus. Den Dialog mit der Community setzen wir unermüdlich fort.	Die Landesstrategie wurde über einen Zeitraum von 2 Jahren mit Zivil- und Stadtgesellschaft, mit Politik und Verwaltung, NGOs etc. in 15 Themenfeldern hart erarbeitet, diskutiert und erstritten. Die Sicherheit ist ein zentrales Thema der Community und der Stadt und muss daher priorisiert werden.
Ä-425	Jusos Berlin	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1506	1506	Z. 1506 füge ein hinter "Pflicht": Wir setzen uns auf allen Ebenen und in allen Bereichen für eine inklusive und barrierefreie Gesellschaft ein. Dies bedeutet, dass Verwaltungsleistungen und staatliche angebotene Beratungsangebote, beispielsweise zur beruflichen Teilhabe, grundsätzlich barrierefrei und inklusiv zugänglich sein müssen. Weiterbildungsangebote verschiedener Berufsgruppen - von Lehrer*innen, nicht-pädagogischem Personal in Schulen oder auch Pflegepersonal oder Rettungskräfte- soll immer auch Angebote zur Inklusion, wie beispielsweise das Erlernen der Deutschen Gebärdensprache (DGS), beinhalten.	
Ä-426	AG Selbst Aktiv	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1508	1509	. Bei allen Gesetzen und Verfahren sind Menschen mit Behinderungen und deren Interessenvertretungen zu beteiligen. Wir verbessern das LGBG, u.a. damit staatliche Einrichtungen ihrer Verpflichtung zur generellen Einführung der Leichten Sprache nachkommen. Auch der Ausbau der Deutschen Gebärdensprache hat zu erfolgen	Perspektiven berücksichtigen besagt längst noch nicht politische Partizipation und Selbstorganisation durch Menschen mit Behinderungen. Nur "Berücksichtigen" ist ein Rückschritt unserer bisherigen Politik
Ä-427	Jusos Berlin	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1510	1510	füge ein vor Z. 1510 "Auch": Europäische Initiativen zum Abbau von Barrieren setzen wir konsequent um.	
Ä-428	AG Selbst Aktiv	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1513	1513	Wir schaffen ein Mobilitätssicherungskonzept für Menschen mit Behinderungen und setzen es mit ganz konkreten Maßnahmen um. Hierzu gehört ein Sofortprogramm für den barrierefreien Umbau aller Straßenbahn- und Bushaltestellen, die Verfügbarkeit von mindestens 500 Inklusionstaxis in Berlin, Sicherung und Ausbau von Begleitdiensten sowie ein 24/7-Serviceteam, das die durchgängige Nutzbarkeit der Aufzüge im ÖPNV gewährleistet.	Mobilität ist Voraussetzung für Teilhabe - dies gilt für Menschen mit und ohne Behinderungen. Damit diese Voraussetzung für alle gewährleistet wird, braucht es nicht nur Worte und Absichtserklärungen sondern tatsächliche Maßnahmen, die die Lebensrealität aller Menschen auch tatsächlich positiv prägen.
Ä-429	Jusos Berlin	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1513	1513	füge ein Z. 1513 hinter "um": Das Projekt „MUVA“ der BVG ist hier Vorbild.	
Ä-430	AG Selbst Aktiv	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1517	1518	Mit einem Fonds Soziales Berlin stärken wir Teilhabe. Wir führen das Träger- bzw. Flexibudgets ein und bauen Bürokratie für Menschen mit Behinderungen ab. Wir denken Ämterstrukturen für Menschen mit Behinderungen neu. Das Wunsch- und Wahlrecht des SGB IX bleibt unberührt ebenso wie die hier erfolgte Sicherung tarifrechtlicher Regelungen.	In die Idee des Fonds Soziales Berlin sind verstärkt auch bottom-up-Aspekte einzubauen und sicherzustellen.
Ä-431	AG SELBST AKTIV	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1521	1522	BITTE BEACHTEN: Wir ergänzen und ersetzen unseren eigenen schon eingereichten Änderungsantrag durch folgenden Text Deshalb gründen wir eine landeseigene Teilhabegesellschaft. Sie arbeitet als Inklusionsbetrieb und rekommunalisiert Leistungen. Berlin legt in diesem Kontext ein Sofortprogramm zur Einstellung von 500 Werkstattbeschäftigten („500er-Programm“) in den Landesdienst auf – mit einem sozialversicherungspflichtigen und nach Tarif entlohnnten Arbeitsvertrag. Auch die weiteren Arbeitgeber des allgemeinen Arbeitsmarktes verpflichten wir zur vermehrten Schaffung inklusiver Arbeitsplätze.	erneut: Wir machen nicht nur plakative Ankündigungen sondern legen konkrete Maßnahmen zur Ermöglichung von Strukturen vor, die ein gleichgestelltes inklusives Leben für alle ermöglichen
Ä-432	AG Selbst Aktiv	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1522	1522	Auch die weiteren Arbeitgeber des allgemeinen Arbeitsmarktes verpflichten wir zur vermehrten Schaffung inklusiver Arbeitsplätze.	Inklusion geht jedes Unternehmen an und nicht nur Teil-Arbeitgeber des allgemeinen Arbeitsmarktes
Ä-433	SPD Frohnau	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1522	1522	Ergänzen: Besonderen Augenmerk legen wir auf junge Menschen mit Behinderungen im Übergang von Schule zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.	Beim Übergang von der Schule in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt entscheidet sich häufig der weitere Werdegang eines Menschen mit Behinderungen für Jahrzehnte. Deshalb ist es so wichtig, dass hier die richtigen Beratungen möglich sind, um eine Beschäftigung im allgemeinen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-434	SPD Friedenau, AG Selbst Aktiv	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1530	1531	Neue Absätze Eine lebendige soziale Landschaft in ihrer Verbindung von hauptamtlichem und ehrenamtlichem Engagement stärkt unsere vielfältige, solidarische und demokratische Gesellschaft nachhaltig und ist wirksam gegen Intoleranz und Rechtsextremismus. Gemeinnützige Organisationen sind Werkstätten der Demokratie. In der Vereinsarbeit wird demokratisches Engagement gelebt, gefördert und weitergegeben. Eine gut ausgebaute und gemeinnützige Infrastruktur von freien Trägern ist ein sozialer Standortfaktor. Zum Thema Wirkungsorientierung gestalten wir einen Austausch zwischen den Trägern und der Verwaltung und Politik auf Augenhöhe.	Zivilgesellschaft ist mehr als da bisher an institutionellen Massnahmen steht. Wir brauchen eine aktive haupt- und ehrenamtliche Zivilgesellschaft im Rahmen der Versorgungsstruktur aber auch zur Stärkung und Stabilisierung unserer Demokratie. Das Dreieck Zivilgesellschaft - Politik - Verwaltung muss dafür funktionieren.
Ä-435	Abteilung Frohnau	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Streichung	1537	1538	Streichen: So schaffen wir zum Beispiel eine zentrale Koordinierungsstelle gegen Armut, die Kompetenzen und Ressourcen der Verwaltung effizient bündelt.	Keine neuen Koordinierungsstellen, sondern vorhandene Strukturen effektiver nutzen.
Ä-436	Abteilung Frohnau	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Streichung	1550	1550	Streichung: Wir gründen deshalb ein SozialWohnWerk für neuen Wohnraum.	Keine neuen Stellen, sondern vorhandene Strukturen effektiver nutzen.
Ä-437	Mitglied	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1552	1553	Das Programm Housing First wir zur Beendigung der Obdachlosigkeit weiter gestärkt und ausgebaut.	Housing First ist ein international anerkanntes Instrument zur nachhaltigen Beendigung von Obdachlosigkeit. In Berlin sind seit 2018 momentan sechs Housing First-Teams erfolgreich tätig. Deshalb muss dieser Begriff explizit in Wahlprogramm und ist nicht nur in einem Nebensatz, siehe Zeile 1553, zu erwähnt.
Ä-438	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1552	1554	Füge ein nach „geschützten Wohnungsmarkt“: „Wir verfolgen dabei den Ansatz „Housing First “. Jeder Mensch hat ein Recht auf eine eigene Wohnung, sie steht am Anfang, nicht am Ende der Beratung und Begleitung von wohnungslosen Menschen.“ Streiche dafür Zeile 1553-1554	Die bisherige Fassung liest sich so, als sei Housing First in erster Linie eine Verantwortung landeseigener Wohnungsunternehmen und als würde das Konzept erst nach der Erweiterung des Wohnungsangebots in Berlin Anwendung finden.
Ä-439	FA IX	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1557	1557	nach "Versorgungsangebote aus" einfügen "und verstetigen sie."	Eine Verstetigung ist für die Arbeit der erwähnten Einrichtungen unabdingbar.
Ä-440	FA IX	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1557	1557	Nach "Dazu zählen" einfügen: "Clearingstellen"	Die Arbeit der Clearingstelle ist enorm wichtig und wird auch in Zukunft an Bedeutung in Berlin gewinnen.
Ä-441	Abteilung 01/06 SPD Moabit-Nord	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1561	1562	Ergänze den Satz „So schließen wir Versorgungslücken.“ wie folgt: „So schließen wir Versorgungslücken, indem wir Einrichtungen kontinuierlich und stabil finanzieren, die sich mit der Inklusion von Menschen mit Behinderungen beschäftigen.“	
Ä-442	FA IX	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1565	1565	"Dabei stellen wir sicher, dass ausreichend barrierefreie Plätze zur Verfügung stehen, denn" und dann weiter mit bereits bestehendem Satzteil "niemand soll..."	Es gibt so gut wie keine barrierefreien Unterkünfte und Angebote für Obdachlose in Berlin. Das muss sich ändern.
Ä-443	Abteilung Frohnau	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1568	1568	Wir unterstützen die Abschaffung vom „begleiteten Trinken“ von Jugendlichen unter 16.	Dient insbesondere der Suchtprävention und vermeidet mögliche Entwicklungsstörungen von Jugendlichen.
Ä-444	SPD Abteilung 04/76 Rund um den Karl-August-Platz	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1583	1585	Die Verfahren zur Anerkennung von Asyl und Flüchtlingen müssen deutlich beschleunigt werden. Die Gerichtsverfahren müssen innerhalb von 6 Monaten abgeschlossen werden. Zugleich muss unter Einsatz moderner Technik der Prüf- und Begründungsaufwand der Verwaltungsgerichte reduziert werden.Mehrfache Verfahren vor den Behörden und Gerichten sind für die Asylsuchenden und Geflüchteten genauso inakzeptabel wie für die Gesellschaft. Es muss schnell geklärt werden, wer ein recht zu bleiben hat und wer nicht anerkannt wird.	Der Text wird an das Regierungsprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2025 - Mehr für Dich. Besser für Deutschland - angepasst.
Ä-445	04/76 Rund um den Karl-August-Platz	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1583	1585	Auch für Asylbewerber*innen ohne Schutzanspruch, die eine Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft bewältigt haben und straffrei sind, bieten wir Lösungen, etwa für Menschen mit auslaufender Aufenthaltserlaubnis oder Duldung. Damit sie in Berlin Fuß fassen können, nutzen wir die bestehende Möglichkeit des Spurwechsels und fordern ein neues Chancenaufenthaltsrecht. Klar ist: Wer sich nicht an regeln hält, muss wieder gehen	Übernahme der Formulierung aus dem Regierungsprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2025 - Mehr für Dich. Besser für Deutschland.
Ä-446	12/05 Abt. Hermsdorf	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1583	1585	Auch für Asylbewerber*innen ohne Schutzanspruch, denen eine Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft gelungen ist und die straffrei sind, bieten wir Lösungen, etwa für Menschen mit auslaufender Aufenthaltserlaubnis oder Duldung. Damit sie in Berlin Fuß fassen können, nutzen wir bestehende Möglichkeiten des Spurwechsels und fordern ein neues Chancenaufenthaltsrecht.	Die SPD steht für Humanität und Ordnung in der Migrationspolitik. Wir wollen Fachkräftezuwanderung erleichtern, Flüchtlingsschutz wahren, die Gerichtsverfahren beschleunigen, Spurwechsel und Chancen ermöglichen, freiwillige Rückkehr fördern, aber auch Abschiebungen von Ausreisepflichtigen konsequent durchsetzen, insbesondere für Straftäter und Gefährder. Das Wahlprogramm enthält dazu richtige Ansätze, ist aber zu einseitig und blendet wichtige Aspekte aus. So dauern die verwaltungsgerichtlichen Verfahren, um zu klären, wer tatsächlich Schutz braucht, häufig zu lange. Einen Spurwechsel und Chancen für ein Bleiberecht müssen wir nicht allen, sondern denjenigen anbieten, die sich erfolgreich integrieren und die sich an unsere Regeln halten.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-447	ASJ Landesvorstand	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1583	1584	Insbesondere für Asylbewerber*innen ohne Schutzanspruch, denen eine Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft gelungen ist und die oberhalb der Bagatelldgrenze straffrei sind, bieten wir Lösungen, etwa für Menschen mit auslaufender Aufenthaltserlaubnis oder Duldung.	Einen Spurwechsel und Chancen für ein Bleiberecht müssen wir insbesondere denjenigen anbieten, die sich erfolgreich integrieren. Wer aus familiären oder gesundheitlichen Gründen nicht arbeiten kann, soll gleichfalls Chancen erhalten. Wer aber die Chancen und Angebote nicht nutzt, sondern den Schutz und die Hilfe missbraucht, muss freiwillig ausreisen oder konsequent abgeschoben werden. Dies gilt vor allem für Straftäter und Gefährder. Dabei bleiben Bagatelldstrafen außer Betracht. Um die Kettenduldungen, die keinen Aufenthaltsstatus und keine Sicherheit bieten, zu beenden, müssen wir für geduldete Menschen ebenfalls Lösungen und Bleibeperspektiven anbieten
Ä-448	12/05 Abt. Hermsdorf	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1587	1587	Die Verfahren zur Anerkennung von Asyl- oder Fluchtgründen müssen deutlich beschleunigt werden. Die Gerichtsverfahren müssen innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen werden. Zugleich muss unter Einsatz moderner Technik der Prüf- und Begründungsaufwand der Verwaltungsgerichte reduziert werden. Mehrjährige Verfahren vor den Behörden und Gerichten sind für die Asylsuchenden und Geflüchteten genauso inakzeptabel wie für die Gesellschaft. Es muss schnell geklärt werden, wer ein Bleiberecht hat und wer nicht.	Die SPD steht für Humanität und Ordnung in der Migrationspolitik. Wir wollen Fachkräftezuwanderung erleichtern, Flüchtlingsschutz wahren, die Gerichtsverfahren beschleunigen, Spurwechsel und Chancen ermöglichen, freiwillige Rückkehr fördern, aber auch Abschiebungen von Ausreisepflichtigen konsequent durchsetzen, insbesondere für Straftäter und Gefährder.
Ä-449	ASJ Landesvorstand	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1587	1588	Die Verfahren zur Anerkennung von Asyl- oder Fluchtgründen müssen deutlich beschleunigt werden. Die Gerichtsverfahren sollen innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen werden. Zugleich muss unter Einsatz moderner Technik der Prüf- und Begründungsaufwand der Verwaltungsgerichte reduziert werden. Mehrjährige Verfahren vor den Behörden und Gerichten sind für die Asylsuchenden und Geflüchteten genauso inakzeptabel wie für die Gesellschaft. Es muss schnell geklärt werden, wer ein Bleiberecht hat und wer nicht.	Die Verfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zur Anerkennung und die häufig anschließenden verwaltungsgerichtlichen Verfahren , um zu klären, wer tatsächlich Schutz braucht, dauern häufig viel zu lange. Die Menschen müssen schneller Rechtssicherheit über ihr Aufenthaltsrecht haben. Die Behörden und Gerichte werden häufig trotz gerichtlicher Entscheidung mit aussichtslosen Folgeanträgen und Gerichtsverfahren überlastet, weil die Zuwanderung derzeit vor allem über das Asylrecht erfolgt und die Möglichkeiten zu einem Spurwechsel zur Fachkräfteeinwanderung erschwert sind. Die Behörden und Gerichte müssen besser personell und technisch professionell mit KI ausgestattet werden, damit Rechtsschutz in angemessener Zeit gewährt und nicht missbraucht wird. Durch ober- und höchstrichterliche Entscheidungen muss der Prüf- und Begründungsaufwand für erstinstanzliche gerichtliche Entscheidungen reduziert werden.
Ä-450	Abteilung Frohnau	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1588	1588	Kunst und Kultur ist mehr als Metropole Die SPD setzt sich ein unter dem Leitgedanken "Die Kunst dem Volke" (Piscator 1924) allen Menschen unabhängig von Einkommen und Bildung, insbesondere den einkommensschwächer gestellten Bevölkerungsgruppen den Zugang zu Bildung und kulturellem Leben zu ermöglichen.	Kunst und Kultur setzen einen Bildungsauftrag um und verstehen sich heute als Förderin der Demokratie und des kritischen Denkens, des Ausprobierens neuer Sicht- und Denkweisen und fördern damit den demokratischen Grundgedanken. Dem sollte sich die SPD verpflichtet fühlen.
Ä-451	Abteilung 04/76 Rund um den Karl-August-Platz	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1588	1590	Rückführungen sollen human und konsequent erfolgen. Freiwillige Ausreisen mit frühzeitigen Rückkehrhilfen bevorzugen wird, da sie humaner sind. Wird dies verweigert, setzen wir, soweit möglich, auf rasche wie konsequente Abschiebungen, insbesondere bei Straftätern und Gefährdern, die unsere freiheitlich demokratische Grundordnung gefährden.	Der Text wird im Interesse einer einheitlichen Aussage der SPD an das Regierungsprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2025 - Mehr für Dich.Besser für Deutschland. - angepasst.
Ä-452	12/05 Abt. Hermsdorf	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1589	1589	nach „freiwilliger Rückkehr“ einfügen: „Wird dies verweigert, setzen wir auf rasche wie konsequente Abschiebungen."	Einen Spurwechsel und Chancen für ein Bleiberecht müssen wir nicht allen, sondern denjenigen anbieten, die sich erfolgreich integrieren und die sich an unsere Regeln halten. Wer die Chancen und Angebote nicht nutzt, sondern die Hilfe missbraucht, muss freiwillig ausreisen oder konsequent abgeschoben werden.
Ä-453	ASJ Landesvorstand	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1589	1589	Wird dies verweigert, setzen wir auf rasche wie konsequente Abschiebungen.	Die SPD steht für Humanität und Ordnung in der Migrationspolitik. Wir wollen Fachkräftezuwanderung erleichtern, Flüchtlingsschutz wahren und Chancen und Bleibeperspektiven bieten, aber wir stehen auch für eine geordnete Zuwanderung, um die Vielfalt und Solidarität der aufnehmenden Gesellschaft zu wahren und nicht zu überfordern. Wenn nach Prüfung und gerichtsfester Entscheidung keinerlei Bleiberecht besteht, und keine freiwillige Ausreise erfolgt, muss die Ausreisepflicht konsequent durchgesetzt werden, gerade auch um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Vertrauen in den Rechtsstaat zu schützen und rechten Narrativen entgegen zu wirken.
Ä-454	12/05 Abt. Hermsdorf	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1591	1591	Klar ist: Wer sich nicht an Regeln hält, muss wieder gehen.	Einen Spurwechsel und Chancen für ein Bleiberecht müssen wir nicht allen, sondern denjenigen anbieten, die sich erfolgreich integrieren und die sich an unsere Regeln halten. Wer die Chancen und Angebote nicht nutzt, sondern die Hilfe missbraucht, muss freiwillig ausreisen oder konsequent abgeschoben werden.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-455	Abteilung 04/76 Rund um den Karl-August-Platz	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1593	1600	Die Berliner Wirtschaft leidet unter einem Fachkräftemangel. Deshalb brauchen wir Einwanderung vor allem beruflich qualifizierter Menschen, auch um unseren Wohlstand zu sich sichern. Dafür brauchen wir eine neue Offenheit für Anwerbungen. Wer Einwanderung will, muss zur Integration, zur selbständigen Gestaltung seines Lebens ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen und zu gleichberechtigter Teilhabe bereit sein. Die Möglichkeiten der Fachkräftezuwanderung müssen weiter vereinfacht und die Verfahren deutlich beschleunigt werden. Wir wollen, dass Beschäftigungshindernisse abgebaut werden, indem berufliche Qualifizierungen und Erfahrungen rascher geprüft und leichter oder zumindest als Teilqualifikationen anerkannt oder durch niedrigschwellige Prüfungen ersetzt werden. Die derzeitige umständlichen Verfahren dienen eher dem Schutz vor Konkurrenz als der Qualitätssicherung. Das gilt auch für Selbständige, die einwandern wollen. Wer bei uns erheblich investieren und ein größeres Unternehmen gründen will, das zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen kann, sollte ein beschleunigtes "Firmengründungsvisum" erhalten. Für die Fachkräftezuwanderung ist auch ein zügiger Familiennachzug zu gewähren, wenn der Lebensunterhalt der Familie gesichert werden kann. Wir begrüßen die Entscheidung des Bundestages, Beschäftigungsverbote für Geflüchtete abzubauen und ihnen nach 3 Monaten die Zulassung zum Arbeitsmarkt zu gestatten. Unser Ziel bleibt klar: Geflüchtete sollen schnell selbst ihren Lebensunterhalt verdienen können. Deshalb stärken wir auch in Berlin Anstrengungen zur Integration in den Arbeitsmarkt weiter.	Bedeutung und Erleichterung der legalen Zuwanderung in den Arbeitsmarkt im Landeswahlprogramm.
Ä-456	Jusos Berlin	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Streichung	1594	1594	Z. 1594 streiche "gesteuerte"	
Ä-457	Abteilung Borsigwalde/Tegel-Süd vom 16. März 2026	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1598	1598	Im Bereich „Teilhabe durch Arbeit“ (Zeile 1598) wird das Wort "wir" eingefügt: ... erleichtern wir den Zuzug von Selbstständigen	Das Wort „wir“ wurde ausgelassen und somit fehlt der Bezug.
Ä-458	12/05 Abt. Hermsdorf	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1598	1598	Nach „Beschäftigungsverbote für Geflüchtete ab.“ folgende Sätze ergänzen: "Wir begrüßen die Entscheidung der Bundesregierung, Beschäftigungsverbote für Geflüchtete abzubauen und setzen uns auf Bundesebene für weitere Erleichterungen ein. Wer erheblich investieren und ein Unternehmen gründen will, das zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen kann, sollte ein beschleunigtes "Unternehmensgründungsvisum" erhalten. Für die Fachkräftezuwanderung ist auch ein zügiger Familiennachzug zu gewähren, wenn der Lebensunterhalt der Familie gesichert werden kann."	Wir müssen nicht nur Fachkräfte gewinnen, sondern auch für Selbstständige attraktiv sein, die einwandern und investieren wollen. Wir brauchen schließlich keine Einbürgerungskampagne, die Menschen in weitere Untätigkeitsklagen treibt, sondern weitere Digitalisierungen der Antragsverfahren und gute Beratungen für Menschen, die eine Einbürgerung anstreben.
Ä-459	ASJ Landesvorstand	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1598	1598	Wir begrüßen die Entscheidung der Bundesregierung, Beschäftigungsverbote für Geflüchtete abzubauen und setzen uns auf Bundesebene für weitere Erleichterungen ein. Wer erheblich investieren kann und ein Unternehmen gründen will, das zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen kann, sollte ein beschleunigtes "Unternehmensgründungsvisum" erhalten. Für die Fachkräftezuwanderung ist auch ein zügiger Familiennachzug zu gewähren, wenn der Lebensunterhalt der Familie gesichert werden kann.	Arbeit und Sprache sind die wesentlichen Wege zur Integration, Beschäftigungsverbote diskriminieren und zwingen Menschen in Sozialleistungen, die arbeiten wollen. Wir wollen Deutschland als attraktives Einwanderungsland auch für Menschen öffnen, die in Deutschland investieren wollen. Dafür brauchen wir schnellere Visaverfahren und Möglichkeiten des Nachzugs für Familienangehörige.
Ä-460	12/05 Abt. Hermsdorf	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1609	1611	Wir bauen die Digitalisierung der Antragsverfahren des Landesamts für Einwanderung und die Beratungsstrukturen aus, um allen Bürger*innen, die die Voraussetzungen erfüllen, einen einfachen und schnellen Weg zur Einbürgerung zu ermöglichen.	Wir müssen nicht nur Fachkräfte gewinnen, sondern auch für Selbstständige attraktiv sein, die einwandern und investieren wollen. Wir brauchen schließlich keine Einbürgerungskampagne, die Menschen in weitere Untätigkeitsklagen treibt, sondern weitere Digitalisierungen der Antragsverfahren und gute Beratungen für Menschen, die eine Einbürgerung anstreben.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-461	ASJ Landesvorstand	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersatzung	1609	1611	Wir bauen die Digitalisierung der Antragsverfahren des Landesamts für Einwanderung und die Beratungsstrukturen aus, um allen Bürger*innen, die die Voraussetzungen erfüllen, einen einfachen und schnellen Weg zur Einbürgerung zu ermöglichen.	Das Landesamt für Einwanderung (LEA) ist mit der Einbürgerungsabteilung bereits bürgernah und interkulturell aufgestellt. Mit dem 24/7 erreichbaren digitalen Antrag und dem kostenlosen Quickcheck ist das LEA Vorreiter und Vorbild in Deutschland. Das gilt auch für Anteil von Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund, der im LEA deutlich über dem Landesschnitt der Behörden und dem Durchschnitt der Berliner Bevölkerung liegt. Daher vermittelt das WP derzeit ein falsches Bild. Wissenschaftliche Studien haben gezeigt, dass Einbürgerungskampagne nur dann sinnvoll sind, wenn auf Seiten der Einbürgerungsbehörden entsprechende Anträge auch schnell bearbeitet werden können. In Berlin besteht für eine Kampagne kein Bedarf, da bereits jetzt mehr Anträge gestellt werden, als Einbürgerungen erfolgen können, obwohl mit knapp 40.000 Einbürgerungen im LEA die Zahl mehr als vervierfacht wurde. Einbürgerungskampagnen wecken falsche Hoffnungen und Erwartungen und führen zu weiteren Untätigkeitsklagen und Überlastungen. Wir brauchen weitere Digitalisierungen der Antragsverfahren und gute Beratungen für Menschen, die eine Einbürgerung anstreben.
Ä-462	04/76 SPD Abteilung rund um den Karl-August-Platz	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1617	1618	Derzeit variieren die Zahlen der Geflüchteten in den Bezirken stark. Manche Bezirke nehmen doppelt soviel oder mehr als andere auf. Wir wollen, dass in allen Bezirken ungefähr gleichviel Gemeinschaftsunterkünfte bestehen.	Die Gemeinschaftsunterkünfte sind ungerecht über die Stadt verteilt.
Ä-463	Jusos Berlin	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Streichung	1617	1617	streiche Z. 1617 ab "zudem" bis "verteilen"	
Ä-464	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1619	1619	Ergänze nach „aus.“: „Die Einrichtung von Sekundärmigrationszentren und die Anwendung von Ausgangssperren von Geflüchteten lehnen wir ab und werden sie in Berlin nicht anwenden.“	
Ä-465	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1637	1637	Ergänze nach „berufsorientierte“: „und berufsbegleitende“	Ein zentrales Defizit bei der Sprachkursinfrastruktur ist das Fehlen berufsbegleitender Sprachkurse, um Arbeitsmarktintegration und das Erreichen eines hohen Sprachniveaus gleichermaßen zu fördern.
Ä-466	Abteilung Frohnau	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Streichung	1639	1640	Streichung: Eine Bezahlkarte für Geflüchtete lehnen wir ab. Sie schränkt Teilhabe am öffentlichen Leben stark ein.	Die Bezahlkarte ist vom Senat bereits beschlossen und wird eingeführt. Unabhängig von der Bewertung der Bezahlkarte, ist es unglaublich, erst im Senat der Einführung zuzustimmen und die Bezahlkarte dann abzulehnen. Dann hätte sie nicht beschlossen werden dürfen.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-467	FA XII Kulturpolitik	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1659	1706	Der Landesparteitag möge beschließen: Im Kapitel „Kulturmetropole Berlin“ werden folgende Absätze eingefügt: Einfügen nach Zeile 1659: „Kultur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Berlin bleibt nur dann die Kulturmetropole Europas, wenn die kulturelle Infrastruktur in ihrer ganzen Breite gesichert wird: von Ateliers, Projekträumen und Werkstätten über Clubs, Spielstätten und Produktionsorte bis zu Bibliotheken, Musikschulen, kommunalen Galerien, Jugendkunstschulen und soziokulturellen Orten in allen Bezirken." „Kultur ist für Berlin nicht nur gesellschaftliches Fundament, sondern auch ein zentraler Wirtschaftsfaktor. Wer Berlin als Kulturmetropole sichern will, muss deshalb kulturelle Infrastruktur, künstlerische Produktion, faire Arbeitsbedingungen und kulturelle Räume gleichermaßen stärken. Dies werden wir bei Groß-Ereignissen der Hauptstadt zukünftig im Konzept Kulturelle Infrastruktur x Olympia, Expo, Hauptstadt-Jubiläum sichern und abbilden." Einfügen nach Zeile 1668: „Die SPD Berlin setzt sich für verlässliche Kulturförderung ein. Dazu gehören mehrjährige Förderungen, frühzeitige Bewilligungen, transparente Verfahren sowie Förderstrukturen, die Qualität, Kontinuität und kulturelle Vielfalt ermöglichen, statt prekäre Unsicherheit zu verstetigen." „Wer Kulturmetropole sagt, muss auch gute Arbeit meinen. Deshalb setzen wir uns für faire Vergütung, verbindliche Honoraruntergrenzen und die realistische Berücksichtigung von Tarif- und Kostensteigerungen ein." Einfügen nach Zeile 1677: „Kulturmetropole Berlin heißt kulturelle Teilhabe in der ganzen Stadt. Deshalb stärken wir die bezirkliche Kulturarbeit, Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen, kommunale Galerien, Jugendkunstschulen und niedrigschwellige Kulturangebote in allen Kiezen. Kultur darf nicht auf wenige sichtbare Institutionen in der Innenstadt verengt werden." Einfügen nach Zeile 1685: „Die SPD Berlin will ein Berliner Kulturfördergesetz. Wir haben diese Forderung als erste Partei in Berlin programmatisch erhoben und treiben sie weiter voran. Ein Berliner Kulturfördergesetz soll Transparenz, Verlässlichkeit und Beteiligung stärken, soziale Fairness, Diversität und Inklusion strukturell verankern und die öffentliche Verantwortung für kulturelle Infrastruktur verbindlich absichern." „Kulturpolitik ist auch Raumpolitik. Ateliers, Probenräume, Produktionsorte und soziokulturelle Räume müssen geschützt, ausgebaut und langfristig gesichert werden. Landeseigene Immobilien sollen stärker für kulturelle Nutzungen geöffnet und bei Stadtentwicklung und Neubau kulturelle Flächen verbindlich mitgedacht werden. Analog zum Sport sollen Räume kostenlos zur Verfügung gestellt werden." "Einfügen nach Zeile 1700: Die SPD Berlin hält an der Verankerung von Kultur als Staatsziel im Grundgesetz fest und wird sich dafür stark machen, um den Schutz und die Förderung von Kultur als bindende Verpflichtung des Staates zu etablieren und die Demokratie zu stärken."	Begründung Berlin ist nur dann glaubwürdig die Kulturmetropole Europas, wenn Kultur nicht nur symbolisch beschworen, sondern materiell, sozial und strukturell gesichert wird. Kultur ist Daseinsvorsorge, demokratische Infrastruktur und ein zentraler Wirtschafts- und Arbeitsmarktfaktor dieser Stadt. Gerade unter den Bedingungen von Haushaltsdruck, Verdrängung, prekären Arbeitsbedingungen und wachsendem Raumverlust braucht Berlin eine Kulturpolitik, die Verlässlichkeit schafft, Beteiligung stärkt und öffentliche Verantwortung verbindlich absichert. Dazu gehören planbare Förderung, faire Honorare, gesicherte Räume und kulturelle Teilhabe in allen Bezirken. Die SPD Berlin hat die Forderung nach einem Berliner Kulturfördergesetz programmatisch erhoben. Daran wird sie festhalten und diesen Anspruch 2026 sichtbar erneuern. Der Änderungsantrag konkretisiert deshalb den sozialdemokratischen Anspruch auf eine soziale, demokratische und zukunftsste Kulturmetropole Berlin.
Ä-468	Abt. 15 SPD Pankow	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1659	1659	Kulturelle Leuchttürme wie die Kulturbrauerei sollen gemeinsam mit ihren Kulturakteuren gesichert werden.	Zur Hauptstadt gehören bekannte kulturelle Leuchttürme wie die Kulturbrauerei. Da die Schließungen wichtiger Kultureinrichtungen weiterhin in Gang sind oder drohen, ist die Sicherung der KulturBrauerei als einer der bekanntesten Zentren der Kulturszene der Stadt für die Kulturmetropole Berlin auch von strukturpolitischer Bedeutung. Das Ziel der Sicherung bindet zugleich auch ihre Kulturakteure ein und trägt zur Nachhaltigkeit der Maßnahme bei.
Ä-469	Jusos Berlin	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1662	1662	Z. 1662 einfügen hinter ein: Wir fördern barrierefreie Kulturangebote.	
Ä-470	Abteilung Frohnau	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1665	1665	Wir setzen uns für eine aktive Vernetzung der freien Kunstszene mit der städtischen, mit staatlichen Kultureinrichtungen wie auch den Bibliotheken zum Austausch und Unterstützung	Kunst und Kultur setzen einen Bildungsauftrag um und verstehen sich heute als Förderin der Demokratie und des kritischen Denkens, des Ausprobierens neuer Sicht- und Denkweisen und fördern damit den demokratischen Grundgedanken. Dem sollte sich die SPD verpflichtet fühlen.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-471	Abt. 07/01 Tempelhof	Kulturmetropole Berlin	Einfügung	1668		Einfügen nach Zeile 1668: „Die SPD Berlin setzt sich für verlässliche Kulturförderung ein. Dazu gehören mehrjährige Förderungen, frühzeitige Bewilligungen, transparente Verfahren sowie Förderstrukturen, die Qualität, Kontinuität und kulturelle Vielfalt ermöglichen, statt prekäre Unsicherheit zu verstetigen. Wer Kulturmetropole sagt, muss auch gute Arbeit meinen. Deshalb setzen wir uns für faire Vergütung, verbindliche Honoraruntergrenzen und die realistische Berücksichtigung von Tarif- und Kostensteigerungen ein.“	
Ä-472	Abteilung Frohnau	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1671	1672	Ändern in: Das bereits vorliegende ausgearbeitete Bibliotheksentwicklungs-Gesetz ist endlich umzusetzen.	Der Ausbau der Kiez Treffpunkte erfolgt zurzeit nach dem von der Vorgängerregierung vorgelegten Entwicklungsplan. Das bereits vorliegende dazu passende und erforderliche Gesetz ist zu verabschieden, damit der künftige Weg auch für die Stadtteilbibliotheken abgesichert und mit ausreichender Finanzierung hinterlegt wird.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-473	Abteilung Kreuzberg 61 (Abteilung 02 aus Kreisverband 02)	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1674	1674	Der Landesparteitag möge beschließen: der Entwurf des Wahlprogramms der SPD Berlin zur Abgeordnetenhauswahl 2026 wird wie folgt geändert: In Zeile 1674 nach „Treffpunkte in den Kiezen aus.“ wird eingefügt: „Die Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) wird nach ihrem Umzug an den Standort der Amerika-Gedenkbibliothek als Metropolenbibliothek neu eröffnet. Mehr als 30 Jahre nach der Vereinigung beider Stadthälften muss die Spaltung der ZLB auf zwei Standorte dringend überwunden werden, damit die ZLB ihre Aufgabe als Zentralbibliothek endlich erfüllen kann.“	Im Wahlprogramm für die Jahre 2021-26 steht die Forderung die ZLB am Standort Amerika-Gedenkbibliothek zu etablieren. Es ist exakt der oben als erster Satz stehende Text. Seit der Wiedervereinigung 1990 ist es nicht gelungen eine Zentralbibliothek für ganz Berlin zu etablieren. Die Spaltung auf zwei Standorte ist den Nutzern nicht länger zumutbar, wir brauchen endlich eine Zusammenführung an einem Standort. Beide aktuell genutzten Bestandsgebäude haben dringenden Sanierungsbedarf. Ohne Standortentscheidung kann sinnvollerweise keine Sanierung stattfinden, daher ist eine schnelle Lösung erforderlich. Bereits im Juni 2018 hat der Senat beschlossen die ZLB am Blücherplatz durch Ergänzungsbauten zur Amerika-Gedenkbibliothek zu errichten. Seit 2019 liegt hierfür eine Machbarkeitsstudie eines Planungsbüros vor. Trotzdem wird seit Jahren weiter über den Standort der ZLB diskutiert: früher über Standorte im ehemaligen Flughafen Tempelhof oder auf dem Tempelhofer Feld, zuletzt der Standort in der ehemaligen Galeries Lafayette. Aktuell wird für den Bibliotheksstandort im Gebäude des Galeria Kaufhauses am Alexanderplatz geworben, obwohl die Mietkosten aus sachlichen Gründen hier sicher ähnlich exorbitant hoch sein werden wie bei der Galeries Lafayette. Jahrzehntelange, ergebnislose Diskussionen über den richtigen Bibliotheksstandort befeuern die Politikverdrossenheit. Darum brauchen wir jetzt eine Lösung die funktioniert, und dann auch realisiert wird. Der Standort am Blücherplatz ist der am besten geeignete und kostengünstigste Standort von allen aktuell und in der Vergangenheit in der Diskussion befindlichen möglichen Standorten. Das Bestandsgebäude der Amerika-Gedenkbibliothek kann auch zukünftig genutzt werden, und befindet sich im Eigentum des Landes Berlin. Gegenüber dem Umbau oder Neubau eines anderen Standortes ist der Platzbedarf geringer, weil bereits bestehende Flächen auch zukünftig genutzt werden können. Die am Blücherplatz für Erweiterungsbauten erforderlichen Grundstücke befinden sich alle im Landeseigentum, es ist kein teurer Grunderwerb von privaten Grundstückseigentümern erforderlich. Ganz wichtig ist der Fakt dass sich der Standort Blücherplatz im EIGENTUM des Landes Berlin befindet. Damit ist eine unbegrenzte, Jahrzehnte dauernde Nutzung als Bibliothek gewährleistet, und es muß nicht wie bei angemieteten Standorten nach Ende der Mietlaufzeit wieder nach einem neuen Standort gesucht werden. Der Standort Blücherplatz ist und bleibt uns sicher erhalten. Positiv ist die verkehrsgünstige Lage am südlichen Ende der Friedrichstadt, unmittelbar am Kreuzungsbahnhof Hallesches Tor. Eine optimale ÖPNV-Anbindung in alle vier Himmelsrichtungen ist damit gewährleistet, so dass Nutzer aus allen Stadtbezirken die ZLB schnell erreichen können. Zu anderen möglichen Standorten ist anzumerken: Der Standort Galeries Lafayette / Quartier 207 hätte vom Eigentümer Tishman-Speyer nur angemietet, jedoch nicht erworben werden können. Die auf 589 Millionen € geschätzten Kosten für Umzug und Umbau waren natürlich zu hoch. Am Standort Galeria Kaufhof am Alexanderplatz werden aktuell 35.000 m² Verkaufsfläche durch das Kaufhaus genutzt. Mit den Nebenflächen für Lager und Büro kommt man auf geschätzt maximal 42.000 m² Nutzfläche. Da das Kaufhaus in verkleinerter Form weiter betrieben werden soll, ist völlig unklar wie dies mit den für die Bibliotheksnutzung (am Standort Amerika-Gedenkbibliothek) kalkulierten 38.000 m² Nutzfläche in dem bestehenden Gebäude in Übereinstimmung gebracht werden kann. Völlig unklar ist ebenfalls wie das Gebäude für die Bibliotheksnutzung ertüchtigt werden kann: Bücher haben ein sehr hohes Gewicht, weshalb eine deutlich höhere Deckentraglast als für Wohn-, Büro- oder Verkaufsflächen erforderlich ist. Unklar ist ebenfalls die Miethöhe. Schon der damals angedachte Standort im Gebäude des ehemaligen Flughafen Tempelhof scheiterte an den Umbaukosten die u. a. für die erforderlichen Deckentraglasten aufzuwenden gewesen wären.
Ä-474	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1674	1674	Ergänze nach „Kiezen aus.“: „Wir setzen uns dafür ein, dass die Zentral- und Landesbibliothek möglichst bald einen neuen Standort erhält, der ihren vielfältigen Aufgaben gerecht wird.“	
Ä-475	Abt. 07/01 Tempelhof	Kulturmetropole Berlin	Einfügung	1677		Einfügen nach Zeile 1677: „Kulturmetropole Berlin heißt kulturelle Teilhabe in der ganzen Stadt. Deshalb stärken wir die bezirkliche Kulturarbeit, Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen, kommunale Galerien, Jugendkunstschulen und niedrigschwellige Kulturangebote in allen Kiezen. Kultur darf nicht auf wenige sichtbare Institutionen in der Innenstadt verengt werden.“	

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id		Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-476	Abt. 07/01 Tempelhof	Kulturmetropole Berlin	Einfügung	1685			Einfügen nach Zeile 1685: „Die SPD Berlin will ein Berliner Kulturfördergesetz. Wir haben diese Forderung als erste Partei in Berlin programmatisch erhoben und treiben sie weiter voran. Ein Berliner Kulturfördergesetz soll Transparenz, Verlässlichkeit und Beteiligung stärken, soziale Fairness, Diversität und Inklusion strukturell verankern und die öffentliche Verantwortung für kulturelle Infrastruktur verbindlich absichern. Kulturpolitik ist auch Raumpolitik. Ateliers, Probenräume, Produktionsorte und soziokulturelle Räume müssen geschützt, ausgebaut und langfristig gesichert werden. Landeseigene Immobilien sollen stärker für kulturelle Nutzungen geöffnet und bei Stadtentwicklung und Neubau kulturelle Flächen verbindlich mitgedacht werden. Analog zum Sport sollen Räume kostenlos zur Verfügung gestellt werden.“	
Ä-477	Abteilung Frohnau	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1687	1687		Die SPD wird bezirksweite und ggf. landesweite nationale und internationale Graffiti Wettbewerbe für ein buntes und attraktives Stadtbild (auch als Tourismusattraktion) einführen. An der finanziellen Umsetzung sind neben der Tourismusbehörde auch die Bezirke und die dortigen Gewerbetreibenden einzubeziehen.	Gemeinden in Frankreich haben damit gute Erfahrungen gesammelt. Damit könnten auch die Kosten für eine solche Förderung auf mehr Beteiligte umgelegt werden.
Ä-478	Mitgliederversammlung Abteilung 06/01 Steglitz Zentrum	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1690	1690		ergänze Absatz: "Unsere Stadt zeichnet sich gerade auch durch eine reiche Architekturgeschichte aus, die zu Zeitreisen in die Berliner Moderne einlädt. Zu den auch international bekannten, ikonischen Beispielen der Pop-Architektur der 70er Jahre zählt der in die Tiburtiusbrücke über der Steglitzer Schloßstraße integrierte Bierpinsel . Es ist nicht länger hinnehmbar, dass eines der markantesten Bauwerke der Berliner Nachkriegsmoderne vergammelt. Wir werden deshalb gemeinsam mit dem Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf prüfen, ob nicht die Heimfallklausel des Erbbaurechtsvertrags geltend gemacht werden muss, damit Land und Bezirk selbst nach einer geeigneten Nutzung des Gebäudes suchen können."	
Ä-479	FA XII Kulturpolitik	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1695	1699		„Wir entwickeln den Hauptstadtfinanzierungsvertrag weiter und stärken die Mitverantwortung des Bundes für die Berliner Kultur. Berlin ist Kulturmetropole von nationaler und internationaler Bedeutung. Deshalb wollen wir die kulturelle Infrastruktur unserer Stadt verlässlich, gerecht und zukunftsfest absichern. Sozialdemokratische Kulturpolitik verbindet kulturelle Vielfalt, soziale Gerechtigkeit, demokratische Transparenz und strategische Zukunftsfähigkeit. Berlin braucht eine abgestimmte Strategie zwischen Land und Bund. Wir setzen uns weiter ein für transparente Förderstrukturen, resiliente Kulturinstitutionen und ein Berliner Kulturfördergesetz, das Verlässlichkeit, Teilhabe und Entwicklungsperspektiven für die Kultur, die kulturelle Infrastruktur, dieser Stadt sichert und stärkt.“	Berlin braucht als Hauptstadt eine abgestimmte Strategie zwischen Land und Bund. Wir wollen transparente Förderstrukturen, resiliente Kulturinstitutionen und ein Berliner Kulturfördergesetz, das Verlässlichkeit, Teilhabe und Entwicklungsperspektiven für die Kultur, die kulturelle Infrastruktur, dieser Stadt stärkt.“
Ä-480	Abteilung 1 - Lichtenberg	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1700	1700		Dazu gehört für uns auch eine Dauerausstellung zu politischer, insbesondere rechtsextremer, rassistischer Gewalt in (Ost-)Berlin und (Ost-)Deutschland.	
Ä-481	SPD Dahlem	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1701	1705		Aufarbeitung kolonialer Geschichte Wir verankern das gesamtstädtische Aufarbeitungskonzept der Koordinierungsstelle bei "Decolonize Berlin" und des Erinnerungskonzepts "Kolonialismus erinnern" dauerhaft und setzen die Empfehlungen schrittweise um. Wie setzen uns für einen zentralen Gedenk- und Lernort zur Kolonialvergangenheit und die Erhaltung und Fortentwicklung von dezentralen Lern-, Bildungs- und Erinnerungsorten ein.	wir möchten diese wichtige Aufgabe klarer und zielorientierter im Wahlprogramm wiederfinden- Es sollte präziser formuliert werden
Ä-482	Fachausschuss I: Internationale Politik, Frieden und Entwicklung	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1702	1703		Ersetze "Wir verankern das Erinnerungskonzept „Kolonialismus erinnern“ dauerhaft und setzen seine Empfehlungen schrittweise um." durch "Wir verankern das gesamtstädtische Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzept „Kolonialismus erinnern“ dauerhaft und setzen seine Empfehlungen schrittweise um."	Dies ist eine reine redaktionelle Änderung, da wir die Fortführung des Programms als sehr wünschenswert betrachten, aber im Wahlprogramm auch der offizielle Name stehen sollte
Ä-483	Abt. Wilmersdorf-Südost (04/91)	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1705	1706		Industriekultur Als Heimat von Siemens, Borsig und der AEG hat Berlin ein reiches industriekulturelles Erbe. Dieses Erbe wollen wir für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung nutzen. Das Berliner Zentrum Industriekultur bleibt für uns der zentrale Akteur bei der Erforschung und Vermittlung der Industriekultur in unserer Stadt. Wir werden weitere Radrouten zur Industriekultur als Teil des offiziellen Rad-Wegweisungssystems ausschildern und so der deutschlandweit gewürdigten Entwicklung der Radrouten der Berliner Industriekultur die notwendige öffentliche Wahrnehmbarkeit verschaffen.	Berlin war im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert eine der größten Industriestädte des Kontinents und ein weltweites Innovationszentrum. Das reiche industriekulturelle Erbe sollte bewahrt und vermittelt werden. Es sollte aber auch genutzt werden, um die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen. Für beides stehen das Berliner Zentrum Industriekultur und die von ihm entwickelten Radrouten als wichtiges (und relativ kostengünstiges) Marketinginstrument.
Ä-484	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1705	1705		Ergänze: „Dazu gehört auch die Umbenennung von Straßen, die auch in Berlin noch an Kolonialverbrecher erinnern.“	

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-485	Forum Sport	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1733	1733	schaffen wir eine zentrale Plattform für Sport- und Freizeitangebote, aufbauend auch auf die transparente Sportstättenvergabe.	Kleine Ergänzung, aus unserer Sicht redaktionell. Wir haben in den letzten Jahren alle Sportstätten erfasst. Es macht Sinn, auf diese Datenbank aufzusetzen und hier jetzt die Angebote zu ergänzen und nicht eine weitere Datenbank aufzubauen.
Ä-486	Forum Sport	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1734	1735	und führen verpflichtenden Schwimmunterricht, den Ausbau der Schulschwimmzentren sowie die Schwimm-Intensivkurse fort.	Aus unserer Sicht redaktionell. Erwähnung der in Berlin durch uns etablierten Schulschwimmzentren. Und statt Ferienkurse der korrekte Begriff der Schwimm-Intensivkurse.
Ä-487	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1740	1740	Ergänze: „Wir prüfen unbürokratische Instandhaltungsbudgets, die Vereine selbstbestimmt und ohne komplizierte Antragsverfahren nutzen können.“	Viele Ehrenamtliche in den Vereinen beschwerten sich über komplizierte Antragsverfahren auch für kleine Instandsetzungen und Materialbeschaffungen für Eigenleistungen. Um das Engagement in den Vereinen zu fördern, sollten Möglichkeiten pilotiert werden, unbürokratischer Mittel für die Instandhaltung der Platzanlagen, Sportheime etc. bereitzustellen.
Ä-488	SPD Hufeisensiedlung, Abteilungssitzung 17.03.2026	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ergänzung	1740	1740	„Wir prüfen unbürokratische Instandhaltungsbudgets, die Vereine oder Verbände selbstbestimmt und ohne komplizierte Antragsverfahren nutzen können.“	Wir unterstützen den Fokus des Programms auf Sport und Sportvereine als wichtige Orte des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Nahezu die gesamte Arbeit rund um das Vereinsleben findet ehrenamtlich statt. Viele Ehrenamtliche empfinden es dabei als ermüdend, dass sie auch dann, wenn sie wichtige Arbeiten (z.B. die Instandhaltung von Kabinen oder Platzanlagen) in Eigenleistung ausführen, ergänzende Förderung in langwierigen Antragsprozessen bei den Bezirksämtern beantragen müssen. Wir wollen mehr Vertrauensvorschuss und treten dafür ein, dass Vereine (kleine) Instandhaltungsbudgets für ihre Anlagen erhalten, die sie frei nutzen können und für die sie Belege erst nachträglich einreichen müssen. In einem Pilotverfahren könnte erprobt werden, ob die Gelder vertrauensvoll genutzt werden und sie zu mehr Engagement und Motivation in den Vereinen führen.
Ä-489	Forum Sport	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1746	1746	Ersetze „qualifizieren“ durch „unterstützen“	Redaktionelle Änderung: Das Qualifizieren erfolgt ja nicht durch uns als SPD, sondern mit unserer Unterstützung.
Ä-490	Forum Sport	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1753	1755	Wir setzen uns für den Neubau des Jahn-Sportparks als inklusiven Sportpark für alle und für die Weiterentwicklung des Sportforums zum nationalen Spitzensportzentrum gemeinsam mit dem Bund ein.	Auch rein redaktionell, da ging etwas durcheinander. Das Sportforum soll nationales Spitzensportzentrum werden. Die Paul-Heyse-Str. ist Filialstandort und muss hier nicht extra erwähnt werden.
Ä-491	Forum Sport	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1761	1761	Die Fördervereinbarung mit dem Landessportbund...	Rein redaktionell: Vertragspartner ist natürlich nicht „der Sport“, sondern der Landessportbund. Umgangssprachlich setzen wir das häufig synonym, im Programm sollte es korrekt sein.
Ä-492	Abteilung 6/3 Lichterfelde-West	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Streichung	1771	1779	Streiche den kompletten Abschnitt "Wir wollen Olympische Spiele in Berlin"	Siehe ÄA der Abteilung 6/3 zu den Zeilen 382-396. Im Übrigen konnte die Debatte auf dem Landesparteitag, die zu dieser Thematik in Aussicht gestellt wurde, nicht stattfinden, da durch Aussagen der Parteispitzen Tatsachen geschaffen wurden. Die Partei ist hier mitnichten grundsätzlich derselben Meinung und es bedarf dringend einer Debatte und einer Abstimmung. Diese sollten wir nun durch diese und sicherlich vieler weiterer Anträge verschiedenster Gremien dazu, endlich führen.
Ä-493	Jusos Berlin	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Streichung	1771	1779	Streiche Z. 1771-1779	
Ä-494	Forum Sport	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1775	1775	Statt Berlin plus bitte Berlin+	Rein redaktionelle Anpassung, an die Schreibweise, die der Senat verwendet hat.
Ä-495	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1782	1782	Ersetze nach „bis“ durch: „deutlich vor“	gem. Beschluss Leitantrag LPT 2023/2
Ä-496	Jusos Berlin	Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie	Ersetzung	1782	1782	ersetze 2045 durch 2040	Beschlusslage
Ä-497	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1797	1797	Ergänze nach „Klimaneutralität“: „deutlich“	gem. Beschluss Leitantrag LPT 2023/2
Ä-498	Jusos Berlin	Verantwortung, die uns alle trägt	Ersetzung	1797	1797	ersetze 2045 durch 2040	Beschlusslage
Ä-499	Abteilung Rixdorf, Neukölln	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1803	1803	Ergänze nach „Ladeinfrastruktur“: „Wir nehmen eine sozial gerechte Umsetzung als Teil unserer Verantwortung wahr. Haushalte mit niedrigem Einkommen sollen durch Klimaschutzmaßnahmen nicht zusätzlich belastet werden.“	
Ä-500	Abteilung Rixdorf (01), Neukölln	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1803	1803	Ergänze nach „Ladeinfrastruktur“: „Wir nehmen eine sozial gerechte Umsetzung als Teil unserer Verantwortung wahr. Haushalte mit niedrigem Einkommen sollen durch Klimaschutzmaßnahmen nicht zusätzlich belastet werden.“	
Ä-501	Fachausschuss Natur, Energie und Umweltschutz (FA X)	Verantwortung, die uns alle trägt	Ersetzung	1811	1811	Änderungsvorschlag in Absatztitel: „Energieeinsparung und Umstellung der Wärmeerzeugung in Gebäuden“	Auch Erneuerbare Energien und Abwärme kosten Geld. Eine Begrenzung des Wärmebedarfs mit geringinvestiven Mittel ist daher dringend, um die Heizkosten zu senken. Im Übrigen entlastet es auch die Wärmelieferanten und Netzbetreiber – sowohl BEW als auch Stromnetz Berlin - , wenn sie weniger „grüne“ Energie erzeugen und die Energieinfrastruktur weniger kostenintensiv aus- und umgebaut werden muss.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-502	0470 Westend-Klausenerplatz	Verantwortung, die uns alle trägt	Ersetzung	1818	1822	Für Gebäude ohne Fernwärmeperspektive setzen wir auf quartiers- und kiezbezogene Lösungen, die durch die Realisierung von Skaleneffekten leistungsfähiger und effizienter sind als Einzelmaßnahmen. Wir unterstützen sie durch aufsuchende Beratung und aktives Verwaltungshandeln. So fördern wir etwa die Mehrfachnutzung von Quartiersflächen, die gezielte Integration von Wärmepumpen in Kombination mit Speichertechnologie und den systematischen Einsatz von oberflächennaher Geothermie.	Die Energiewende im Gebäudesektor entscheidet sich nicht allein am Ausbau erneuerbarer Energien, sondern zunehmend an deren effizienter Integration in das Energiesystem. Gerade in einer dicht besiedelten Metropole wie Berlin kommt dabei quartiersbezogenen Lösungen, Wärmepumpen und Speichertechnologien eine zentrale Rolle zu. Insbesondere die Kombination von Wärmepumpen mit Speichertechnologien ist ein zentraler Baustein für eine sozial gerechte Wärmewende. Sie erhöht die Effizienz, senkt langfristig die Betriebskosten und reduziert die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und deren Preisschwankungen. Gerade für Mieter*innen und Haushalte mit geringeren Einkommen ist dies von großer Bedeutung.
Ä-503	Fachausschuss Natur, Energie und Umweltschutz (FA X)	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1822	1822	anfügen: "... und Wärmepumpen."	Für die Wärmewende werden neben der Nutzung der Geothermie die Nutzung von Wärmepumpen zentral sein.
Ä-504	Abteilung Rixdorf (01), Neukölln	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1829	1829	Ergänze nach „Modernisierung“: „kostenfrei und niedrigschwellig“	
Ä-505	Abteilung Rixdorf (01), Neukölln	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1835	1835	Ergänze nach „Wärme“: „durch Investitionszuschüsse und Beratungsprogramme“	
Ä-506	Abteilung Rixdorf (01), Neukölln	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1835	1835	Ergänze nach „Wärme“: „durch Investitionszuschüsse und Beratungsprogramme“	
Ä-507	Jusos Berlin	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1839	1839	Z. 1839: ergänze nach „ist.“: „Daneben prüfen wir eine klimaschutzgerechtere Anwendung der Milieuschutz-Verordnung, sodass der Schutz der Mieter:innen sowie die nötige Modernisierung von Gebäuden im Sinne des Klimaschutz, wie z.B. Verbesserungen bei der Wärmedämmung oder den Einbau von klimaverträglicheren Heizalternativen, besser miteinander einhergehen können. Bei der Beurteilung der Verträglichkeit der Mietkosten soll ebenfalls verstärkt die Warmmiete sowie deren Entwicklung in den Blick genommen werden.“	
Ä-508	02/02 Kreuzberg 61	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1843	1844	Wir setzen uns dafür ein, dass die öffentlichen Gebäude Berlins umgehend mit schnell skalierbaren Technologien zur Energieeffizienz ausgerüstet werden. Diese sozialen und klimawirksamen Lösungen sollen auch von den Wohnungsbaugesellschaften umgesetzt werden, da so der durchschnittliche Berliner Haushalt bis zu 300 € pro Jahr an Heizkosten einsparen kann.	Unter SPD-Führung hat das Facility Management in Friedrichshain-Kreuzberg gezeigt, dass der Einsatz neuer und smarter Technologien beim hydraulischen Abgleich und der Steuerung der Heizkreise in den öffentlichen Gebäuden kurzfristig 20 % und mehr an Heizenergie einspart. Durch diese innovativen Ansätze, die kurzfristig und im laufenden Betrieb einbaubar sind und die dauerhaft für Einsparungen sorgen, können Heizkosten und CO₂-Ausstoß sofort spürbar gesenkt werden. Durch den breiten Einsatz dieser Technologien in 68 öffentlichen Liegenschaften ist Friedrichshain-Kreuzberg der erste und bisher einzige Bezirk, der die gesetzlichen Klimaziele für 2030 bereits jetzt einhält. Für allen 68 Liegenschaften waren Investitionen von 1.321.000 € nötig, die sich aufgrund von Energieeinsparungen von ca. 1.000.000 € p/a nach weniger als zwei Jahren amortisierten. Diese Erfolge sind für die meisten öffentlichen Gebäude in Berlin realisierbar, kosten nur einen Bruchteil im Verhältnis zu aufwendigen Sanierungen und senken die Emissionen und Heizkosten sofort. Die Technologien lassen sich auch in vielen Wohngebäuden mit Zentralheizungen einsetzen. Bei angenommenen Heizkosten von ca. 1.500 € pro Jahr pro Haushalt, würden Energieeinsparungen von 20 % bis zu 300 € jährliche Erleichterungen für jeden Haushalt bedeuten. Aufgrund der günstigen Umsetzungen dieser Technologien, sind sie sozial gerecht, sofort klimawirksam und auch für Vermieter lohnenswert, da sich diese aufgrund gesetzlicher Regelungen an den CO₂-Kosten, die bei der Energieversorgung ihrer Gebäude entstehen beteiligen müssen. Der Einsatz dieser schnell skalierbaren Technologien ist ein wichtiger Schritt, der umgehend durchgeführt werden sollte. Zeitgleich müssen die deutlich aufwendigeren und langwierigen Sanierungen weitergeführt werden.
Ä-509	Landesforum Sozialer Klimaschutz	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1843	1844	Wir setzen uns dafür ein, dass die öffentlichen Gebäude Berlins umgehend mit schnell skalierbaren Technologien zur Energieeffizienz ausgerüstet werden. Diese sozialen und klimawirksamen Lösungen sollen auch von den Wohnungsbaugesellschaften umgesetzt werden, um Heizkosten zu sparen.	

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-510	Abteilung 09/15	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1843	1844	Wir setzen uns dafür ein, dass die öffentlichen Gebäude Berlins umgehend mit schnell skalierbaren Technologien zur Energieeffizienz ausgerüstet werden. Diese sozialen und klimawirksamen Lösungen sollen auch von den Wohnungsbaugesellschaften umgesetzt werden, um Geld zu sparen.	Unter SPD-Führung hat das Facility Management in Friedrichshain-Kreuzberg gezeigt, dass der Einsatz neuer und smarter Technologien beim hydraulischen Abgleich und der Steuerung der Heizkreise in den öffentlichen Gebäuden kurzfristig 20 % und mehr an Heizenergie einspart. Durch diese innovativen Ansätze, die kurzfristig und im laufenden Betrieb einbaubar sind und die dauerhaft für Einsparungen sorgen, können Heizkosten und CO₂-Ausstoß sofort spürbar gesenkt werden. Durch den breiten Einsatz dieser Technologien in 68 öffentlichen Liegenschaften ist Friedrichshain-Kreuzberg der erste und bisher einzige Bezirk, der die gesetzlichen Klimaziele für 2030 bereits jetzt einhält. Für allen 68 Liegenschaften waren Investitionen von 1.321.000 € nötig, die sich aufgrund von Energieeinsparungen von ca. 1.000.000 € p/a nach weniger als zwei Jahren amortisierten. Diese Erfolge sind für die meisten öffentlichen Gebäude in Berlin realisierbar, kosten nur einen Bruchteil im Verhältnis zu aufwendigen Sanierungen und senken die Emissionen und Heizkosten sofort. Die Technologien lassen sich auch in vielen Wohngebäuden mit Zentralheizungen einsetzen. Bei angenommenen Heizkosten von ca. 1.500 € pro Jahr pro Haushalt, würden Energieeinsparungen von 20 % bis zu 300 € jährliche Erleichterungen für jeden Haushalt bedeuten. Durch die schnelle und kostengünstige Umsetzbarkeit dieser Technologien sind sie sozial gerecht, sofort klimawirksam und auch für Vermieter lohnenswert, da sich diese aufgrund gesetzlicher Regelungen an den CO₂-Kosten, die bei der Energieversorgung ihrer Gebäude entstehen, beteiligen müssen. Der Einsatz dieser schnell skalierbaren Technologien ist ein wichtiger Schritt, der umgehend und mit klarer Priorisierung durchgeführt werden sollte. Für geringere Nebenkosten in Wohnhäusern, Haushaltsentlastungen im öffentlichen Bereich und um Tausende Tonnen CO₂ zügig einzusparen. Die gestarteten Sanierungsoffensiven müssen parallel weitergeführt werden, da sich die Effekte der verschiedenen Maßnahmen ergänzen, jedoch dauern Sanierungen länger und sind erheblich teurer.
Ä-511	02/04 45. Abteilung Südstern	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1843	1843	Wir setzen uns dafür ein, dass die öffentlichen Gebäude Berlins umgehend mit schnell skalierbaren Technologien zur Energieeffizienz ausgerüstet werden. Diese sozialen und klimawirksamen Lösungen sollen auch von den Wohnungsbaugesellschaften umgesetzt werden, da so der durchschnittliche Berliner Haushalt bis zu 300 € pro Jahr an Heizkosten einsparen kann.	Ergänzung als neuer 7. Punkt in Zeile 52. Der bisherige 7. Punkt wird demnach zu Punkt 8 (alternativ in Zeile 1843): Unter SPD-Führung hat das Facility Management in Friedrichshain-Kreuzberg gezeigt, dass der Einsatz neuer und smarter Technologien beim hydraulischen Abgleich und der Steuerung der Heizkreise in den öffentlichen Gebäuden kurzfristig 20 % und mehr an Heizenergie einspart. Durch diese innovativen Ansätze, die kurzfristig und im laufenden Betrieb einbaubar sind und die dauerhaft für Einsparungen sorgen, können Heizkosten und CO₂-Ausstoß sofort spürbar gesenkt werden. Durch den breiten Einsatz dieser Technologien in 68 öffentlichen Liegenschaften ist Friedrichshain-Kreuzberg der erste und bisher einzige Bezirk, der die gesetzlichen Klimaziele für 2030 bereits jetzt einhält. Für allen 68 Liegenschaften waren Investitionen von 1.321.000 € nötig, die sich aufgrund von Energieeinsparungen von ca. 1.000.000 € p/a nach weniger als zwei Jahren amortisierten. Diese Erfolge sind für die meisten öffentlichen Gebäude in Berlin realisierbar, kosten nur einen Bruchteil im Verhältnis zu aufwendigen Sanierungen und senken die Emissionen und Heizkosten sofort. Die Technologien lassen sich auch in vielen Wohngebäuden mit Zentralheizungen einsetzen. Bei angenommenen Heizkosten von ca. 1.500 € pro Jahr pro Haushalt, würden Energieeinsparungen von 20 % bis zu 300 € jährliche Erleichterungen für jeden Haushalt bedeuten. Durch die schnelle und kostengünstige Umsetzbarkeit dieser Technologien sind sie sozial gerecht, sofort klimawirksam und auch für Vermieter lohnenswert, da sich diese aufgrund gesetzlicher Regelungen an den CO₂-Kosten, die bei der Energieversorgung ihrer Gebäude entstehen, beteiligen müssen. Der Einsatz dieser schnell skalierbaren Technologien ist ein wichtiger Schritt, der umgehend und mit klarer Priorisierung durchgeführt werden sollte. Für geringere Nebenkosten in Wohnhäusern, Haushaltsentlastungen im öffentlichen Bereich und um Tausende Tonnen CO₂ zügig einzusparen. Die gestarteten Sanierungsoffensiven müssen parallel weitergeführt werden, da sich die Effekte der verschiedenen Maßnahmen ergänzen, jedoch dauern Sanierungen länger und sind erheblich teurer.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-512	Fachausschuss Natur, Energie und Umweltschutz	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1847	1848	Füge ein nach „...und fördern den Ausbau“ und vor „durch das Programm SolarPlus“: „von PV und netzdienlichen Stromspeichern, u.a.“	Was ausgebaut werden soll, wird hierdurch klarer. Das Speicherpotential zur Netzstabilisierung muss gehoben werden. Hierdurch setzt sich die SPD ab vom derzeitigen Kurs der BMW-Entwicklung bzgl. Energiewende. Siehe auch auf LPT beschl. Antrag 162/II/2025 „Verlässlicher Rückenwind statt Antragsstunam: Großbatteriespeicher wirtschaftlich, effizient und netzdienlich ausbauen"
Ä-513	Abteilung Rixdorf (01), Neukölln	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1849	1849	Ergänze nach „unterstützen“: durch bedarfsabhängige finanzielle Förderung und Beratungsangebote“	
Ä-514	Abteilung Friedrichsfelde-Rummelsburg (11/5)	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1853	1853	Einfügen nach Zeile 1853: Den für den Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energie und die Digitalisierung unserer Wirtschaft zwingend notwendigen Ausbau des Mittelspannungsnetzes gehen wir forciert an.	Im Ausschuss EuWiSo der BVV Lichtenberg wurde berichtet, dass Stromnetz Berlin für einen erheblichen Teil Berlins keine Kapazitäten im Mittelspannungsnetz sieht. Das bedeutet, dass neue Photovoltaikanlagen z.B. auf Gebäuden und Hallen durch Stromnetz Berlin in den betroffenen Gebieten nicht genehmigt werden. Ebenso wurden bereits verschiedene Anfragen für Rechenzentren mit Verweis auf die mangelnden Kapazitäten im Stromnetz abgelehnt (z.B. ehem. Coca-Cola-Gelände in Falkenberg oder unweit Selgros hinter der Rhinstr.). Die zurückhaltende Genehmigungspraxis von Stromnetz Berlin ist auch durch die Ursachen des landesweiten Stromausfalls in Spanien und Portugal im April 2025 begründet.
Ä-515	04/70 Westend-Klausenerplatz	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1860	1860	Füge nach Zeile 1859 einen neuen Absatz ein (inklusive Zwischenüberschrift): Integration von Speichertechnologien für eine bezahlbare und soziale Energiewende Speicher ermöglichen es, die Versorgungssicherheit der Stadt Berlin langfristig zu erhöhen sowie die Kosten für Verbraucher*innen zu senken. Berlin soll daher die Nutzung von Speichertechnologien für Strom und Wärme konsequent in die Planung und Umsetzung der Energiewende miteinbeziehen. Wir setzen uns dafür ein, dass sie perspektivisch sowohl bei Quartierslösungen und dezentralen Wärmenetzen, als auch bei der Integration von Photovoltaik und Wasserstofftechnologien berücksichtigt werden, um die Berliner Klimaziele effizient, sozial gerecht und planbar zu erreichen.	Ohne den konsequenten Ausbau von Speichertechnologien – sowohl für Strom als auch für Wärme – drohen steigende Systemkosten, unnötige Abregelung erneuerbarer Energien sowie eine geringere Versorgungssicherheit. Speicher ermöglichen es, erneuerbare Energie zeitlich zu entkoppeln, Lastspitzen zu glätten und Energie genau dann bereitzustellen, wenn sie benötigt wird. Dadurch leisten sie einen entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung des Energiesystems. Um die Berliner Klimaziele effizient, bezahlbar und sozial gerecht zu erreichen, ist es daher notwendig, Speichertechnologien systematisch in die Planung von Quartierslösungen, dezentralen Wärmenetzen sowie in die Integration von Photovoltaik und perspektivisch auch Wasserstoff einzubeziehen.
Ä-516	Abteilung 11/02 - Alt-Hohenschönhausen	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1864	1865	als zusätzlichen Absatz, der das Unterkapitel abschließt, einfügen: Potenziale der Stadtgesellschaft nutzen (Absatzüberschrift) Unsere ambitionierten Klimaschutzziele erreichen wir nur, wenn wir in den intensiven Dialog mit wichtigen Akteuren der Stadtgesellschaft treten, um gerechte und breit geteilte Umsetzungswege zu entwickeln. Hierfür nutzen wir u. a. die Erfahrungen des Berliner Klimaschutzrates sowie aus dem breiten Beteiligungsprozess zum Berliner Klimaschutzprogramm.	Die bisherigen Ausführungen im Kapitel fokussieren stark auf die besondere Rolle der landeseigenen Unternehmen sowie verschiedener technischer Ansätze (Wärmenetze etc.). Das ist sehr begrüßenswert, jedoch ist die Dimension der Rückkoppelung dieser Maßnahmen in die Stadtgesellschaft sowie der Einbezug des Wissens zentraler zivilgesellschaftlicher Akteure gerade bei konfliktären Themen (wie der Mobilitäts- und Wärmewende, Verdichtung von Wohnraum vs. Lebensqualität und Hitzeschutz durch den Erhalt von Stadtgrün) unterbelichtet. Für eine bessere Balance schlagen wir daher diesen abschließenden neuen Absatz vor. Er schließt eine offene - jedoch unnötige - Flanke bezogen auf die mutmaßlichen Schwerpunktsetzungen der Grünen und Linken im Wahlkampf. So betonen wir den Markenkern der SPD (wie den fairen Interessensausgleich) und betonen einen wichtigen Erfolg der letzten Jahre (Entwicklung und Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms https://www.berlin.de/sen/uvk/klimaschutz/klimaschutz-in-der-umsetzung/bek-2030-umsetzung-2022-bis-2026).
Ä-517	Abteilung Frohnau	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1870	1870	Wir brauchen Regulierung, aber keine überbordende Bürokratie. Nach dem Vorbild des Bundes gilt das Prinzip „One in – one out“, für jede neue die Wirtschaft belastende Regelung muss eine abgeschafft werden. Außerdem wird vor jeder neuen Regelung ein “Digitalcheck” durchgeführt.	Mehrfach wird im Programm von der Einrichtung und Ausbau von Koordinierungs- und Anlaufstellen, neuen Einrichtungen etc. gesprochen. Wir brauchen aber auch Bürokratieabbau: da, wo Bürokratie behindert. Mehr Regelungen führen zu mehr Aufwand, daher müssen auch Gesetze abgeschafft werden, wenn neue erlassen werden. Nur mit einem Digitalcheck kann das Prinzip „Erst der Inhalt, dann die Paragraphen“ mit Leben gefüllt werden, damit die Umsetzung auch digital klappt.
Ä-518	Abteilung Rixdorf (01), Neukölln	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1870	1870	Ergänze nach „sozial“: „zugänglich“	
Ä-519	Abteilung 71 Charlottenburg Nord	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1870	1870	Am Ende des Absatzes ergänzen: „Dazu gehört auch der unterstützende Einsatz von KI, z.B. bei der Bearbeitung von Anträgen.“	
Ä-520	Abteilung Frohnau	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1871	1871	Ergänzen nach „sozial“: effektiv	Ohne einen effektiven Sozialstaat kommen die Leistungen den BürgerInnen nicht zu gute oder die Leistungserbringung ist kostenintensiv
Ä-521	AG Selbst Aktiv	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1872	1872	Ob Personalausweis, Pflegehilfe, Kita-Gutschein, Schwerbehindertenausweis oder Baugenehmigung:	Durch die Erwähnung wird sichergestellt: Wir sehen euch und wir werden uns dagegen verwehren, dass diese Verfahren monatelang dauern

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-522	Jusos Berlin	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1873	1873	füge ein hinter "gute": "und barrierefreie"	
Ä-523	Abteilung Frohnau	Verantwortung, die uns alle trägt	Streichung	1874	1875	Streichung ab "Zuständigkeiten".	Kürzen des Textes: Warum nochmal beides erwähnen? Satz und Intention sind auch ohne Erwähnung klar
Ä-524	Forum Netzpolitik	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1875	1875	Hinter "Bezirken." wir neu eingefügt: "Wir sehen in der Verwaltungsreform eine Chance die digitale Transformation entscheidend voranzubringen. Wir setzen sie digital so um, dass Verwaltungsprozesse bürgerzentriert und einfach in der Handhabung sind."	Der bereits dort stehende Absatz gibt die Vision wieder, was als Ergebnis der Verwaltungsreform im Erleben der Bürger*innen anders sein soll. Im folgenden Kapitel stehen wiederum Maßnahmen, die sich einerseits auf die Umstrukturierung der Verwaltung beziehen, andererseits was digital alles gemacht werden soll. Nicht ausreichend klar wird hingegen die Verknüpfung dieser beiden Sphären, aus der die Wechselwirkung zwischen Strukturreform und Digitalisierung nicht nur deutlich wird, sondern klar zeigt, dass die SPD diese kennt und willens und in der Lage ist, die sich daraus ergebenden Synergien zu nutzen. Der zweite Satz der Ergänzung ist auch keine Dopplung zu den davor stehenden Sätzen. Einmal geht es um die Perspektive der Bürger*innen, einmal um die Perspektive der Verwaltung bei der Digitalisierung der Prozesse.
Ä-525	Abteilung 15 Pankow (Kollwitzplatz / Kastanienallee)	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1876	1901	1876/1877 Nach „Ein neues Gesetz liegt vor, doch die Umsetzung fehlt bislang. Sie muss jetzt Priorität haben und zentral gesteuert werden.“ Ergänzung: „Die Senatsverwaltungen werden dabei ihrer gesamtstädtischen Verantwortung und Steuerung der jeweiligen Fachpolitik gerecht. Die Bezirke übernehmen bürgernah ihre operativen Aufgaben. Sie müssen dafür auch adäquat finanziert werden.“ 1901 Statt: „Eine moderne Berlin-App nach Wiener Vorbild soll unterstützen“ Ergänzung: "Dabei sorgen wir im Sinne von Good Governance für Bürgerbeteiligung. Analog zum Einfach-besser-machen-Portal des Bundes entwickelt Berlin ein Portal “Berlin besser machen”. Berlins Bevölkerung macht Verbesserungsvorschläge, überall dort, wo Prozesse als besonders schwerfällig wahrgenommen werden, Datenerhebung und Antragsverfahren digital und analog doppelgleisig laufen, etc.. Die Verwaltung prüft sie und führt die Vorschläge geleitet von einer positiven “Wir wollen umsetzen-Kultur” zum Erfolg bzw. kann nur im Rahmen der rechtlichen und tatsächlichen Unmöglichkeit bzw. groben Unwirtschaftlichkeit Vorschläge nicht realisieren.“	Die Prinzipien der gesamtstädtischen Steuerung und der operativen konnexitätskonformen bürgernahen Aufgabenerfüllung, die das Organisationsgesetz beinhaltet, sollten als Kernbestandteile der Regelungen zur Verantwortungsübernahme bewusst benannt werden. Weil die Berliner Bevölkerung am besten weiß, wo der Schuh drückt, ist eine aktivierende Bürgerbeteiligung, die moderne Partizipationsformen integriert, ein wichtiges und neues Element. Ein Einfach-besser-machen-Portal greift Prozessoptimierung und Datenmanagement sowie Verbesserungen, die die Bevölkerung benötigt besser auf als eine App nach Wiener Vorbild.
Ä-526	SPD Weißensee	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1876	1876	Einfügung "und die Betrachtung weiterer wichtiger Bereiche wie Verwaltungsdigitalisierung, Personal, Finanzen und Verwaltungskultur" hinter "doch die Umsetzung". Ggf. in der Folge auch Ersetzung "Sie" durch "Das" im Folgesatz.	Das beschlossene Landesorganisationsgesetz betrachtet bislang nur das Thema "Zuständigkeiten", weitere wichtige Bereiche für eine umfassende Verwaltungsreform sind jedoch bislang nur unzureichend im Fokus (vgl. hierzu Abschlussbericht Taskforce Verwaltungsreform).
Ä-527	Abt. Wilmersdorf-Südost (04/91)	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1877	1877	Wir werden bei der Umsetzung der Verwaltungsreform darauf achten, dass die angestrebte Arbeitsteilung zwischen der Landesebene und den Bezirken gut funktioniert. Wenn sich die bisher verabschiedeten Regelungen als unzureichend erweisen, werden wir weitere Schritte zur Entflechtung der Zuständigkeiten von Land und Bezirken einleiten.	Eine klare Arbeitsteilung zwischen Landesebene und Bezirken ist ein entscheidender Ansatzpunkt für die Optimierung der Verwaltungsstruktur in Berlin und mittelbar auch für eine funktionierende Stadt. Die beschlossene Verwaltungsreform zielt deswegen zurecht auf klare Zuständigkeitsabgrenzungen zwischen Land und Bezirken ab. Ob diese in der Praxis funktionieren, muss sich jedoch erst noch zeigen. Die Option, hier nachzuschärfen, sollte Teil unserer Programmatik sein.
Ä-528	Abteilung Frohnau	Verantwortung, die uns alle trägt	Ersetzung	1877	1878	Ändern in: Die Sicherung von Rechtsstaat und Demokratie machen weitere Reformen der Verwaltungsstrukturen erforderlich.	Es kommt nicht auf die Finanzierung der Organisation an, sondern auf die zu finanzierenden Aufgaben
Ä-529	Abteilung Frohnau	Verantwortung, die uns alle trägt	Ersetzung	1879	1879	Ändern der Überschrift in: Verlässliche Finanzierung von Aufgaben + Streichen “Eine funktionierende Stadt braucht starke Bezirke”	Es kommt nicht auf die Finanzierung der Organisation an, sondern auf die zu finanzierenden Aufgaben.
Ä-530	Abteilung SPD Bellevue	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1887	1887	Ergänze hinter den Worten "Wer gute Leute gewinnen" die Worte "und halten"	Die Leistungsfähigkeit der Berliner Verwaltung hängt nicht nur von der Personalgewinnung ab sondern auch davon, ob gute Leute in der Verwaltung bleiben.
Ä-531	SPD Weißensee	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1887	1887	Einfügung "und halten" hinter "gewinnen"	Nicht nur die Personalgewinnung, auch das Halten von gut ausgebildetem Personal ist wichtig für eine gut aufgestellte Verwaltung.
Ä-532	Abteilung Frohnau	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1889	1889	Wir werden das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur angemessenen Beamtenbesoldung zügig, unbürokratisch und umfassend für alle Landesbeamtinnen und -beamten umsetzen	Das Vertrauen in das Land Berlin als Dienstherr ist ausgehöhlt. Unter der Verantwortung von SPD Finanzsenatoren wurde die Beamtenbesoldung nach Meinung des BVerfG unangemessen weiterentwickelt. Spätestens seit dem Urteil des BVerwG vor fünf Jahren hätte die SPD geführte Finanzsenatsverwaltung gegensteuern müssen. Jetzt darf es nicht noch Jahre dauern, bis das Urteil umgesetzt. Wir fordern „Gute Arbeit, faire Entlohnung“. Das muss auch hier gelten. Alle Beschäftigten müssen sich darauf verlassen können, dass das Land Berlin sich an die geltenden Regeln hält.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-533	Abt 15 SPD Pankow	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1889	1889	Um die Wettbewerbsfähigkeit Berlins zu Bundeseinrichtungen bei der Personalgewinnung zu stärken, setzten wir uns weiterhin für die Angleichung an die Besoldung der Bundesebene ein.	Die Angleichung der Landes- an die höhere Bundesbesoldung bleibt seit dem Regierungsumzug nach Berlin ein wichtiges Ziel und wirkt einem Wettbewerbsnachteil Berlins bei der Personalgewinnung entgegen.
Ä-534	SPD Weißensee	Verantwortung, die uns alle trägt	Ersetzung	1889	1889	Ersetzung "Senatsverwaltung" durch "Hauptverwaltung".	Im neuen Landesorganisationsgesetz wird ebenfalls zwischen "Bezirksverwaltung" und "Hauptverwaltung" unterschieden. Damit werden auf Landesebene nicht nur die Senatsverwaltungen, sondern bspw. auch die Landesämter umfasst.
Ä-535	Abteilung 04/97	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1891	1891	Zur Förderung beruflicher Wechsel stellen wir – wie andere Länder und der Bund – bei freiwilligem Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis sicher, dass erworbene Versorgungsansprüche erhalten bleiben wie Betriebsrenten (sogenanntes Altersgeld).	Die Abteilung hatte bereits am 5. Oktober 2021 den Beschluss „Unverfallbarkeit von Versorgungsansprüchen regeln“ gefasst. Dieser war in den Koalitionsvertrag 2021 (S. 127) und in den Koalitionsvertrag 2023 (S. 128) eingegangen. Der zuständige Finanzsenator hat bis jetzt offensichtlich keine Initiative für einen Gesetzentwurf des Senats ergriffen. Die Gründe für eine Regelung auch in Berlin bestehen aber unverändert fort: Bereits 1974 wurde auf Initiative der SPD durch Bundesgesetz geregelt, dass Arbeitnehmer den Anspruch auf Betriebsrente grundsätzlich nicht verlieren, wenn sie den Arbeitgeber wechseln (§ 1b Absatz 1 Betriebsrentengesetz). Seitdem können Arbeitgeber das Kündigungsrecht der Arbeitnehmer nicht mehr durch den Verlust der Betriebsrentenanwartschaft (sog. Goldener Zügel) erschweren. Eine entsprechende Regelung für die Beamtenversorgung galt bereits 2021 für die Mehrzahl der Beamten, nämlich in den Ländern Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Sachsen und Schleswig-Holstein sowie eingeschränkt beim Bund. Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen sind danach hinzugetreten. Dadurch können Beamte ihr bestehendes Recht auf jederzeitige Entlassung ohne übermäßige Nachteile wahrnehmen. Denn bei der sonst erfolgenden Nachversicherung in der Rentenversicherung entfällt ersatzlos der darüber hinaus gehende Teil der Beamtenversorgung, der quasi die Betriebsrente darstellt. Deshalb soll auch das Berliner Landesbeamtenversorgungsgesetz erweitert werden um einen Abschnitt mit der Bezeichnung „Altersgeld“ wie in anderen Landesbeamtenversorgungsgesetzen. Dies gilt nicht bei Entfernung aus dem Dienst durch Disziplinarurteil (§ 10 Bundesdisziplinalgesetz, § 41 Disziplinalgesetz Berlin) oder dem Verlust der Beamtenrechte aufgrund eines Strafurteils (§ 24 Absatz 1 Beamtenstatusgesetz, § 35 Landesbeamtengesetz). Die Neuregelung stellt zugleich einen Schritt dar, um den Beamtenstatusfortzuentwickeln zu einem normalen Arbeitsverhältnis, soweit Abweichungen davon nicht verfassungsrechtlich zwingend sind. Hinzu kommen europarechtliche Verpflichtungen. Nach dem Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) vom 13. Juli 2016 „müssen deutschen Beamten, die auf ihren Status verzichtet haben, um eine ähnliche Beschäftigung in einem anderen Mitgliedstaat als der Bundesrepublik Deutschland auszuüben, ebenfalls Ruhegehalts- bzw. Altersrentenansprüche zustehen, die jenen vergleichbar sind, die sie bei ihrem ursprünglichen Dienstherrn erworben hatten.“ (Rechtssache „Pöpperl“ C-187/15, Randnummer 49). Entgegenstehendes nationales Recht, das nur eine beschränkte Nachversicherung vorsieht, darf nicht angewendet werden (Rechtskräftiges Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 26. Februar 2018 - 23 K 6871/13, Randnummer 67). Wegen der beschränkten Befugnisse der Europäischen Union gilt diese Rechtslage allerdings nur für Beamte, die im nichthoheitlichen Bereich tätig waren, z. B. als Lehrer.
Ä-536	SPD Weißensee	Verantwortung, die uns alle trägt	Ersetzung	1893	1894	Ersetzung von "Einheitliche Standards in der Personalentwicklung stärken die Qualität, dazu gehört ggf. auch eine Bündelung von Personalaufgaben." durch "Wir setzen uns für die Bündelung von Personalaufgaben ein. Durch die Etablierung einheitlicher Standards, bspw. bei der Personalentwicklung, erhöhen wir die Qualität."	Präzisierung; Die Bündelung von Personalaufgaben der Verwaltungen sowie die Etablierung einheitlicher Standards sind zwei Forderungen.
Ä-537	SPD Weißensee	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1893	1893	Einfügung "Neue Formen der agilen, projektbezogenen Zusammenarbeit und des Führens sollen etabliert werden." hinter "[...] die Führungsakademie bauen wir aus."	In der ursprünglichen Formulierung der AG zum Wahlprogramm enthalten; dieser wichtige Aspekt von neuen Zusammenarbeits- und Führungsformen scheint bei der sprachlichen Glättung des Absatzes vergessen worden zu sein.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-538	Arbeitskreis Säkulare und humanistische Sozialdemokrat:innen Berlin (AK SHS)	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1895	1896	Dieser Absatz wird nach Zeile 1895 ergänzt: „Wir halten am Neutralitätsgesetz in der aktuellen Fassung fest und machen dabei von den Möglichkeiten Gebrauch, die das Bundesverfassungsgericht eröffnet hat. Hoheitliche Tätigkeit des Staates betrifft alle Menschen in ihrer Vielfalt und tritt ihnen gegenüber. Damit ist es nicht vereinbar, dass Amtsträger*innen bei ihrer Tätigkeit privaten Überzeugungen Ausdruck geben und den Menschen, die ihren Entscheidungen ausgesetzt sind, diese aufdrängen. Der Schulfrieden ist ein hohes Gut; ist er gefährdet, muss das Tragen religiöser oder weltanschaulicher Symbole durch Lehrkräfte zurückstehen.“	Das Neutralitätsgesetz verbietet in §§ 1 und 5, dass Beschäftigte in Polizei und Justiz, soweit hoheitlich tätig, des Justizvollzugs oder der Polizei, innerhalb des Dienstes keine sichtbaren religiösen Zeichen oder weltanschaulichen Symbole, die für die Betrachtenden eine Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft demonstrieren, und keine auffallenden religiös oder weltanschaulich geprägten Kleidungsstücke tragen dürfen. Für Richterinnen und Richter gilt dasselbe über eine Verweisung in § 10 Berliner Richtergesetz. Diese Vorschriften dienen dem Schutz der staatlichen Neutralität im hoheitlichen Bereich. Sie finden ihre verfassungsrechtliche Bestätigung in dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Januar 2020 (2 BvR 1333/17 – „Kopftuch III“). Darin hat das Gericht im Falle einer Referendarin deren Ausschluss vom Aufenthalt auf der Richterbank, der Sitzungsleitung oder Beweisaufnahme, der Sitzungsververtretung der Staatsanwaltschaft und der Leitung von Anhörungsausschüssen der Verwaltung bestätigt. Es sei die Funktionsfähigkeit der Rechtspflege betroffen, weil die Regelung der Optimierung der Rechtspflege dienen, die Maßnahmen rechtfertige, die die Neutralität des Staates unterstreichen sollen. Zudem sei die negative Religionsfreiheit betroffen. Die einzelne Person sei in einer klassisch hoheitlichen Lage ohne Ausweichmöglichkeiten den entsprechenden Handlungen und Symbolen ausgesetzt. Das stelle eine Belastung dar, die einer grundrechtlichen Beeinträchtigung gleichkomme. Pädagogischen Kräften kann nach § 2 des Neutralitätsgesetzes das Tragen sichtbarer religiöser oder weltanschaulicher Symbole, die für die Betrachterin oder den Betrachter eine Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft demonstrieren, und auffallender religiös oder weltanschaulich geprägter Kleidungsstücke verboten werden, wenn auf Grund objektiv nachweisbarer und nachvollziehbarer Tatsachen eine hinreichend konkrete Gefährdung oder Störung des Schulfriedens oder der Neutralität des Staates belegbar ist. Damit hat der Berliner Gesetzgeber die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Oktober 2025 (1 BvR 471/10 ua – „Kopftuch II“) umgesetzt. Diese verfassungsrechtlich abgesicherten Regelungen sind auch politisch überzeugend. Sie richten sich nicht gegen eine einzelne Religion, sondern grenzen staatliche Funktionen und religiöse und weltanschauliche Freiheit voneinander ab. Die Neutralität des Staates gebietet, die seinem Recht unterworfenen Menschen in einer vielfältigen Gesellschaft davor zu schützen, dass sie in Zusammenhang mit hoheitlichen Maßnahmen religiösen oder weltanschaulichen Bekundungen ausgesetzt sind. Eine derartige Situation ist nicht hinnehmbar. Respekt vor der Religiosität und Weltanschauung anderer gehört zwar zum guten Zusammenleben in einer Gesellschaft. Das fordert aber nicht die Bereitschaft, die Religiosität oder Weltanschauung einer Person hinzunehmen, wenn diese jemandem hoheitlich und daher auch potentiell mit Zwang gegenübertritt. Dass der Schulfriede vor Gefährdungen in konkreten Fällen geschützt werden muss, versteht sich von selbst. Das hat auch nichts mit dem sichtbaren und diskriminierungsfreien Leben einer Weltanschauung oder Religion, etwa des Islam, zu tun. Niemand kann bestreiten, dass in Berlin so ziemlich jede Religion und Weltanschauung sichtbar gelebt wird. Aber die Sichtbarkeit hat nichts in Gerichtssälen, Polizeiwachen und beim Streifendienst zu suchen. Denn hier wird der religiös und weltanschaulich neutrale Staat tätig und er hat das Recht die seinem hoheitlichen Handeln unterworfenen Menschen vor zwangsweiser Konfrontation mit persönlichen Überzeugungen der für ihn handelnden Personen zu schützen. Ebenso wenig rechtfertigt die Religions- und Weltanschauungsfreiheit eine Gefährdung des Schulfriedens. Liegt ein solcher Fall vor, haben Religiosität und Weltanschauung die Pflicht, zurückzustehen. Im Übrigen dient das Neutralitätsgesetz d
Ä-539	Forum Netzpolitik	Verantwortung, die uns alle trägt	Ersetzung	1901	1902	Der Satz "Eine moderne Berlin-App nach Wiener Vorbild soll unterstützen." wird ersetzt durch "Eine moderne Berlin-App nach Wiener Vorbild sowie Digitallotsen sollen dabei unterstützen."	Zusätzlich zu digitalen Hilfsmitteln benötigt es insbesondere für vulnerable Gruppen auch analoge/persönliche Hilfestellung.
Ä-540	SPD Weißensee	Verantwortung, die uns alle trägt	Ersetzung	1905	1908	Ersetzung "Digitale Teilhabe darf kein Privileg sein. Wir bündeln Beteiligungsformate und bieten Unterstützung durch Verwaltungslotsen, Chatbots und andere niedrigschwellige Angebote. Menschen, die sich mit der Digitalisierung schwertun, unterstützen wir mit Digitalkursen in Bibliotheken und Volkshochschulen." durch "Digitale Teilhabe darf kein Privileg sein. Wir bieten Unterstützung bei der Nutzung von digitalen Services durch Verwaltungslotsen, Chatbots und andere niedrigschwellige Angebote. Menschen, die sich bei der Nutzung von digitalen Services schwertun, unterstützen wir unter anderem mit Digitalkursen in Bibliotheken und Volkshochschulen. Digitale Beteiligungsformate machen wir zentral und niedrigschwellig verfügbar."	Präzisierung der Formulierung; Die Bündelung und Niedrigschwelligkeit digitaler Beteiligungsformate ist eine separate Forderung und wurde daher in einen eigenen Satz überführt. Die Formulierung "mit der Digitalisierung schwertun" ist irreführend, hier sollte eher auf Schwierigkeiten bei der Nutzung von Onlineservices abgestellt werden.

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-541	SPD Intrernational Serbien	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1914	1933	Um die demokratische Teilhabe zu stärken, führen wir verbindliche Bürgerbeteiligungsverfahren, öffentliche Anhörungen und regelmäßige Konsultationen zu wichtigen Verwaltungsentscheidungen ein. Transparente Plattformen ermöglichen es Bürgerinnen, sich aktiv in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubringen.	Demokratische Legitimität stärken: Verbindliche Bürgerbeteiligungsverfahren erhöhen die Akzeptanz und Transparenz von Verwaltungsentscheidungen. Studien zeigen, dass frühzeitige Einbindung der Bevölkerung zu besseren Lösungen führt (z. B. OECD, Innovative Citizen Participation, 2020). 2. Vertrauen in öffentliche Institutionen: Öffentliche Anhörungen und Konsultationen schaffen Vertrauen, besonders bei kontroversen Themen wie Stadtentwicklung oder Klimaschutz.
Ä-542	Abteilung Bellevue SPD Mitte	Verantwortung, die uns alle trägt	Ersetzung	1915	1916	Ersetze "Dafür schaffen wir....und stärken" durch "Dafür erweitern wir den zentralen Digitalhaushalt auf alle IT-Ausgaben des Landes und der Bezirke und stärken"	Es gibt mit dem EP 25 bereits einen zentralen IT-Haushalt, der jedoch wesentliche Ausgaben, die der IT-Fachverfahren nicht umfasst. Eine Steuerung der Digitalisierung des Landes Berlin ist bisher nicht umfassend gewährleistet, deshalb ist die Erweiterung auf alle IT-Ausgaben erforderlich.
Ä-543	SPD Weißensee	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1918	1918	Einfügung "...bei der Umsetzung von Digitalvorhaben..." hinter "Die Fachverwaltungen begleiten wir eng..."	Präzisierung der Formulierung; Die Fachverwaltung benötigen die Unterstützung bei der konkreten Umsetzung von Digitalvorhaben.
Ä-544	04/70 - Abteilung Westend- Klausenerplatz	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1921	1921	Nach Zeile 1920 wird folgender neuer Absatz eingefügt: Künstliche Intelligenz bietet große Potenziale, um die Beschäftigten der Berliner Verwaltung zu entlasten und die Service-Qualität für Bürger*innen spürbar zu erhöhen. Wir wollen diese Technologie verantwortungsbewusst nutzen, indem wir ihre Chancen für eine moderne Verwaltung ergreifen und gleichzeitig mögliche Risiken durch klare Leitplanken minimieren.	Künstliche Intelligenz (KI) wird die Arbeitswelt und die Interaktion mit dem Staat in den kommenden Jahren grundlegend verändern. Für eine moderne, handlungsfähige Verwaltung in Berlin ist es unerlässlich, diese Entwicklung aktiv und gemeinwohlorientiert zu gestalten. Der vorliegende Änderungsantrag schließt eine inhaltliche Lücke im aktuellen Programmentwurf, in dem das Thema KI-Einsatz in der Verwaltung bislang nicht explizit benannt wird. Der gezielte Einsatz von KI bietet für Berlin eine doppelte Chance: Zum einen können die Beschäftigten in den Behörden angesichts des Fachkräftemangels und des anhaltend hohen Arbeitsaufkommens effektiv von repetitiven Routineaufgaben entlastet werden. So entsteht wieder mehr Raum und Zeit für komplexe Einzelfallbearbeitung, bei der menschliche Empathie und Expertise unverzichtbar sind. Zum anderen führt diese Entlastung unmittelbar zu einer höheren Service-Qualität: Bearbeitungszeiten sinken, Anträge können schneller beschieden werden und die Zufriedenheit der Berliner*innen mit ihrer Verwaltung steigt. Dabei ist wichtig, dass der Einsatz von Technologie stets dem Menschen dient und nicht umgekehrt. Daher betonen wir einen verantwortungsbewussten Umgang mit KI. Durch „klare Leitplanken“ stellen wir sicher, dass Grundsätze wie Datenschutz, Diskriminierungsfreiheit (kein Bias in algorithmischen Entscheidungen) sowie der Schutz und die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten jederzeit gewahrt bleiben.
Ä-545	Forum Netzpolitik	Verantwortung, die uns alle trägt	Ersetzung	1922	1922	ersetze "Länder." durch "Bundesländer und stärken so das Efa-Prinzip."	Efa=Einer für Alle, kann auch gerne ausgeschrieben werden, wenn verständlicher Begründung: Länder ist zu unpräzise. Daher Bundesländer, denn die sind gemeint, nicht andere Staaten. Das Efa-Prinzip ist ein wichtiger Baustein, wenn man in einem föderalen System möglichst viel Standardisierung erreichen möchte und bietet bisher zu wenig genutztes Potenzial, Kosten zu sparen, insbesondere in Entwicklung und Support.
Ä-546	Abteilung 02/13 Samariter- /Boxhagener Kiez	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1922	1922	Europäische Bezahldienst wie z.B. Wero machen wir zur ersten Bezahloption für Onlinedienste der Berliner Verwaltung.	Der Bezahldienst Wero von einem europäischen Bankenkonsortium ist die derzeit erfolgversprechendste Entwicklung, um eine europäische, unabhängige Lösung für Online-Bezahldienste zu schaffen. Insbesondere soll so die Abhängigkeit von Paypal verringert werden. Viele Banken und Sparkassen haben Wero bereits integriert, aber bezahlen kann man damit noch selten. Das Land Berlin soll hier vorangehen und Wero als Online-Bezahldienst für alle bezahlungspflichtigen Onlinedienste des Landes Berlin etablieren. Damit stärken wir die europäische digitale Souveränität.
Ä-547	SPD Weißensee	Verantwortung, die uns alle trägt	Ersetzung	1924	1924	Ersetzung von "Das IT-Dienstleistungszentrum Berlin bleibt zentraler öffentlicher Partner. Es [...]" durch "Die Berliner Verwaltung braucht einen leistungsfähigen, kundenorientierten, öffentlichen IT-Dienstleister, der modernste Technologie für alle Behörden bereitstellt und nutzbar macht. Er [...]"	Das ITDZ steht vor großen Herausforderungen und ist stark in der Kritik. Die Formulierung sollte offener gestaltet werden, um ggf. auch andere organisatorische Lösungen für einen IT-Dienstleister bzw. eine grundsätzliche Neuaufstellung des ITDZ nicht auszuschließen.
Ä-548	Abt. 15 SPD Pankow	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1929	1929	Daten zur kritischen Infrastruktur bedürfen eines besonderen Schutzes.	Die Bedeutung des Schutzes kritischer Infrastrukturdaten haben zuletzt die Anschläge auf das Stromnetz im Berliner Südwesten eindringlich vor Augen geführt

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Id	Antragsteller*in	Kapitel	ÄA	Zeilenbeginn	Zeilenende	Änderungsantrag	Begründung
Ä-549	Abteilung Frohnau	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1941	1941	Um den steigenden Anforderungen nach Transparenz, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit nachkommen zu können, starten wir nach dem Vorbild Hamburgs den Prozess zur Einführung der Doppik im Haushaltswesen und schaffen binnen zehn Jahren die jahrhunderte alte Kameralistik ab.	Während in der Kameralistik der Fokus auf den jährlichen Zahlungsströmen liegt, zielt die Doppik auf das Reinvermögen ab. Sie stellt also den Vermögenswerten die Schulden gegenüber. Damit berücksichtigt sie neben Abschreibungen auch die implizite Verschuldung, die etwa durch Pensionsverpflichtungen entsteht. Sowohl der durch Abschreibungen abgebildete Wertverlust als auch Rückstellungen für absehbare finanzielle Verpflichtungen bleiben in der Kameralistik hingegen unberücksichtigt, da sie während des Betrachtungszeitraums nicht zu Auszahlungen führen. Ein deutlicher Unterschied tritt auch bei der Veräußerung von Vermögen zu Tage. Eine durch den Verkauf eines Vermögensgegenstandes verursachte Einzahlung kann in der Kameralistik prinzipiell zum Ausgleich des Haushalts genutzt werden – unabhängig vom erzielten Preis. In der Doppik wird das höhere Finanzvermögen vollständig durch ein geringeres Vermögen an Sachanlagen ausgeglichen, sofern der erzielte Preis nicht vom Buchwert abweicht. Veräußerungen des „Tafelsilbers“ zugunsten eines kurzfristigen Haushaltsausgleichs lohnen sich also nicht in jedem Fall.
Ä-550	SPD Friedenau, AG Selbst Aktiv	Verantwortungsvolle Haushaltspolitik	Ergänzung	1941	1942	nach Wachstum unterstützen neue Absätze Berlin hat mit der Weiterentwicklung des Zuwendungsrechts im Rahmen des Projektes "Vereinfachung, Optimierung und Digitalisierung von Zuwendungen" einen wichtigen Schritt hin zu einer moderneren und praxistauglicheren Zuwendungspraxis unternommen. Die dort gewonnenen Erkenntnisse zeigen deutlich, dass eine bürokratiearme, überjährige Zuwendungsgewährung sowohl die Arbeit freier Träger stärkt als auch die Effizienz staatlichen Handelns erhöht. Diese Ansätze wollen wir aus den Modellprojekten herausführen und zeitnah senatsverwaltungs- sowie bezirksübergreifend zur Anwendung bringen. Unser Ziel ist eine Zuwendungspraxis, die Planungssicherheit schafft und Verfahren vereinfacht sowie Ressourcen dort einsetzt, wo sie gebraucht werden: bei den Menschen und in den sozialen Infrastrukturen unserer Stadt. Wir setzen uns daher für die Entwicklung eines Landeswohlfahrtsgesetzes ein, das die Finanzierung der Spitzenverbandstätigkeit der Wohlfahrtsverbände auf eine einheitliche und überjährige Grundlage stellt. So stärken wir die soziale Infrastruktur Berlins und schaffen Rahmenbedingungen für diejenigen, die tagtäglich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt arbeiten.	Bei unserer Haushaltspolitik denken wir nicht nur wirtschaftspolitisch sondern beziehen den Dritten Sektor als wichtigen und beschäftigungsreichen Bereich mit ein. Wir wollen die Beziehungsstrukturen neu regeln um Planungssicherung zu stärken und Bürokratie abzubauen.
Ä-551	Abteilung Rixdorf (01), Neukölln	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1951	1951	Ergänze: „Da die Vermögen der oberen zehn Prozent der Gesellschaft über die letzten Jahre kontinuierlich gewachsen sind, müssen wir auch alle dem Land zur Verfügung stehenden Mittel ergreifen, um im Sinne des Allgemeinwohls eine Umverteilung zu erreichen. Daher erhöhen wir die Abgaben auf eine Zweitwohnung, Luxusverbrauchsgüter und hochpreisige Kfz. Außerdem erhöhen wir die Abgaben auf das Wettgeschäft.“	
Ä-552	Jusos Berlin	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1964	1964	Z. 1964: ergänze nach „fort.“: „Dabei sorgen wir für mehr Planungssicherheit für alle Beteiligten, indem frühestmöglich Entscheidungen hinsichtlich der Aufstellung des Landeshaushaltes getroffen werden und dieser entsprechend beschlossen wird.“	
Ä-553	Jusos Berlin	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1964	1964	füge ein Z. 1964 hinter "fort": „Grundsätzlich legen wir im Konsolidierungsprozess einen besonderen Fokus auf den Erhalt der Sozialen Infrastruktur, um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu wahren. Daneben bleibt für uns die Finanzierung des Bildungsbereich sowie die Wahrung des kulturellen Angebotes für uns prioritär.“	
Ä-554	Fachausschuss II EU-Angelegenheiten (Vorstand)	Verantwortung, die uns alle trägt	Ergänzung	1967	1968	Wir wenden uns entschieden gegen die Pläne der EU-Kommission, die europäische Förderarchitektur zu zentralisieren, und setzen uns dafür ein, dass die starke regionale Ausrichtung der Strukturfonds auch in Zukunft erhalten bleibt. Das Land Berlin und die Berliner Bezirke kennen die Herausforderungen und Bedürfnisse vor Ort am besten! Auch brauchen wir weiterhin einen eigenständigen Europäischen Sozialfonds mit fest reservierten Mitteln für soziale Projekte.	Die Zentralisierungsvorschläge der EU-Kommission ("nationale Förderpläne") würden zu weniger Mitsprache und Gestaltungsmöglichkeiten der Landesebene und möglicherweise zu weniger Fördermitteln für das Land Berlin führen. Wie auch Gaby Bischoff und Sven Meyer (MdA, Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten) deutlich gemacht haben, braucht es zu diesem Thema unbedingt ein klares Statement in unserem Wahlprogramm!